RUSSLAND AM 1. JANUAR 1871.

RUSSLAND

AM

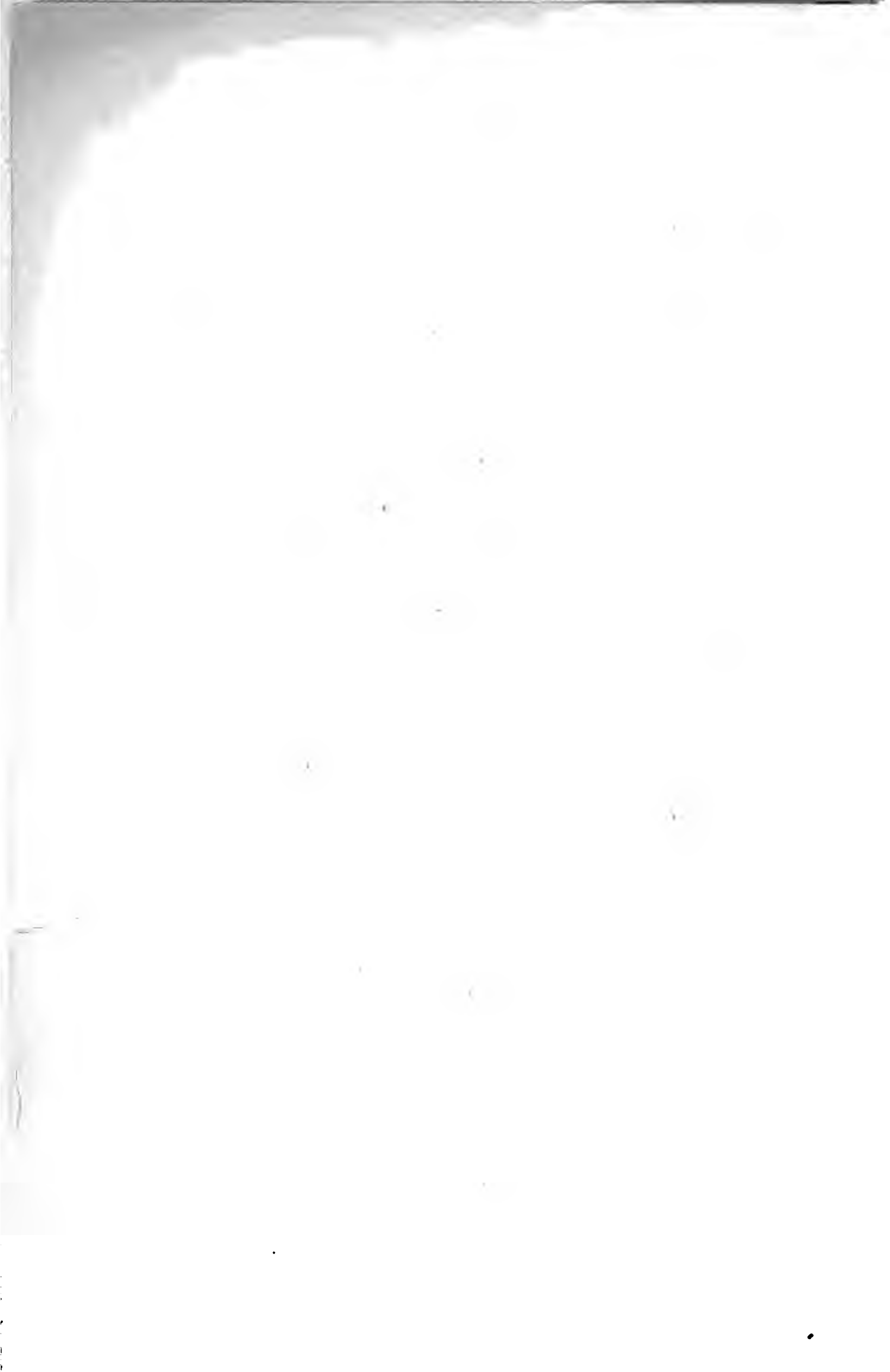
1. JANUAR 1871.

VON EINEM RUSSEN.



LEIPZIG
VERLAG VON DUNCKER & HUMBLOT.
1871.

RUSSLAND AM 1. JANUAR 1871.



Am Schluss eines Jahres giebt man sich gern von den Ergebnissen desselben Rechenschaft.

Auch wir wollen einen Blick werfen auf den gegenwärtigen Zustand des russischen Reichs, um ein Bild von der Erbschaft zu gewinnen, welche das Jahr 1871 von dem vorhergehenden überkommen hat.

Als die weitaus wichtigsten Thatsachen auf dem Felde materieller Entwickelung treten hervor: die Entdeckung zahlreicher Steinkohlenlager in fast allen Theilen des Reichs, und die zum Erstaunen schnelle Verbreitung der Eisenbahnen.

Steinkohlen.

Der Reichthum an Kohlen ist überraschend, und obgleich es an Anzeichen ihres Bestehens bisher nicht fehlte, so ist doch erst jetzt die allgemeine Aufmerksamkeit auf sie gerichtet und das Kohlenfieber scheint mit dem Eisenbahnfieber wetteifern zu wollen. Die Eigenschaften der bisher aufgefundenen Kohle sind der verschiedensten Art, von der Braunkohle bis zum Antracit. Letzterer findet sich in den Gebieten des Don und Donetz, geht aber in seinen westlichen Lagerstätten in gewöhnliche Kohle über und ist dort von reichen Eisenerzen begleitet. Das südöstliche Kohlenrevier ist zuerst bekannt geworden und darum ist es auch am genauesten untersucht. Eine ausführliche geologische Aufnahme desselben ist im Laufe des vorigen Jahres von der Regierung veröffentlicht

worden. An Ausdehnung steht dem südöstlichen Becken dasjenige nicht nach, dessen nördlicher Rand im Nowgorodschen Gouvernement, nördlich des Waldai-Gebirges, zu Tage kömmt, während der südliche die Gouvernements Tula, Kaluga, Rjäsan umfasst. In den Gouvernements Twer und Moskau, die zwischen diesen Fundorten der Kohle gelegen sind, ist, trotz mannichfaltiger Bohrversuche, bisher keine solche entdeckt worden, wahrscheinlich weil die Einsenkung des Beckens dort zu weit in die Tiefe geht. Die Waldaische Kohle, wegen des Holzreichthums jener Gegenden noch wenig beachtet, ist jüngster Formation; in den drei südlich von Moskau belegenen Provinzen findet man schon Kohlen von vorzüglicher Güte, von denen einige besonders durch ihren Reichthum an flüchtigen Bestandtheilen ausgezeichnet sind und sich daher zur Bereitung von Leuchtgas besonders eignen. Mächtige Lager von Eisenerzen sind schon an mehreren Orten unmittelbar unter der Kohle gefunden. Leider hat die Regierung sich bisher noch nicht entschliessen können, eine genaue geologische Aufnahme dieses Kohlenbeckens anzuordnen. Die bisher gemachten Entdeckungen sind sporadisch und verdanken ihren Ursprung oft zufälligen Entblössungen des Erdreichs.

Die Wichtigkeit dieser Entdeckungen ist unberechenbar. Sie muss dem Gewerbfleiss des Landes neuen Aufschwung, eine neue Gestalt geben. Unternehmungsgeist und Kapital wenden sich jetzt mit Macht dem Kohlenabbau zu. Um die Kohlenlager aber vollkommen zugänglich zu machen, fehlt es an Schienenwegen, denn die beiden Bahnlinien, welche das Central-Kohlenbecken von Norden nach Süden durchschneiden, berühren die Kohlengruben nur in wenigen Punkten. Uebrigens sind der Regierung schon zahlreiche Vorschläge zu neuen Kohlenbahnen gemacht, leider aber von derselben bisher fast gar nicht beachtet worden. Es wäre

dies kaum begreiflich, wenn die Apathie der Bureaukratie nicht hinlänglich bekannt wäre. Diese Apathie zeigt sich vorzüglich in Bezug auf nationalökonomische Fragen, während politische mit grösserer Bereitwilligkeit aufgefasst werden; diese bieten der Phantasie mehr Spielraum und sind auf dem Papier leichter zu behandeln, als die sehr positiven und daher schwerfälligen materiellen Interessen.

Ein Braunkohlenlager ganz neuer Aufdeckung findet sich in den östlichen Ausläufern der Karpathen, in den Gouvernements Kiew und Cherson. Die Bedeutung dieser Kohle besonders für Runkelrübenzucker-Fabriken und Eisenbahnen ist sehr gross. Die äussersten Grenzen dieses Lagers sind bisher noch nicht festgestellt, seine Mächtigkeit und Ausdehnung sind aber jedenfalls sehr bedeutend. Theilweise wird dieses Lager durch die Balta-Elisabethgrad-Eisenbahn durchschnitten. Mangel an Transportmitteln hat auch den Kohlenbau am Don und Donetz bisher lahm gelegt. Jetzt zieht sich an dem West- und Südrande des Kohlenlagers die Charkow-Rostow-Eisenbahn hin und längs dem Ostrande desselben wird eine zweite grosse Linie, Woronesch-Gruschewka, in Angriff genommen. Unzweifelhaft werden sich an diese Hauptlinien viele Zweigbahnen anschliessen. Eine solche von Bakhmut nach Mariupol ist schon im Bau begriffen. Obgleich es im Donetzschen Kohlenrevier an Eisenerzen nicht fehlt und die Regierung auch schon einen Hohofen angelegt hat, so ist doch dort bisher noch kein Eisen erzeugt worden. Welches Resultat die Hohöfen liefern werden, deren Anlage in diesem Bezirke zwei Privatgesellschaften übernommen haben, wird die Zukunft lehren. Sobald die Kohle, welche von den Karpathen bis zum Donetzgebirge fast über das ganze südliche Russland verbreitet ist, zum allgemeinen Heizungsmittel in jenem Lande geworden sein wird, wird auch der Ackerbau dort rationeller betrieben werden, denn gegenwär-

tig, da es an Holz vollkommem mangelt, dienen Stroh und Dünger als einzige Feuerungsmaterialien. Werden diese durch Kohle ersetzt, so kann dem Boden wiederum ein Theil der Stoffe zugeführt werden, welche die Ernten ihm entziehen. Die Folgen der gegenwärtigen Raubwirthschaft machen sich an manchen Orten schon sehr fühlbar. Alles Gerede aber von der unerschöpflichen Kraft des Bodens und der Schädlichkeit des Düngers, verdient keinen Glauben. Nur der ganz frische Dünger schadet der Fruchtbildung, indem er das Getreide auf Kosten derselben zu sehr in die Höhe treibt.

Ausser den genannten drei Kohlenrevieren im europäischen Russland giebt es noch mächtige Ablagerungen derselben in vielen Gegenden des asiatischen Russlands. So sind am nördlichen und südlichen Abhange der kaukasischen Bergkette und an ihren östlichen Ausläufern unweit des Kaspischen Sees Kohlen aufgefunden worden, aus Mangel an Transportmitteln jedoch bisher unbenutzt geblieben. Eine anscheinend brauchbare Kohle findet sich auch am Ostufer jenes Sees, auf der Halbinsel Mangischlak, die vielleicht einst für die Schifffahrt auf demselben von Nutzen sein wird.

Auch am Ural, Altai, in der Kirgisensteppe sind bedeutende Kohlenlager entdeckt worden. Sehr reich scheinen sie namentlich an den südlichen Ausläufern des ersteren Gebirges, bis weit in die Steppe hinein. Wegen mangelnder Bevölkerung werden wohl aber auch sie noch lange Zeit unberührt bleiben. Grössere Bedeutung für die Gegenwart hat das Kohlengebiet, welches sich von Nord nach Süd, längs des Westrandes des Uralgebirges hinzieht, und bisher insbesondere im Norden der Tschussowaja aufgeschlossen ist. Dort sind die Kohlenlager von grosser Mächtigkeit (in einer Stärke von 7 bis 28 Fuss) und von zahlreichen Schichten rothen und braunen Eisensteins durchsetzt. Wie weit sich

das Kohlenlager nach Süden zieht und ob es auf die Ostseite des Gebirges hinüberreicht, ist noch nicht ergründet; es scheint jedoch eine geologische Untersuchung des Uralgebietes beschlossen zu sein, um seinen Kohlenreichthum festzustellen. Hierzu drängt vor Allem die Nähe schiffbarer Ströme und das Bedürfniss grosser Eisenwerke, welche den Wald um sich her mehr und mehr schwinden sehen. Aber auch hier können wohl nur Eisenbahnen die endliche Aufschliessung herbeiführen. Die Eigenschaften der Uralkohle sind befriedigend.

Von Holz wie von Kohlen gleichmässig entblösst ist vor Allem das Gebiet der südlichen Wolga und darum zu wünschen, dass hier bald die Möglichkeit geboten werde, das Feuerungsmaterial auf Flüssen und Eisenbahnen herbeizuschaffen. Sobald die Kohlenschachte des Ural mit der Kama in Verbindung gesetzt sind, kann das ganze Wolgagebiet mit Kohlen versorgt werden. Ueberdies sind schon mehrere Schienenwege in Angriff genommen, welche die Kohlen des Donetz und des central-russischen Beckens der Wolga zuführen sollen. Die Oka, die sich in letztere ergiesst, bietet in dieser Hinsicht die grösste Hilfe, da an ihren Ufern, im Tula'schen Gouvernement, der Abbau eines reichen Kohlenlagers begonnen hat. Den Steppen dagegen, die sich am Ostufer der Wolga hinziehen, können Kohlen nur von der Südspitze des Ural vermittelst neuer Bahnen zugeführt werden, nach denen sich daher hier ein lebhaftes Bedürfniss geltend macht.

Eisenproduction.

Unmittelbaren Einfluss wird die Auffindung von Kohlenlagern auf die Eisenproduction Russlands ausüben.

Ein Theil des in Russland erzeugten Eisens wird von dem Moskauer Bergrevier, von Finnland und dem Gou-

vernement Olonetz geliefert, der grösste Theil aber von den Bergwerken des Uralgebirges und dem Auslande [1]). Der Reichthum an Erzen ist in den Uralbergen unerschöpflich und das Erz von vorzüglichster Beschaffenheit. Die Waldfläche ist ungeheuer und dennoch sind viele Eisenwerke schon jetzt genöthigt, Holz und Holzkohlen aus so grosser Entfernung herbeizuschaffen, dass die Metallerzeugung dadurch bedeutend erschwert und vertheuert wird.

Ueberdies findet der Absatz der auf den Werken angehäuften Waare nur ein Mal jährlich statt, wenn die durch das Schmelzen des Schnees angeschwollenen Flüsse den Transport zur Kama gestatten. Auf dieser gelangt das Eisen in die Wolga und vertheilt sich dann über das ganze Reich.

So lange die den Bergwerken zugetheilten Arbeiter Fröhner waren, bedurfte es geringen Betriebskapitals; seitdem dieselben aber frei geworden sind, kann die Eisenindustrie unter den bisherigen Verhältnissen nicht mehr bestehen. Es muss ihr neues Kapital zugeführt, der Umsatz beschleunigt, die Holzkohle, zum Theil wenigstens, durch Mineralkohle ersetzt werden. Alles das ist nur zu bewerkstelligen einerseits durch Eisenbahnen, andererseits durch Uebergang der Bergwerke in die Hände von Kapitalisten, denn der grösste Theil der gegenwärtigen Eigenthümer besitzt weder die erforderlichen Mittel noch die Ausdauer, um den Betrieb zu leiten. Es ist deshalb sehr erfreulich, dass in allerneuester Zeit ein sehr reicher Besitzer von Kupferwerken in England das grösste Kupferwerk Russlands [2]), in der Nähe der Stadt

---

[1]) Die Eisenproduction Russlands beläuft sich im Durchschnitt auf $13^{1}/_{2}$ Millionen Pud jährlich, von denen der Ural 8 Millionen liefert. Aus dem Auslande sind im J. 1870 20 Millionen Pud Eisen eingeführt.

[2]) Die Bergwerke des Uralgebirges erzeugen ungefähr 185,000 Pud Kupfer jährlich.

Orenburg, angekauft hat. Sein Beispiel wird hoffentlich Andere zur Nachahmung auffordern. Mögen sich aber die Verhältnisse am Ural noch so günstig gestalten, immer bleibt die Entfernung desselben von den westlichen Theilen des Reichs zu gross, als dass das dort gewonnene Eisen zu mässigen Preisen überall Absatz finden könnte. Der Eisenproduction am Ural ist nur durch Benutzung von Steinkohlen zur Bearbeitung des Eisens gründlich aufzuhelfen. Sie könnte hierdurch bis ins Unendliche gesteigert werden, besonders wenn sich erweisen sollte, dass die Steinkohlen sich auf den Ostabhang des Gebirges erstrecken, da hier die bedeutendsten Eisenwerke liegen. Uebrigens würde das reichhaltige Vorkommen auch von Eisenerzen in denjenigen Theilen des Uralgebietes, in denen bedeutende Kohlenlager aufgedeckt worden, hinreichen, um eine grosse Aussicht in dieser Beziehung zu eröffnen.

Sollten sich in der Nähe der berühmten Fundorte des Magnet-Eisensteins in den Uralgebirgen Kohlen nicht finden, so bliebe nur übrig, das Gusseisen mit Holzkohlen zu erzeugen und zum Frischprozess Steinkohlen zu verwenden, indem man entweder diese den bisherigen Eisenwerken zuführt, oder zweckmässiger das Gusseisen zu den Fundorten der Kohlen schafft. Auf diese Weise bearbeitetes Eisen behält alle Vorzüge des mittelst Holzkohlen erzeugten.

Auch das Kupfer liesse sich mit Hilfe der Steinkohlen schmelzen.

Die Eisenwerke, welche südöstlich von Moskau zerstreut liegen, haben keine grosse Bedeutung, weder durch ihren Reichthum an Erzen noch an Brennholz. Das Seeerz, das bisher ausschliesslich im Gouvernement Olonetz zu Gusseisen verarbeitet wird, ist nicht von grosser Güte.

Die in den Kohlenfeldern sowohl des Donetzgebietes wie im Gouvernement Tula zahlreich vorkommenden Eisen-

erze sind bisher nicht genau genug untersucht, um ein Urtheil über sie zu fällen. Dass die Schmelzversuche, welche die Regierung bisher auf einem Hohofen am Donetz vorgenommen, nicht ganz genügende Resultate gegeben, muss wohl der Neuheit der Sache zugeschrieben werden.

Gewiss werden sich der Eisenindustrie Kapitale zuwenden, sobald nur erst die genügenden Communicationsmittel geschaffen sind. Dies steht vor Allem hinsichtlich des Ural zu erwarten, und es hat deshalb im Jahre 1870 die Regierung eine eigene aus Technikern bestehende Commission dorthin gesandt, um die Richtung festzustellen, welche eine Eisenbahn zu nehmen hätte, die zu gleicher Zeit der Bergindustrie aufzuhelfen und den Handel zwischen Russland und Sibirien zu vermitteln bestimmt wäre.

Das Ergebniss der Untersuchungen dieser Commission ist nicht veröffentlicht. Nach sichern Nachrichten soll sie eine Bahnstrecke von nahe an 1000 Werst in Vorschlag gebracht haben, durch welche beiden Zwecken nach Möglichkeit genügt wird.

Eisenbahnen.

Ueberhaupt ist die Regierung dem Bedürfniss nach Eisenbahnen in den letzten Jahren in der freisinnigsten Weise entgegengekommen.

Der grosse Gewinn, welchen einige Erbauer von Eisenbahnen erzielt haben, hat die Unternehmungslust zu solcher Höhe gesteigert, dass im Laufe des Jahres 1869 an 160 verschiedene Personen die Erlaubniss zu den Vorarbeiten für Eisenbahnanlagen ertheilt worden ist.

Am Ende des Jahres 1870 waren in Russland 9600 Werst für den Eisenbahnverkehr eröffnet und 3500 Werst im Bau begriffen. Diese Linien durchschneiden das Land von Norden nach Süden, von Osten nach Westen. Im Norden wird das Baltische Meer an vier Punkten (die finnländischen Häfen

ausgeschlossen) von Eisenbahnen berührt werden. Ebenso viele Bahnen sollen bald am Schwarzen und Asowschen Meer ausmünden, zu denen jetzt nur zwei Linien führen. Fünf und in kurzer Zeit auch wohl mehr Eisenstrassen werden Russland mit Oestreich und Preussen verbinden und eben so viele bald die östliche Grenzmarke des europäischen Russlands, die mächtige Wolga, erreichen.

Diese Bahnen sind aber nicht in geraden Linien von Norden nach Süden oder von Westen nach Osten gezogen, sondern sie concentriren sich meist in einer der beiden Hauptstädte, von denen sie strahlenförmig auslaufen. Da die Hauptstädte aber weit, im Osten des Reichs. gelegen sind, so sollen in nächster Zeit in den Westprovinzen mehrere das Baltische und Schwarze Meer unmittelbar verbindende Linien gebaut werden.

Damit wäre das Eisenbahnnetz des europäischen Russland in seinen Hauptzügen angelegt und nur noch durch Localbahnen zu vervollständigen. Ausserdem stehen einige Bahnen in Aussicht, welche die asiatischen Provinzen des Reichs mit dem Centrum in Verbindung setzen sollen, namentlich eine Linie vom Asowschen Meere an das Kaspische bis Baku in Transkaukasien und zwei Wege ostwärts der Wolga, der eine nach Orenburg und der andere über den Ural nach Sibirien. Die Regierung soll beschlossen haben, jährlich nicht mehr als 2000 Werst Eisenbahnen zu concessioniren, mit der Bedingung, dass $^{1}/_{4}$ davon zu rein strategischen Zwecken erbaut werden solle.

Der von solchen Bahnen gehoffte Nutzen lässt sich bezweifeln. Man wird gewiss immer die Möglichkeit finden, im Fall eines Krieges Truppen, wenn auch mit Umwegen, auf industriellen Zwecken dienenden Bahnen zu befördern. In einem Lande wie Russland, dessen Eisenbahnen hauptsächlich mit fremdem

Gelde gebaut werden, sollte man in der Wahl der Linien besonders vorsichtig sein. Eine militärische Bahn gleich der von Smolensk nach Brest vorzuschlagen, die in einer Länge von 650 Werst durch vollkommen unwirthbare Gegenden sich hinzieht, ist zum wenigsten sehr kühn, da zwei andere Bahnen, Warschau-Petersburg und Brest-Berdytschew, zu einer Verbindung Russlands mit dem Königreich Polen wohl vollkommen hinreichen.

Ueberhaupt scheint die Regierung, obschon sie mehrfach über die zunächst von ihr zu genehmigenden Eisenbahnlinien sich ausgesprochen, doch bei deren Auswahl bisher nicht immer gründlich genug verfahren zu sein und daher nicht wenige Fehler in der Concessionirung neuer Linien begangen zu haben. Um so erfreulicher ist es, dass sie die Vorarbeiten zur Sibirischen Uralbahn Technikern aufgetragen hat, welche die ganze Linie bereisen.

Die Dichtigkeit und Wohlhabenheit der Bevölkerung ist in Russland weit geringer als im westlichen Europa. Daher kann im Verhältniss zum Flächenraum des Reichs die Zahl der Reisenden und der zu versendenden Waaren immer nur gering sein. So waren im Jahre 1868 im Betriebe: 5417 Werst Eisenbahnen, auf denen befördert wurden: 8,783,289 Personen und 384,859,776 Pud Waaren. Folglich kamen auf jede Werst: 1621 Passagiere und 71,000 Pud Waaren. Im Jahre 1870 wurden befahren: 9600 Werst, auf denen sich bis zum 1. December bewegten: 13 Millionen Passagiere und 600 Millionen Pud Waaren. Die Frequenz per Werst war mithin nicht gestiegen.

In Grossbritannien gab es i. J. 1867 21,400 Werst Eisenbahnen, von denen auf jede Werst 12,520 Passagiere und 366,000 Pud Waaren kamen, also fast acht Mal mehr Passagiere und fünf Mal mehr Güter als in Russland.

In Preussen fielen zur selben Zeit auf die Werst 6032 Pas-

sagiere und 288,000 Pud Güter, somit an Gütern 26 % und an Reisenden 50 % weniger als in England.

Aus diesen Beispielen ist ersichtlich, dass die Menge der auf den Bahnen beförderten Güter von der Dichtigkeit der Bevölkerung und der Handelsbewegung eines Landes unabhängiger ist, als die der Personen. Letztere steigt überdies um vieles langsamer als die Masse der Frachtgüter. So ist in Preussen in dem Zeitraum von 1844 bis 1867, wo die Ausdehnung des Schienenetzes um das Achtfache gestiegen ist, der Personenverkehr um beinahe 1000 %, der Güterverkehr dagegen um 8000 % stärker geworden. Aehnliche Resultate lassen sich gewiss auch in Russland erwarten, doch ist das Eisenbahnnetz hier bisher noch zu unvollkommen, die ganze Einrichtung noch zu neu, als dass man im voraus ein sicheres Urtheil in dieser Beziehung fällen könnte.

Einzelne Bahnen haben bisher treffliche Resultate geliefert. Vor allen that sich die Bahn zwischen Moskau und Petersburg hervor. Im Jahre 1864 kam auf jede Werst derselben an beförderten Passagieren 2058 und an Gütern 58,215 Pud; in den ersten zehn Monaten d. J. 1869 dagegen an Reisenden 2070 und an Gütern 130,326 Pud. Die Zahl der ersteren ist somit unverändert geblieben, während der Gütertransport um 150 % zugenommen hat. Zu diesem Resultat hat der Uebergang der Bahn aus der Verwaltung des Staats in die einer Privat-Gesellschaft und die Eröffnung mehrerer nach Moskau zu ausmündender Eisenstrassen sehr viel beigetragen.

Die 1863 eröffnete Eisenbahn zwischen Moskau und Nischny-Nowgorod ist von solchen zufälligen Einflüssen freier geblieben und die Bewegung auf derselben hat sich folglich naturgemäss entwickelt. Es kamen aber 1863 auf die Werst: 1764 Passagiere und 42,725 Pud Waaren; im

Jahr 1868 dagegen Passagiere: 1936, Waaren: 107,426 Pud. Die Steigerung beträgt also hinsichtlich der ersteren 9%, hinsichtlich der letzteren 50%.

Aus diesen Beispielen ist ersichtlich, dass der Personenverkehr in Russland wol noch lange ein verhältnissmässig untergeordneter bleiben wird, während der Waarentransport bedeutenderer Entwicklung fähig ist. Aber in einem Lande mit dünner Bevölkerung und beschränkten materiellen Hilfsmitteln kann weder die Production noch der Verbrauch denjenigen mehr entwickelter Länder gleich kommen. So z. B. rechnet man, dass in den Vereinigten Staaten Nordamerika's durchschnittlich nur 75000 Pud Waaren auf die Werst kommen, und nur 50,000, wenn man die Linien der östlichen Staaten abrechnet. Freilich betrug im Jahre 1867 die Länge der Eisenbahnen daselbst 63,000 Werst, so das auf je 585 Einwohner eine Werst Eisenbahn kam. In Grossbritannien, wo auf jede Werst Bahnlänge zur selben Zeit 1370 Einwohner kamen, wurden überhaupt 50% mehr an Waaren auf Eisenbahnen verführt. Ein deutlicher Beweis für den grössern Reichthum Englands.

Wie sehr daher auch Eisenbahnen die Güter-Erzeugung fördern, so kann diese doch nicht gewisse Grenzen überschreiten, die ihr von der Natur gesetzt worden sind.

Um die Ertragsfähigkeit der Eisenbahnen in Russland annähernd zu bestimmen, muss man sich zuerst von der Menge der Güter Rechenschaft geben, welche sie zu befördern haben können.

Hierbei stehen in erster Linie diejenigen Waaren, welche Gegenstände des Verkehrs mit dem Auslande sind. Im Jahre 1868 wurden aus Russland sowol auf der westlichen Landgrenze als zu Wasser nahe an 170 Millionen Pud ausgeführt; eingeführt: 90 Millionen. Unter den ersteren bildete das Korn mit 12 Millionen Tschetwert die Hauptwaare.

Von den Gegenständen der Einfuhr gehörte dem Gewicht nach dem Salz und den Steinkohlen die erste Stelle. Auch im innern Verkehr stehen Korn und Salz oben an. Die Erzeugnisse der Salzseen und Salzsiedereien Russlands belaufen sich auf 25 bis 35 Millionen Pud. Der Verbrauch des Salzes verbreitet sich auf das ganze Land mit Ausnahme der Grenzprovinzen, die sich mit ausländischem Salz versehen.

Weit bedeutender ist jedoch die Menge des im Handel umlaufenden Korns, welches auch jetzt auf allen Eisenbahnen im Güterverkehr die erste Stelle einnimmt. Ausser den Stadtbewohnern und der Armee nährt sich auch die Bevölkerung Lithauens und der nördlichen Provinzen des Reichs von fremdem Korn, und zu ihrem Bedarf sollen jährlich über 50 Millionen Pud erforderlich sein. Im Ganzen werden auf Eisenbahnen und Flüssen gewiss nicht weniger als 300 Millionen Pud verschiedenen Korns verführt.

Eisen ist gleichfalls eines der Massen-Güter, das sich durch alle Arterien des Landes zieht. Russland selbst erzeugt davon über 13 Millionen Pud und eine noch grössere Menge kömmt aus dem Auslande.

Bau- und Brennholz, Steine, Kohlen bilden auf manchen Eisenbahnen einen bedeutenden Theil der Frachtgüter. Sie erreichten im Jahre 1868 auf der Nischny-Moskauer Bahn 30% der mit derselben beförderten Handelsgüter. In Preussen betrugen die Massen-Güter im Jahre 1867 83% sämmtlicher Frachten; davon entfielen auf Kohlen 46%.

Sobald die Steinkohlen-Erzeugung in Russland die gehoffte Ausdehnung gewinnt, wird ihr Transport unstreitig nicht wenige Bahnen beschäftigen.

Im Allgemeinen aber ist bei der Gleichmässigkeit der Beschäftigung der Bevölkerung Russlands, bei dem Vorwiegen des Ackerbaues und der Einförmigkeit seiner Erzeugnisse, bei der geringen Entwickelung von Industrie und

Handel die Waaren-Bewegung im Innern des Landes beschränkt. Reisende sowol als Güter durchschneiden grosse Landstrecken von einem Endpunkt der Bahnen zum anderen; der Verkehr auf den Zwischenstationen ist meist unbedeutend, während in stark bevölkerten Ländern viele Eisenstrassen ausschliesslich durch den Localverkehr bestehen.

Auf den preussischen Bahnen hat im Jahre 1867 jeder Passagier durchschnittlich 6,11 und jeder Centner 9,64 Meilen ($42^{7}/_{10}$ und $67^{1}/_{2}$ Werst) zurückgelegt. Auf der Petersburg-Moskauer Eisenbahn dagegen vom 1. August 1866 bis 1. August 1867 jeder Reisende 309 und jedes Pud Waare 405 Werst. Auf der Nischny-Moskauer Bahn, welche 410 Werst lang ist und die industriereichsten Theile des Reichs berührt, hat im Jahre 1868 jeder Passagier durchschnittlich 203 und jedes Pud Waare 322 Werst zurückgelegt. Nichts beweist deutlicher, wie gänzlich unbedeutend die Zwischenstationen in Russland sind, und es lässt sich vorhersehen, dass die Zahl der auf einer russischen Bahn zu befördernden Personen und Güter, die nur von ihren Endpunkten gespeist wird, wol niemals die Höhe der auf europäischen Bahnen sich bewegenden Reisenden und Waaren erreichen wird. So sind z. B. auf der Köln-Mindener Bahn, die 544 Werst lang ist, im Jahre 1867 6,741,000 Passagiere und 124 Mil. Centner Waaren befördert worden, was wohl mehr als die Hälfte aller Waaren und Reisenden ist, die im Jahre 1869 auf sämmtlichen 6849 Werst russischer Eisenbahnen den Verkehr ausmachten (in den ersten 10 Monaten dieses Jahres wurden $10^{1}/_{2}$ Millionen Passagiere und 482 Millionen Pud Waaren transportirt). In den Ländern des westlichen Europa pflegt der auswärtige Handel nur einen kleinen Theil des Binnenhandels zu betragen. In Russland spielt er eine Hauptrolle und dennoch ist sein Werth gering im Vergleich zur Volkszahl und zum Umsatz anderer Reiche.

Im Jahre 1868 betrug z. B. der Werth der Ausfuhr aus Russland 226 Millionen Rbl., aus Grossbritannien 227 Millionen Pfd. Strl. und im Jahre 1867 aus Frankreich 2825 Millionen Frcs. Die Einfuhr aber in diesen Staaten 260 Millionen Rbl., 295 Millionen Pfd. Strl. und 3026 Millionen Frcs. Der auswärtige Handel ist daher in Grossbritannien 7—8 Mal und in Frankreich 4 Mal bedeutender als in Russland.

Aus dem Vorhergehenden ist ersichtlich, dass die Masse der auf Eisenstrassen beförderten Güter in Russland beschränkt ist und dass bei übermässiger Vermehrung der Bahnen diesen daher die Beschäftigung fehlen würde. Ferner, dass die meisten Güter in Rohproducten bestehen, die entweder, zur Ausfuhr bestimmt, zu den Grenzen des Reichs streben oder zur Versorgung wenig zahlreicher grösserer Städte dienen. In beiden Fällen bewegen sich die Waaren nur in einer Richtung und es fehlt den Bahnen daher an Rückfracht. So sind z. B. von 43 Millionen Pud Güter, welche die Moskau-Rjäsaner Eisenbahn im Jahre 1868 für Rechnung von Privaten beförderte, nur 2,604,292 Pud der Rjäsan-Koslower Bahn übergeben worden, welche die südliche Fortsetzung der Bahn bildet. Alle übrigen Waaren zogen fast ausschliesslich von Süden nach Norden. Ein Güterverkehr in entgegengesetzten Richtungen wird nur durch die zahlreichen Jahrmärkte ermöglicht, wo die Waaren aus verschiedenen Gegenden sich ansammeln, um sich dann im Lande zu vertheilen.

Trotz dieses ungünstigen Umstandes und der verhältnissmässig geringen Masse der Waaren und Passagiere, welche die russischen Eisenbahnen befördern, haben dennoch mehrere der bisher eröffneten Linien sehr bedeutende Einnahmen aufzuweisen, wie die nachstehende vergleichende Tabelle ergiebt. Im Jahre 1868 betrug die Bruttoeinnahme auf einen Kilometer

der Petersburg-Moskauer Bahn	96,240	Franken
„ Bahn von Lyon an das Mittelmeer .	82,034	„
„ französischen Nordbahn	77,489	„
„ Moskau-Rjäsaner	76,745	„
„ Rjäsan-Koslower	58,753	„
„ Orleans-Bahn	41,623	„

Das erklärt sich daraus, dass, wie oben gesagt, Waaren in Russland weit grössere Strecken zurücklegen als in andern Ländern. Während in diesen die Reisenden beständig wechseln und ein Collo fortwährend an die Stelle eines andern tritt, was ihre Gesammtzahl bedeutender erscheinen lässt, verlassen sie meist in Russland die einmal betretene Bahn bis zu deren Endpunkt nicht mehr. Dieser Umstand hat den grossen Vortheil, die Kosten des Umladens zu ersparen und den Bahndienst zu vereinfachen. Ueberdies sind die in Russland beförderten Waaren meist der Art, dass sie ganze Wagen füllen, und daher nirgends ein leerer Raum unbenutzt bleibt, wie das meist bei Stückgütern der Fall ist, besonders wenn sie auf kurzen Strecken befördert werden.

Die Anlagekosten der Bahnen, die anfangs sehr hoch waren (die Petersburg-Moskauer Linie hat 124,000, die Petersburg-Warschauer Bahn 103,000 Rbl. pro Werst gekostet), sind allmälig durch die Concurrenz und die Erfahrung ihrer Erbauer auf die Hälfte der genannten Beträge herabgedrückt. Bei dem im Allgemeinen sehr ebenen Terrain sind wenig Kunstbauten auszuführen, das Land ist wohlfeil zu erwerben, der Arbeitslohn mässig. Dagegen sind Schienen und Locomotiven, die meist aus dem Auslande bezogen werden, wie auch das Kapital in Russland theurer als im Westen Europa's. Die Betriebskosten betrugen im Jahre 1868 nur auf 3 Bahnen weniger als 50% der Einnahme. Die Unregelmässigkeiten und Unglücksfälle haben sich in der letzten

Zeit auf eine erschreckende Weise gemehrt, theils in Folge schlechten Betriebsmaterials und schlechter Schienen, theils in Folge der Ungeübtheit und Unzuverlässigkeit des Dienstpersonals. Das Publikum scheint es vorzuziehen, durch die Schuld russischer Maschinisten und Bahnwärter um's Leben zu kommen, als sich von Ausländern regelmässig und sicher befördern zu lassen.

Am kläglichsten sieht es auf den Staatsbahnen aus, deren Bau sowol als Betrieb kaum irgendwo ihres Gleichen finden. Darum wird mit Ungeduld ihre Uebergabe an Privat-Gesellschaften erwartet[1]).

Dem bei weitem grössten Theil der Privatbahnen hat die Regierung die Zinsen zu 5% garantirt, entweder auf das ganze Capital oder nur auf denjenigen Theil, der in Obligationen besteht. Viele Eisenbahnen, zusammen in einer Länge von 279 Werst, sind ganz ohne Beihilfe der Regierung zu Stande gekommen; unter ihnen hat die Petersburg-Baltischport-Bahn, deren Ausdehnung 377 Werst beträgt, nachträglich eine Staatsgarantie erhalten.

Dividenden über die Staatsgarantie hinaus haben bisher nur wenige Gesellschaften vertheilt; den höchsten Gewinn hat im Jahre 1868 die Moskau-Rjäsan-Bahn abgeworfen: sie gewährte 17%.

Die günstigen finanziellen Resultate der ganzen Bahnstrecke von Petersburg über Moskau, Rjäsan bis Koslow und von Moskau nach Nischny (die Linie Petersburg-Moskau ist erst im Jahre 1868 von der Regierung veräussert worden und die Ueberschüsse der Moskau-Nischny-Bahn reichten nicht hin, das Deficit auf der Petersburg-Warschauer Bahn, welche derselben Gesellschaft gehört, zu decken) haben grosses Vertrauen zu der Zukunft der Eisenbahnen

[1]) Gegenwärtig ist nur noch eine Bahn — Moskau-Kursk — im Betriebe des Staates.

in Russland erweckt, so dass die Actien derselben auf eine schwindelnde Höhe getrieben wurden. Das hat jedenfalls den Vortheil gehabt, den Bau neuer Bahnen zu erleichtern.

In dem Vorhergehenden ist auf die Besonderheiten des gegenwärtigen Bahnbetriebs in Russland hingewiesen worden. Diese Verhältnisse können sich nur sehr langsam ändern.

In den Vereinigten Staaten Nordamerika's sind in mancher Hinsicht die Umstände den russischen ähnlich. Passagiere und Waaren durchlaufen dort grössere Entfernungen als auf europäischen Bahnen, die meisten Frachten bestehen in Rohproducten und bewegen sich zum Theil nur in einer Richtung. Die Zunahme im Waarentransport übersteigt bei weitem den Zuwachs an Passagieren. Nach annähernder Berechnung vermehrt die Masse der erstern sich seit 1851 jährlich um 5 Millionen Tonnen oder 300 Millionen Pud. Im Durchschnitt hat eine jede der 42,000 Meilen Eisenbahnen 44,000 Dollars (40,000 Rbl.) pro Werst gekostet. Die amerikanischen Bahnen gewähren einen Bruttoertrag von 25% vom Anlage-Kapital, wovon 70—75% für die Betriebskosten abgehen, da die Bahnen schlecht gebaut, der Arbeitslohn und die Feuerung theuer sind. Demnach gewähren die Eisenbahnen Amerikas immer noch durchschnittlich einen Gewinn von 6—7%, während die Grossbritannischen Bahnen selten über 3—4% einbringen. In Frankreich und Deutschland dagegen ist der Reinertrag der Eisenbahnen weit höher, weil der Staat sie vor maassloser Concurrenz sichert.

In Nordamerika aber, dessen Bevölkerung jährlich um 3½% oder um mehr als eine Million Menschen wächst, dem Europa viele seiner rüstigsten Arbeiter und bedeutende Summen an Geld sendet, kann man getrost durch Wildnisse Eisenbahnen bauen, denn ihnen folgt die Bevölkerung bald

nach. Dort schaffen die Eisenbahnen wirklich neue Werthe. In Russland würde dieses wahrscheinlich weit langsamer der Fall sein, weil die überschüssige Bevölkerung geringer und überdies arbeitsscheu ist, weniger Freiheit in ihrer Bewegung geniesst und die ungünstigen klimatischen Verhältnisse des Landes die Gütererzeugung hindern. Wenngleich in Amerika die Frachten meist nach einer Richtung gehen, so findet doch ein beständiger Austausch zwischen den Erzeugnissen der verschiedenen Regionen des Landes statt, namentlich zwischen dem Zucker und der Baumwolle des Südens, dem Korn und dem Fleisch des Westens und den verarbeiteten Waaren des Ostens. In Russland dagegen unterscheiden sich die verschiedenen Provinzen hinsichtlich ihrer Erzeugnisse mehr durch die Quantität als die Qualität derselben, weshalb auch nur ein geringer Austausch zwischen ihnen stattfindet.

Es sollen sämmtliche Eisenbahnen Amerika's in Wirklichkeit 1200 Millionen Dollars gekostet haben. Die Zinsen dieses Capitals belaufen sich auf 72 Millionen. Es haben aber diese Eisenbahnen einen Umsatz von 10,000 Millionen Dollars geschaffen, und das Land bereichert. Wenn daher die Bahnen auch ihren Actionairen nichts eintrügen, so wären sie dennoch für das Land von unberechenbarem Gewinn.

Auf den Landwegen kostet in Amerika der Transport einer Tonne (63 Pud) Korn 20 Cents oder $^{1}/_{5}$ Dollar pro englische Meile. Auf den Eisenbahnen wird dagegen die Tonne für $1^{1}/_{2}$ Cents pro Meile (d. i. 2 Kopeken), also 13 Mal wohlfeiler befördert, was natürlich das Absatzgebiet unendlich erweitert. Auch können gegenwärtig Flüsse und Kanäle in Amerika nur hinsichtlich der schwersten und werthlosesten Gegenstände mit den Eisenbahnen wetteifern.

Auf den russischen Bahnen zahlt ein Pud Waaren der billigsten Tarifklasse durchschnittlich $2^{1}/_{2}$ Kopeken für 100 Werst. Da überdies die Landfracht hier stets niedriger

war, als in Amerika, so kann der Gewinn durch den Eisenbahn-Transport verhältnissmässig nicht so bedeutend sein wie dort. In Frankreich soll dies Verhältniss 1:5 betragen.

Dennoch hat die Eröffnung der Moskau-Rjäsaner Eisenbahn mit ihren südlichen und östlichen Ausläufern sehr günstig auf die angrenzenden Landstriche gewirkt. Der Preis aller Producte und des Grundbesitzes ist dort bedeutend gestiegen und auf den Märkten der Hauptstädte wird jetzt Korn aus jenen Gegenden feilgeboten, was früher nie geschah.

Einen solchen belebenden Einfluss haben die Eisenbahnen in Russland aber nicht überall gehabt. Die Petersburg-Moskauer sowohl als die Petersburg-Warschauer Bahn, die schon lange bestehen, scheinen keine andere Veränderung in den Gegenden, die sie durchschneiden, hervorgebracht zu haben, als dass das Brennholz dort theurer geworden ist, und die Dünaburg-Witebsk-Orel-Linie kann weder der Zuschüsse der Regierung entbehren, noch hat sie bisher einen merklich belebenden Einfluss auf das Land, das sie durchzieht, ausgeübt. Daraus folgt, dass man in Russland bei der Anlage neuer Eisenbahnen ungemein umsichtig zu Werke gehen muss.

Der Norden des Landes ist nur geringer Entwickelung fähig und die Einnahmen der ihn durchschneidenden Eisenbahnen müssen daher nach den gegenwärtigen Productions-Verhältnissen desselben beurtheilt werden. Sehr gewagt scheint es gleichfalls, Eisenbahnen nach Häfen zu führen, die kein Hinterland haben, wie Baltischport oder Sewastopol, oder Concurrenz-Bahnen zu bauen, um die Entfernungen abzukürzen, wie es mit der Moskau-Smolensk-Bahn der Fall ist. Diese wird wahrscheinlich nur der Petersburg-Moskauer Bahn unnöthigerweise Abbruch thun; das Land, welches sie

auf 400 Werst durchzieht, ist öde und keiner Entwickelung fähig.

Wollte man die Zinsen des auf diese Eisenbahn verwendeten Kapitals auf die Waaren schlagen, welche die Bahn benutzen werden, so würden die Moskauer Fabrikanten sich gewiss von ihr abwenden.

Anders verhält es sich mit den Bahnen, welche das mittlere Russland durchschneiden. Dort hat sich in Folge derselben der Werth des Landes schon um 50 und selbst 100 % gehoben und mit ihm die Steuerkraft der Bevölkerung.

Landwirthschaft.

Das europäische Russland zerfällt überhaupt in zwei Theile, welche ihrer physischen Beschaffenheit nach von einander streng geschieden sind. Das südliche in seiner ganzen Ausdehnung, von den Karpathen bis zum Uralgebirge, ist die Kornkammer des Reichs, während das nördliche nur spärlich seine eigenen Bewohner ernährt.

Der Grund davon liegt vor Allem in der verschiedenen Beschaffenheit des Bodens. In der Südhälfte nämlich wird derselbe von einer Ackerkrume bedeckt, welche in ihrer Mächtigkeit zwischen 1/2 und 7 Fuss wechselt. Nach den neuesten Forschungen soll sich diese Schicht schwarzer Erde aus verwestem Rasen gebildet haben. Sie ist stärker auf den Höhen als in den Niederungen, die sich erst später aus dem Meere erhoben haben. An den Ufern des Schwarzen Meeres und in der Uralo-Kaspischen Niederung, die von Salz geschwängert ist, verschwindet die Ackerkrume ganz. An den Flussrändern ist sie zum Theil von angeschwemmtem Sand bedeckt.

Die Ausdehnung der mit schwarzer Erde überlagerten Fläche wird auf 87 Millionen Dessätinen oder 17,000 □Meilen

geschätzt, was fast der Grösse des gegenwärtigen Frankreich nebst Spanien gleichkommt.

Von dem nördlichen, ausgedehnteren Theil des europäischen Russland, haben sich die Meereswogen später zurückgezogen als von der Südhälfte, und daher ist sein Boden weniger ergiebig. Ohne Düngung trägt er keine Frucht, während in der Region der schwarzen Erde nur selten zur Düngung geschritten wird: ja die Landwirthe behaupten meist, dass ihr Boden keines Düngers bedürfe und ihn selbst nicht vertrage. Letzteres ist aber wohl nur bei besonders reichem Boden der Fall, wo es, namentlich so lange er noch wenig benutzt ist, hinreicht, ihm nach der Ernte auf längere Zeit Ruhe zu gestatten, damit er wieder zu Kräften komme. Sobald aber der erhöhte Bedarf das Brachliegen der Felder nicht weiter gestattet, muss zur Düngung geschritten werden.

Jedenfalls wird bei zunehmender Bevölkerung ein vollkommener Umschwung in dem System der Landwirthschaft in Russland eintreten. Bisher erzeugte der südliche, fruchtbare Landstrich bei einem nur sehr geringen Aufwand von Arbeit einen Ueberfluss an Korn und unterhielt Heerden von Pferden, Rindern und Schaafen in halb verwildertem Zustande. Der Dünger dieser Thiere wurde bisher nur zur Feuerung verwandt.

Im Norden Russlands dagegen, wo die Düngung ein unerlässliches Erforderniss des Wachsthums ist, ist der Viehstand gering, weil es an Wiesen fehlt und, mit Ausnahme der deutschen Ostseeprovinzen, Futterkräuter nirgends gebaut werden.

Bei dem steigenden Bodenwerth nimmt das Halten wilden Viehes im Süden schon bedeutend ab. Zugleich macht sich die Erschöpfung des Landes bereits vielfach geltend. Eine mehr geordnete Wirthschaft, nach europäischem Muster, steht

also dort in Aussicht, während im Norden dem Ackerbau nur durch Einführung von Futterkräutern aufgeholfen werden kann.

In den waldlosen Steppen des Südens wird die Düngung des Feldes nur möglich, sobald das animalische Brennmaterial durch ein anderes ersetzt wird; was nur durch eine allseitige Auffindung von Kohlenlagern geschehen kann.

Noch ein anderer, mineralischer, Fund verspricht der Landwirthschaft Russlands eine Quelle unabsehbaren Reichthums: die zahlreichen Lager phosphorsauren Kalks, dessen über einen sehr grossen Theil des mittleren Russland verbreitetes Vorkommen schon jetzt auf einer Fläche von nahe an 30,000 □ Werst nachgewiesen ist.

Dieses Mineral, welches 15—30 % Phosphorsäure enthält, findet sich in weit gedehnten Schichten von im Durchschnitt 1/2 Arschin Mächtigkeit. Alle Chausseen im Gouvernement Kursk sind aus diesem Stein gebaut, und der aus ihnen entstehende Staub wird schon jetzt von den Anwohnern auf ihre Felder gebracht und ist als treffliches Düngungsmittel anerkannt. Auch giebt es bereits Fabriken zur Bearbeitung der Phosphorite, welche auch als Gegenstand der Ausfuhr ins Ausland bedeutende Wichtigkeit erlangen können.

Russland soll jetzt im Durchschnitt, nach Abzug der Saat, 220 Millionen Tschetwert Korn und Kartoffeln erzeugen. Davon dienen zum Verbrauch der einheimischen Bevölkerung 175 Millionen; 9 1/2 Millionen werden zur Branntweinproduction verwandt, und es bleiben daher 35 Millionen zur Ausfuhr übrig. In Wirklichkeit gingen aber bisher nicht über 10—12 Millionen Tschetwert über die Grenze und nur im Jahr 1870 sind über 20 Millionen ausgeführt worden. Sonach bleibt jährlich ein bedeutender Ueberschuss zur Deckung von Ausfällen in Folge von alljährlich sich wiederholenden partiellen Missernten.

Im Verhältniss zu seiner Bevölkerung erzeugt Russland mehr Korn als alle anderen Länder Europa's. Im Verhältniss aber zu seiner Ackerfläche müsste es um 100 % mehr hervorbringen, wären die Ernten so ergiebig wie in Grossbritannien. Das ist aber schon aus klimatischen Gründen nie zu erreichen, denn mit Ausnahme der besonders bevorzugten südwestlichen Provinzen des Reichs leiden alle Theile an den Uebelständen langer Winter, und der Süden, besonders der Südosten, ausserdem an grosser Trockenheit im Frühjahr zur Zeit des Wachsthums, und an Schneemangel im Winter, während dessen das Korn der schützenden Schneedecke gegen die Kälte bedarf. Daher sind in den Steppen Russlands Wintersaaten unmöglich. Im Norden des Reichs häuft sich die Feldarbeit in dem sehr kurzen Sommer, und somit kann dort dem Acker nicht die nöthige Pflege zu Theil werden, zumal der Bauer, eben wegen der langen Winter, gezwungen ist, neben dem Landbau noch andere Beschäftigungen zu treiben, um sich seinen Unterhalt zu verdienen.

Die vor zehn Jahren erfolgte Aufhebung der Leibeigenschaft hat unter andern die Wirkung gehabt, dass die grossen Grundbesitzer in der Nordhälfte des Reichs, da ihnen keine Frohndienste mehr geleistet werden, in Folge davon weniger Land anbauen. Dieser Ausfall mag übrigens durch die Ausdehnung der bäuerlichen Wirthschaften wieder ausgeglichen worden sein. Im Süden hat der Kornbau jedenfalls zugenommen. Trotz bedeutender Steigerung der Preise wächst die Ausfuhr und damit zugleich der Werth des Landes.

Die Ausfuhr von Korn ins westliche Europa, in die Türkei und nach Finnland betrug in den Jahren 1856—1865 im Durchschnitt 9 Millionen Tschetwert, von 1866—1869 12½, und im Jahre 1870 gar 21 Millionen.

Diese Zunahme ist um so auffallender, als zugleich die Preise des Korns rasch in die Höhe gingen.

Vor dem Krimkriege war der Durchschnittspreis des Tschetwerts Weizen in Odessa 5—6 Rbl. Unmittelbar nach dem Kriege stieg er auf 8 Rbl. und seit dieser Zeit befindet er sich im steten Wachsen, so dass er selten unter 11 Rbl. fällt, aber bisweilen auf 14 Rbl. sich erhebt. In demselben Verhältniss hat sich der Preis des Roggens in St. Petersburg gehoben. Er kostet jetzt 8—9 Rbl., während er vor wenigen Jahren selten über 6 Rbl. zu stehen kam und vor 20 Jahren sogar zu 3—4 Rbl. verkauft ward. Die Preise im Innern des Landes entsprechen natürlich denen an den Hafenorten, besonders seit sie durch Eisenbahnen mit ihnen in leichte Verbindung gesetzt sind. Der Landwirth rechnet gegenwärtig schon auf einen Preis von 5 Rbl. für seinen Roggen, während bisher 3 Rbl. der höchste Preis war, den er zu erzielen hoffen konnte.

Unmittelbar nach der Befreiung der Bauern suchten viele Gutsbesitzer ihre Rettung in verbesserten Ackergeräthen und landwirthschaftlichen Maschinen. Die Schwierigkeit ihrer Verwendung erwies sich aber so gross, dass die Maschinen bei Seite gelegt werden mussten. In neuester Zeit scheinen die hohen Kornpreise wieder zu mehr Eifer anzuspornen, und wenn die russischen Gutsbesitzer ihren Erlös zur Verbesserung des Bodens verwendeten, so liesse sich bald ein merklicher Fortschritt erwarten. Leider aber ist die Zahl nicht allein der theoretisch gebildeten, sondern der emsigen und sparsamen Wirthe sehr gering. Ueberhaupt liegt Wirthschaftlichkeit nicht im Charakter der Slaven. Das sieht man am deutlichsten in Sachsen, Schlesien, Böhmen, wo die slavischen Ansiedlungen von den germanischen durch ihre Dürftigkeit sich augenfällig unterscheiden, während die Bewohner beider seit Jahrhunderten unter ganz gleichen Verhältnissen leben. Dieser Umstand

giebt für eine günstige Entwickelung der Landwirthschaft in Russland wenig Hoffnung. Es steht fest, dass der Adel, welcher vor der Bauern-Emancipation fast alleiniger Eigenthümer alles nicht dem Staate zugehörigen Landes war, aus Mangel an Betriebskapital und Ausdauer jetzt seine Wirthschaften beschränkt hat, und das Land pachtweise oder käuflich, sei es an Kapitalisten aus dem Mittelstande oder an Bauern, überlässt. Erstere pflegen, wenn sie Eigenthümer des Landes werden, dasselbe mit Sorgfalt zu behandeln. In den Steppen pachten sie Land in grosser Ausdehnung und betreiben dessen Anbau als industrielle Unternehmung. Dem Acker entnehmen sie soviel als er ohne alle Pflege zu liefern im Stande ist. Im südlichen Russland und namentlich im Taurischen Gouvernement ist vieles Land in den letzten Jahren von deutschen Colonisten, hauptsächlich Mennoniten, gekauft worden, die sich durch ihre Tüchtigkeit auszeichnen und meist zu bedeutendem Wohlstand gelangen. Den russischen Bauern, welche, wenn sie Land kaufen, dasselbe wohl auch zu schonen pflegen, gebricht es zur Zeit meist noch an Mitteln hierzu, obwohl die Zahl der Käufer unter ihnen immerhin im Wachsen begriffen ist. Dagegen ist ein grosser Theil der herrschaftlichen Ländereien an sie auf Zeit verpachtet, und diese werden dann meist von ihnen so ausgebeutet, dass eine vollkommene Erschöpfung der Aecker unvermeidlich ist. Mit Ausnahme des Landes, welches einzelne Bauern gekauft haben, befindet sich aller seit der Emancipation den Dorfgemeinden in Grossrussland angewiesene Boden in deren gesamem Besitz. Alle Glieder derselben haben ein gleiches Anrecht an das Land und daher muss es unter den Gemeindegliedern jedesmal neu vertheilt werden, sobald sich die Zahl derselben ändert. In der Praxis pflegt man den Acker seltener, die Wiesen häufiger umzutheilen, dennoch ist niemand seines Besitzes sicher, und daher bearbeitet und

pflegt der Bauer das Gemeindeland lange nicht mit derselben Sorgfalt, die er auf sein eigenes Feld verwenden würde. Nur der Garten, der an des Einzelnen Hof stösst, unterliegt nicht der Umtheilung und wird daher stark gedüngt.

Die ökonomischen Nachtheile dieser Gemeindewirthschaft sind allgemein anerkannt, man glaubt aber dieselbe beibehalten zu müssen, nicht allein als Unterlage für den Gemeindeverband, auf dem die Steuervertheilung und die Dorfverwaltung beruht, sondern auch als das einzige Mittel gegen Entstehung eines bäuerlichen Proletariats. Gegenwärtig findet jeder Bauer in seinem Dorfe eine Heimath und ein Stück Land, das ihn materiell und moralisch an die Scholle bindet und seinen Unterhalt, wenn auch nur kümmerlich, sichert. Dieser Umstand wird von den Bauern selbst so hoch geachtet, dass, obgleich das Gesetz ihnen gestattet, den Gemeindebesitz in Einzel-Eigenthum umzuwandeln, sobald $^{2}/_{3}$ aller Gemeindeglieder es verlangen, ein solcher Beschluss noch nirgends zu Stande gekommen ist. Wenn man aber auch zugiebt, dass der Gemeindebesitz der Entstehung eines ländlichen Proletariats entgegenwirkt, so entsteht doch die Frage, ob es rathsam ist, dem Nutzen eines geringen Theils der Gemeinde das Gedeihen der ganzen ländlichen Bevölkerung zu opfern Ueberdies ist bei so dünner Bevölkerung, wie in Russland, Landlosigkeit der bäuerlichen Bevölkerung in nächster Zukunft nicht zu befürchten, um so weniger, als unstreitig eine Landfläche, welche unter den gegenwärtigen Umständen nicht hinreichend erscheint, um ihre Bewohner zu nähren, sobald sie in Einzel-Eigenthum verwandelt wird, einer weit grössern Zahl Unterhalt zu gewähren vermag. Somit würde die Zahl der Proletarier langsamer wachsen als man es jetzt erwartet. Zudem ist Russland noch reich an ganz unbenutztem Land zur Aufnahme neuer Ansiedler.

Deutschen Gemeinden, welche am Ende des 18. und am

Anfange des 19. Jahrhunderts sich in Russland niederliessen, wurden gewisse Landstrecken als Eigenthum von der Regierung zugewiesen. Die Colonisten vertheilten dasselbe unter sich zu erblichem Besitz. Da aber alle Mitglieder dieser Gemeinden von Hause aus ein Anrecht auf das ihnen gemeinsam ertheilte Land haben, so wird jetzt, um die mittlerweile entstandene besitzlose überschiessende Bevölkerung anzusiedeln, von vielen solchen Gemeinden auf öffentliche Kosten neues Land angekauft.

Sind die russischen Gemeinden nicht im Stande, dasselbe zu thun, so könnte ihnen die Regierung durch Zuweisung wüsten Landes zu Hilfe kommen. Welches übrigens die Lösung dieser Frage sei, sie gehört zu den brennendsten, denn der Gemeindebesitz hindert offenbar jeden wirthschaftlichen Fortschritt und konnte nur geduldelt werden, so lange der Acker gar keiner Pflege bedurfte.

Eine Folge des Gemeindebesitzes ist noch ein anderer Uebelstand, der vorzüglich seit der Freilassung der Bauern hervortritt: die endlose Zersplitterung der Familien. Die Gutsbesitzer, eingedenk des Grundsatzes, dass in der Vereinigung die Kraft, in der Zersplitterung aber die Ohnmacht liegt, gestatteten den Bauernfamilien nicht, sich unnöthigerweise zu theilen. Jetzt aber drängt der Wunsch nach Unabhängigkeit einen jeden erwachsenen Mann, einen eigenen Hof zu gründen, und da er gesetzlich ein Anrecht auf einen Theil des Gemeindelandes hat, so kann ihm das nicht verweigert werden. Eine Bauernwirthschaft aber, die nur aus einem Ehepaar besteht, dem es gewöhnlich an allem Inventar gebricht, muss in Elend verkommen. Das ist eine Hauptursache des Verfalls des Ackerbaues, der Abnahme des Viehstandes. Die Mittel, welche die Bauern auf Verbesserung der Ackergeräthe und des Viehstandes hätten verwenden können, werden von den Summen ver-

schlungen, welche die Ausführung neuer Wohngebäude für die neuen Wirthe erheischt. Diese aber sind ein todtes Capital. Knechte giebt es in den Bauernwirthschaften nicht; jeder Mann ist Herr in seinem Hause. Somit ist in den grossrussischen Dörfern das Ideal der Socialdemokraten realisirt, aber schwerlich damit ein Beispiel zur Nachahmung aufgestellt. Den Drang zur Theilung der Familien befördert der Despotismus, welchen das Familienhaupt bisher auszuüben gewohnt war. Er lastete schwer auf allen Gliedern und unter ihm litt oft die Moral, da es nicht selten geschah, dass der Vater in ein zu enges Verhältniss zu seinen Schwiegertöchtern trat, und dass diejenigen von ihnen, welche sich dem entziehen wollten, aufs Aergste gepeinigt wurden. Betrachtet man einerseits die Uebelstände, welche aus dem Zusammenleben entstehen, andererseits die üblen Folgen der Zersplitterung, so muss man zu der Ueberzeugung kommen, dass nur in der Schöpfung eines Standes von Wirthen und von ihnen dienenden Knechten das Mittel gefunden werden kann, den gegenwärtigen Uebeln zu entgehen.

Schwer drückt den Gewerbfleiss des Bauern auch das gegenwärtige Steuersystem. Die Steuern werden nämlich nach der Zahl der männlichen Bevölkerung jeder Gemeinde alle 18—20 Jahr festgestellt, und dann haftet diese solidarisch für die richtige Beitreibung. Die Folge davon ist natürlich, dass der Fleissige für den Faulen einstehen muss, und aller Sporn zur Thätigkeit vernichtet wird. Ueberdies sind die Staats- sowol als Gemeindesteuern zu einer fast unerschwinglichen Höhe geschraubt.

Wenn trotz so ungünstiger Verhältnisse die Kornerzeugung dennoch wächst, so beweist das nur, wie gross die Hilfsquellen des Landes sind.

Neben dem Korn mehrt sich auch die Production anderer Gegenstände und vor Allem des Flachses. In einem

grossen Theil der Nordhälfte des Reiches ist Flachs das einzige Bodenerzeugniss, welches dem Bauer eine Reineinnahme gewährt. Vor einigen Jahren noch schätzte man die Gesammtproduction des Flachses in Russland auf 12 Millionen Pud, im Durchschnittspreise von 4 Rbl. per Pud. Davon wurden durchschnittlich ausgeführt in den Jahren 1857—1861: 3,839,676 Pud und in den Jahren 1862—1866: 4,784,600 Pud. Im Jahr 1869 gingen aber ins Ausland: 5,974,024 und 1870: 10,381,450 Pud, folglich muss, da der innere Verbrauch sich wahrscheinlich nicht gemindert, die Gesammterzeugung 18 bis 20 Mill. Pud betragen, d. h. das Doppelte von dem, was das ganze übrige Europa hervorbringt. Ausserdem werden noch im Durchschnitt 2½ Millionen Pud Leinsamen ins Ausland gesandt, wovon die Hälfte aus den Häfen des Schwarzen Meeres ausgeführt wird. In den Steppen des südlichen Russland wird der Flachs nur des Samens wegen gebaut und der Halm meist zur Feuerung verwendet. Der Hanfbau scheint nicht zu steigen, weil der Absatz des Hanfs nach ausländischen Märkten beschränkt ist.

Dagegen hat die Erzeugung von Runkelrübenzucker seit 1862 sich verdoppelt. Es steht dieser Industrie in den südwestlichen Provinzen des Reichs eine grosse Zukunft bevor, sobald das theure Holz durch die dort aufgefundenen Braunkohlen ersetzt, und in Folge verbesserter Communicationsmittel ein leichterer Absatz geschaffen sein wird.

Ebenso steigt die Tabakproduction in den südlichen Provinzen des Reichs; ihre Höhe ist jedoch nicht genau bekannt, da die Pflanzungen keiner Controle unterworfen sind. Ein geringer Theil desselben geht selbst ins Ausland, wo er seiner Schwere wegen vom gemeinen Mann geschätzt wird.

Auf die Pflanzen-Erzeugung hat also der elende Zustand der Landwirthschaft keinen merklichen Einfluss, denn wenn ausserhalb der Region der schwarzen Erde das Feld auch

nur die spärlichsten Ernten gewährt, so ersetzt der Süden Russlands das, was dem Norden abgeht. Die Viehzucht aber hat unter den gegenwärtigen Verhältnissen schon bedeutend gelitten.

Vor Allem hat die Ausfuhr von Talg abgenommen und das würde noch mehr der Fall gewesen sein, wenn nicht die Producte Sibiriens und der Kirgisensteppe Aushilfe gewährten. Auf diese Provinzen haben die Verlegenheiten der Landwirthschaft im europäischen Russland keinen Einfluss.

Die Ausfuhr von Talg, welche in früheren Jahren 3½—4 Millionen Pud jährlich betrug, beschränkte sich 1869 auf 1,671,178 und 1870 auf 1,329,976 Pud. An Wolle wurden in den Jahren 1862—64 im Durchschnitt 1,276,973 Pud ausgeführt, im Jahre 1869: 947,765 und 1870 nur 920,619 Pud, denn die russische Wolle ist gegenwärtig nicht im Stande, mit der australischen zu wetteifern. Selbst auf den russischen Märkten beginnt diese ihr Concurrenz zu machen. Viele Schafzüchter des südlichen Russland haben schon ihre Heerden bedeutend vermindert. Nicht wenige Besitzer zählten früher über 100,000 Stück Merino-Schafe; einer besass deren sogar 400,000.

Eine Verminderung der ohnedies schon in einem grossen Theile Russlands sehr spärlichen atmosphärischen Niederschläge und die Austrocknung der Flüsse ist die Folge der allgemeinen Waldverwüstung, welche vor Allem seit der Bauern-Emancipation eingetreten ist Daher sind in waldarmen Gegenden die Preise des Holzes zu schwindelnder Höhe gestiegen, während man im Norden, wo noch einiger Wald vorhanden, immer neue Massen auf den Markt bringt, so dass bisher dort Holz der einzige Gegenstand ist, dessen Preis sich seit Jahren nur wenig geändert.

Der Sinn des Pflegens und Erhaltens ist dem Slaven überhaupt nicht eigen, weder in materieller noch in politischer Hinsicht. Er hat Freude am Forträumen jeder

Schranke seiner Thätigkeit; die Zeit heiligt nichts in seinen Augen. Darum, als in Folge der Bauernbefreiung die Frohnwirthschaft durch freie Arbeit ersetzt ward und es den Grundbesitzern an Betriebskapital fehlte, schritt man überall zum Verkauf des Waldes, als dem leichtesten Mittel, sich Geld zu verschaffen. Ein bedeutender Beweggrund dazu war übrigens auch einerseits die Schwierigkeit, den Wald vor den nunmehr freien Bauern zu schützen, da diese gewohnt waren, alles Holz von ihrem Leibherrn ohne Zahlung zu erhalten, — andererseits der durch den Eisenbahnbau hervorgerufene Bedarf an Schwellen und Feuerungsmaterial.

Die Nothwendigkeit, den Waldverwüstungen eine Grenze zu setzen, ist allgemein anerkannt, aber weder die Regierung noch die Provinzialstände besitzen die hinreichende Energie, um die Ausübung des Eigenthumsrechts in dieser Hinsicht aus allgemeinen Nützlichkeits-Gründen zu beschränken. Ja als vor einigen Jahren die Waldbesitzer in der Krim der Domainenverwaltung einen Austausch ihrer Wälder gegen Krons-Steppenländer anboten, konnte diese auch hierin nicht zum Entschluss kommen. Und doch hängt die Culturfähigkeit der Krim von der Erhaltung der Wälder auf den Berghöhen ab und ist die Regierung allein im Stande, diese zu sichern. Das ist ein neuer Beweis, wie wenig das Verständniss für wirthschaftliche Vortheile in den Regierungs-Sphären verbreitet ist,

Durch fast allseitige Aufhebung der Frohne seit dem Jahre 1861 und Schliessung der Staats-Credit-Institute im Jahre 1859, waren die Grundbesitzer wirklich in eine so schwierige Lage gebracht, dass ihnen nichts übrig blieb, als aus Allem Kapital zu machen. Die Wirthschaft mit freien Arbeitern aber erheischt bedeutendes Betriebskapital, dessen die Gutsbesitzer, so lange die Frohnen währten, nicht bedurften. Die erforderlichen Geldmittel sind übrigens zum

Theil von der Regierung den Grundbesitzern gewährt worden. Es betrug nämlich im Jahre 1859, als die Staatsbanken geschlossen wurden, die Schuld der Landbesitzer an dieselben: 427 Millionen Rbl. Sie war am 1. Januar 1871 bis auf 146 Millionen abgetragen, zum grössten Theil durch Uebertragung derselben auf die Bauern. Auf den freigelassenen Bauern ruhte aber am 1. Januar 1871 für das ihnen schon zugetheilte Land eine Schuld von 543 Millionen. Davon waren 295 Millionen an die Grundherren in Staats-Obligationen ausgegeben worden. Da diese Papiere mit einem Verlust von 10—15% versilbert werden können, so haben die russischen Grundherren bisher durch die Freilassung ihrer Bauern ein Betriebskapital von 250—260 Millionen erlangt, und ausserdem sich von einer Schuldenlast von 248 Millionen befreit. Diese Summen scheinen jedoch nicht hingereicht zu haben, um das Bedürfniss nach flüssigem Kapital zu befriedigen, und nach vielfachen Versuchen sind endlich zwei ländliche Credit-Institute zu Stande gekommen, das eine im Jahre 1864 für Südrussland, das andere 1866 für alle Theile des Reiches ohne Ausnahme. Die Operationen derselben sind jedoch bisher noch ziemlich beschränkt geblieben. Das erste Institut hatte im Jahre 1869 Pfandbriefe im Betrage von nur 6½ Millionen, das zweite im Jahre 1870 solche für 16 Mill. im Umlaufe. Das Kapital kann kaum unter 7—8% aufgebracht werden.

So theuer wie das Betriebskapital sind an vielen Orten auch die Arbeiter. In den dicht bevölkerten Mittelprovinzen pflegt an ihnen kein Mangel zu sein, wenn nicht grade grosse öffentliche Arbeiten sie zeitweilig in Anspruch nehmen; denn die Bauern, durch die gegenwärtige Gesetzgebung noch an die Scholle gebunden, die ihren Unterhalt selten sichert, sind in der Regel genöthigt, sich entweder selbst zu verdingen oder Land in der Umgegend zu pachten. In den wenig bevölkerten

Provinzen dagegen, wo die Zahl der unbebauten Landflächen am grössten ist, hält es sehr schwer Arbeiter zu finden, und wandern solche meist erst aus grosser Ferne in den Sommermonaten herbei. Die neuen Eisenbahnen werden unstreitig zu einer gleichmässigen Vertheilung der Arbeitskräfte beitragen.

Trotz der Schwierigkeiten übrigens, mit denen die Landwirthschaft zu kämpfen hat und der hohen Preise ihrer Producte, ist der Ausfuhrhandel Russlands, der fast ausschliesslich in Roherzeugnissen besteht, in stetiger Zunahme.

Handel und Industrie.

Nach den Zolllisten hat sich von 1859—1869 der Werth der Ausfuhr um 68 % vermehrt, und im Jahre 1867 waren in Folge der Missernten im westlichen Europa und in Nordamerika die Preise aller russischen Ausfuhr-Gegenstände dermaassen gestiegen, dass der Werth des Exports gegen 1858 sich mehr als verdoppelt hatte.

Jedenfalls hat sich aber die Einfuhr noch stärker vermehrt, als die Ausfuhr, denn die Zunahme erreichte in den Jahren 1859—1869 136 %, was übrigens zum grossen Theil dem Import von Eisenbahnmaterial zuzuschreiben ist. Es betrug nämlich die Einfuhr von Metallwaaren, Maschinen und Roh-Metallen im Jahre 1859: 4,613,790, resp. 11,296,612 und 3,346,500 und im Jahre 1869: 29,106,640, resp. 20,386,165 und 25,081,260 Rubel. Uebrigens ist der Bedarf auch an allen anderen fremdländischen Gütern, sowohl Colonialwaaren, als Gegenständen des Luxus und Fabrikstoffen, im stetigen Steigen begriffen, was gewiss ein deutlicher Beweis des wachsenden Wohlstandes Russlands ist, um so mehr, als die Einfuhr bedeutend schneller wächst als die Bevölkerung.

So wurden von Thee auf dem Landwege aus China im Jahre 1858 eingeführt 288,000 Pud im Werthe von 6½ Millionen Rbl. Seit im Jahre 1862 die Einfuhr auch auf

der europäischen Grenze gestattet ward, ist freilich die Einfuhr über Kiachta im Jahre 1869 auf 162,000 Pud gefallen, dagegen sind aber 573,000 Pud, im Werthe von mehr als 17 Mill. Rbl., durch die europäischen Zollstätten eingeführt worden. Es lässt sich freilich hieraus nicht ohne Weiteres der Schluss ziehen, dass der Theeverbrauch in den zehn Jahren von 288,000 auf 735,000 Pud gestiegen ist, da man mit ziemlicher Sicherheit annehmen kann, dass vor gesetzlicher Zulassung der Thee-Einfuhr aus dem Westen gegen 200,000 Pud jährlich von dort eingeschmuggelt wurden.

Als Luxusartikel kann man ausländische Webestoffe ansehen, da der Bedarf der grossen Massen durch einheimische Fabrikate gedeckt wird. Eingeführt sind aber in den Jahren 1862—64 einer- und 1866—68 andererseits an Baumwollengeweben im Durchschnitt 34,436 resp. 52,906 Pud, an Wollgeweben 42,817 resp. 75,413, an Seidenstoffen 7016 resp. 10,194 Pud. Es ergiebt sich also im Laufe dieser wenigen Jahre eine Zunahme, die namentlich bei Wollengeweben fast 80% erreicht, ohne dass im Tarif irgend eine Veränderung vorgenommen worden wäre. Diese trat erst mit dem Jahre 1869 ein und die Folge davon war ein neuer Zuwachs der Einfuhr an Weberwaaren. Namentlich sind 1870 an Wollenstoffen 122,468, an Baumwollenwaaren 82,404, an Seidengeweben 8256 Pud verzollt worden. Diese Zunahme fand trotz des niedrigen Wechselcourses statt, welcher sonst deprimirend auf die Einfuhr zu wirken pflegt.

Unter den Fakrikstoffen hat die Einfuhr von Baumwolle am wenigsten zugenommen. Durch die europäischen Zollämter gehen jetzt wie vor 10 Jahren ungefähr 2½ Millionen Pud jährlich. Nur im Jahr 1869 überstieg die Einfuhr der Baumwolle 2,900,000 Pud, fiel aber im folgenden Jahr auf 2,600,000. Dagegen ist die Einfuhr von Baumwolle aus Bokhara und Chiwa bedeutend gestiegen. Sie betrug während

der Baumwollenkrisis 700,000 Pud. Jetzt hat sie wieder abgenommen. In 10 Jahren fast verdoppelt hat sich die Einfuhr von Farbewaaren, chemischen Präparaten und Baumöl, wovon ein grosser Theil in den Fabriken verwendet wird. Hieraus muss auf einen Aufschwung der einheimischen Industrie geschlossen werden. Auch scheint der neue Zolltarif, welcher seit 1869 in Kraft getreten ist, auf dieselbe keinen nachtheiligen Einfluss geübt zu haben, obgleich die Zölle auf viele Gegenstände nicht unbedeutend herabgesetzt worden sind. Wie wenig aber, trotz der unleugbaren Fortschritte der russischen Fabriken, diese im Stande sind, mit den westeuropäischen sich zu messen, beweist am besten, dass sie nur in Eisen-, Glas- und Erdwaaren einigermaassen die Concurrenz englischer und deutscher Erzeugnisse auf den Märkten Persiens ertragen können. Selbst an den Ufern des kaspischen Meeres, wohin der Transport zu Wasser aus Russland leicht ist, während europäische Waaren einen höchst beschwerlichen Weg dahin zu machen haben, können russische Gewebe nicht mit westeuropäischen wetteifern. Nur die Märkte Mittelasiens beherrschen die russischen Fabrikate bisher fast ausschliesslich, was sehr natürlich erscheint, da Russland das einzige Reich ist, welches die Roherzeugnisse dieser Länder kauft. In der Absicht, den beschwerlichen Karawanenweg dahin abzukürzen und über das kaspische Meer nach Chiwa zu gelangen, hat die Regierung gegenwärtig in der Balkanbucht, am Ostufer des kaspischen Meeres, eine russische Ansiedlung gegründet, die den Karawanen als Stützpunkt dienen soll, welche geneigt sein könnten, zwischen dem kaspischen Meere und China den Handel zu vermitteln. Doch ist dieser Weg durch seinen Wassermangel und die zahlreichen Streifzüge der Turkomannen sehr beschwerlich und daher kaum zu hoffen, dass er die bisherige Karawanenstrasse über Orenburg ersetzen werde, es sei d nn, es gelänge die Turkomannen zu zügeln und

Brunnen in dem alten Bette des Armu-Darja zu graben. Die Ursache der Inferiorität russischer Fabrikate liegt vor Allem in dem allgemein noch niedrigen geistigen Bildungsstande des russischen Volkes. Ausserdem hemmen klimatische Einflüsse und politische oder kirchliche Institutionen, wie die zahllosen Festtage, die Industrie. Ein Theil dieser Uebelstände wird durch verbesserte Transportmittel, Auffindung von Kohlen, Errichtung mechanischer Werkstätten im Inlande, und allgemeinere Verbreitung der Civilisation ohne Zweifel allmählig entfernt werden.

So lange übrigens die Industrie in Russland der westeuropäischen nicht um Vieles näher gerückt ist, kann das gegenwärtige Schutzzollsystem nicht wohl aufgegeben werden. Abgesehen davon, dass die Regierung nicht berechtigt wäre, Industrien, die sie selbst hervorgerufen, preiszugeben, und dass Fabriken auch als Bildungsmittel überall eine bedeutende Rolle spielen, giebt es zwei Umstände, die deren Aufrechterhaltung in Russland zur Nothwendigkeit machen, das ist die Unfreiheit der Bevölkerung in der Wahl ihres Wohnorts, und die gegenwärtige Papiergeld-Circulation, nebst der auswärtigen Schuldenlast des Staats.

Die Freizügigkeit, welche vor 300 Jahren der russischen Bevölkerung genommen ward, ist ihr durch die Emancipation der Bauern nicht wiedererstattet worden. Die gegenwärtige Steuer- und Rekrutirungs-Ordnung bindet die grosse Masse der Landbewohner, zum Theil selbst der Städtebevölkerung, an die Scholle. In Folge dessen ist die Vertheilung der Bevölkerung in Russland eine unnatürliche. Sie ist dichter, weil älter, in den unwirthbaren Provinzen der Nordhälfte als in den später angesiedelten südlichen und östlichen Landestheilen, die unvergleichlich fruchtbarer sind. Im Norden ist der Boden nicht im Stande, die Bevölkerung selbst dürftig zu ernähren, viel weniger ihr irgend einen

Ueberschuss zu gewähren. Sie kann sich daher nur durch Industrie erhalten. Ausser Fabriken, die im Laufe der letzten 50 Jahre in vielen dieser Gegenden errichtet worden, sind die mannichfaltigsten Gewerbe seit langer Zeit in den Dörfern heimisch. In dem einen strickt man grobe wollene Strümpfe und Handschuhe, in anderen werden Filze gefertigt. Nagelschmiede, Schlosser, Schuhmacher, Holzarbeiter u. s. w. nehmen gesondert ganze Gauen ein. Aus anderen Gegenden wandert die ganze arbeitstüchtige Bevölkerung aus, um, sei es als Handwerker oder Händler, sei es als Tagelöhner, Erwerb in fernen Provinzen des Reichs zu suchen, während die Familie im Dorfe bleibt und bleiben muss.

Weder kann aber die ländliche häusliche Industrie sich mit der fabrikmässigen messen, noch sind die reisenden Gewerksleute im Stande, sich gleich Ansässigen zu vervollkommnen, abgesehen davon, dass sie bei ihrem Wanderleben viel Geld und Zeit vergeuden. Dennoch beruht die Existenz ganzer Provinzen auf dem gegenwärtigen Erwerbssystem, das nur durch vollkommene Freizügigkeit aufgehoben werden kann. Bis dahin wenigstens muss die Regierung die bestehenden Industrieen schützen.

Der zweite Umstand, welcher sich der Einführung des Freihandels widersetzt, sind die Geld- und Schuldverhältnisse Russlands. Bekanntlich wird hier die ganze Geldcirculation durch Papiergeld mit Zwangscours, im Betrage von gegenwärtig 715 Millionen Rbl., vermittelt. Der Tauschwerth dieses Geldes richtet sich annähernd nach dem Preise des russischen Rubels auf ausländischen Märkten, welchen der Wechselcours ausdrückt: dieser aber hängt von der Verkehrsbilanz Russlands gegenüber der Gemeinschaft aller andern Länder ab.

Nun muss aber, nach den Finanzanschlägen für 1871, die russische Regierung für Anleihen, welche sie im

Auslande geschlossen, an dasselbe jährlich 33 Millionen Rubel zahlen. Ausserdem betrugen am 1. Januar 1869 die Schulden der verschiedenen Eisenbahngesellschaften in Actien und Obligationen 677 Millionen Rubel, von denen der grössere Theil einer Staatsgarantie genoss, welche zu einer Zinszahlung von 29 Millionen Metallrubel verpflichtet. Seit der Zeit ist durch den Bau neuer Eisenbahnen diese Schuld bedeutend gewachsen. Ein Theil aller dieser jährlichen Zahlungen freilich bleibt in den Händen russischer Kapitalisten und braucht daher nicht in das Ausland gesandt zu werden. Doch der bei weitem grössere Theil geht unstreitig aus dem Lande. Diese Geldausfuhr wird noch vermehrt durch $2^1/_3$ Millionen für den jährlichen Unterhalt der Gesandschaften, dann durch Bestellungen, welche die Ministerien des Krieges und der Marine, sowie viele Eisenbahn- und Dampfbootgesellschaften im Auslande machen, endlich durch die Summen, welche russische Reisende jährlich hinaustragen. Diese Summen sind wohl nicht unter 20 Millionen anzuschlagen, während Ausländer nach Russland nur wenig Geld hineinbringen, da sie meist nicht zum Vergnügen sondern um des Erwerbes willen herkommen[1]). Alle diese Zahlungen müssen aus dem Ueberschuss der Ausfuhr über die Einfuhr gedeckt werden, widrigenfalls der Wechselcours und mit ihm der Werth des Papierrubels unwiederbringlich sinkt.

Nun sind zwar nach Ausweis der Zolllisten während des Decenniums von 1858 bis Anfang 1869 im Handel mit Europa für 174 Millionen mehr Waaren aus- als eingeführt, ungerechnet die edlen Metalle, von denen in dieser Zeit nach Europa für

---

[1]) Jm Jahre 1868 haben 389,228, im Jahre 1869 422,912 Personen, von denen im Jahre 1868 102,161 und 1869 136,865 russische Unterthanen, Russland verlassen. Aus dem westlichen Europa nach Russland kamen im Jahre 1868 448,363 und 1869 443,740 Personen.

126 Millionen mehr aus-, als eingingen. Die Ausfuhr hat also um 30 Millionen Rbl. jährlich die Einfuhr überstiegen. In Wahrheit ist aber die Einfuhr weit bedeutender gewesen, denn in den Zolllisten wird weder die Contrebande aufgeführt, noch sind darin alle diejenigen Gegenstände angegeben, welche die Regierung verschreibt, und die daher keinen Zoll zahlen. Deshalb reicht der Ueberschuss der Ausfuhr über die Einfuhr nicht hin, den Ausfall zu decken. Das Fehlende ist stets durch Anleihen aufgebracht worden; dass aber auch diese nicht im Stande waren das Gleichgewicht herzustellen, geht daraus hervor, dass der Werth des Papierrubels bis dato um 25 % gesunken ist. Folglich hat Russland an seinen Umlaufsmitteln allein einen Verlust von 180 Millionen Rbl. erlitten, die es zur Bezahlung seiner Schuld an's Ausland hergeben musste.

Gäbe es in Russland kein Staatspapiergeld, so hätte diese Summe in baarer Münze gezahlt werden müssen und der Ausfall in den Circulationsmitteln wäre so fühlbar gewesen, der Preis der Münze im Lande so sehr gestiegen, dass man statt anderer Waaren Gold und Silber eingeführt hätte. Durch schleunige Verminderung des Import-Handels wäre versucht worden, die Bilanz herzustellen. Gegenwärtig verhält es sich anders. Die Zahl der Zettel wird nicht vermindert, wenn ihr Tauschwerth dem Auslande gegenüber sinkt. Dieses Sinken zeigt sich anfangs nur an denjenigen Waaren, welche aus dem Auslande bezogen werden und dehnt sich dann sehr allmälig auch auf alle übrigen aus. Daher wird der Verlust am Geldwerthe nur sehr langsam gefühlt und ebenso langsam tritt die Reaction gegen die Waarenzufuhr aus dem Auslande ein, d. h. der Schuldner wird seine Schulden erst gewahr, wenn er vielleicht nicht mehr im Stande ist, sie zu bezahlen.

Aus dem Gesagten folgt, dass in einem Lande mit

überwiegendem oder gar ausschliesslichem Staatspapiergeld die Regierung verpflichtet ist, das Volk vor einer ungünstigen Handelsbilanz zu schützen. Angenommen auch, es bewahrheitete sich überall, dass der Freihandel die Productionskräfte belebt und dass Russlands Rohproduction bei Aufhebung aller Schutzzölle sich hinreichend heben könnte, um mit seinen Erzeugnissen die Fabrikate des Auslandes, deren es bedarf, zu kaufen, so würde doch bei der Revolution, welche ein Systemwechsel im ganzen industriellen Leben des Landes hervorbrächte, eine so künstliche Werthmasse, wie die des Staatspapiergeldes, vollständig zusammenbrechen. Keine Regierung aber wird es wagen, muthwillig eine solche Katastrophe hervorzurufen.

Aus den angeführten Gründen leuchtet ein, dass eine Aufhebung der Schutzzölle in Russland unthunlich ist. Daraus folgt aber keineswegs, dass man nicht auf dem Wege ihrer allmählichen Herabsetzung schneller als bisher fortschreiten könnte. Nur müsste die Regierung zuerst Hand anlegen, und alle Misstände, welche die Arbeit vertheuern, nach Möglichkeit zu beseitigen suchen.

Zu diesen gehören namentlich die zahlreichen Kirchen- und Staatsfeiertage und die Völlerei.

Es ist bekannt, dass die russischen Arbeiter statt 300 höchstens nur 240 Tage im Jahre arbeiten. Statt die Zahl der Festtage zu vermindern, schafft die Regierung aber oft noch neue hinzu[1]) und dringt auf die Beobachtung aller. Die Geistlichkeit findet ihren Vortheil, ihr darin beizustehen. Das entgegengesetzte Verfahren würde die Arbeit um 20% wohlfeiler machen und die Gelegenheit zur Völlerei vermin-

[1]) So ist z. B. der 4/16. April, an dem der Kaiser im Jahre 1866 vor einem Mordanfall wunderbarer Weise bewahrt wurde, auch für alle Schulen zum Feiertag erhoben. Es ist, als wolle man in der Jugend den Wunsch erregen, dass solche rettende That sich wiederhole.

dern, in welcher vor Allen die Fabrikarbeiter die Festtage hinbringen; für Trunkenheit wird aber niemand gestraft, und die Fabrikherren sind in vollkommener Abhängigkeit von dem guten Willen ihrer Arbeiter[1]).

Unstreitig trägt auch die griechische Kirche durch ihre sechsmonatlichen sehr strengen Fasten zur Völlerei bei, denn die wenig nahrhaften Fastenspeisen machen den Ersatz durch Branntwein nothwendig, während er bei reichlicher Nahrung leicht vermisst werden könnte. An der Beobachtung der Fasten hält aber das Volk so fest, dass z. B. die Bemühungen der Regierung, die Matrosen auf Kriegsschiffen von denselben zu befreien, in diesen selbst den stärksten Widerstand gefunden haben. Die allgemein sehr ungenügende Nahrung des russischen Volks, noch mehr aber die geringe Sorgfalt der Aeltern, verursacht grosse Sterblichkeit unter der Jugend. Daher ist die Zunahme der Bevölkerung gering, obgleich die Zahl der Geburten in Russland grösser ist als in irgend einem andern Lande. Die Ueberlebenden erscheinen meist kräftig, erliegen aber doch leicht jeder Krankheit. Der russische Arbeiter ist grosser Anstrengung fähig, aber sie ist selten von länger Dauer und die Arbeit vor Allem nicht accurat. Von Natur sehr anstellig, geht er oft von einer Beschäftigung zur andern über und erlernt daher nichts gründlich. Die Fabrikarbeiter sind selten am Orte der Fabrik ansässig, sondern oft Bauern aus entfernten Gegenden und kehren meist in den Sommermonaten zur Bestellung ihrer Felder wieder heim. Dann ruht die Fabrik und das auf dieselbe

[1]) Im Jahre 1863 ward die Branntweinspacht aufgehoben, wodurch in den gross-russischen Provinzen der Branntwein im Preise bedeutend fiel. In Folge dessen verdoppelte sich dessen Verbrauch. Im Jahre 1862 betrug dieser 0,49 und 1863: 0,94 Wedro auf den Kopf der Bevölkerung. Die Verkaufs-Lokale des Branntweins stiegen in einem Jahre von 24,117 auf 124,276.



verwandte Capital trägt keine Zinsen. Solche Unstetigkeit der Arbeiterbevölkerung und ihre sehr geringe Bildung haben zur Folge, dass sich unter ihr nur selten tüchtige Meister ausbilden. Man ist somit genöthigt, solche aus dem Auslande kommen zu lassen, was mit grossen Kosten verbunden ist.

Diese Uebelstände heben vollkommen den Vortheil auf der den russischen Fabrikanten daraus erwächst, dass der Lohn der Arbeiter in Russland im Allgemeinen niedriger ist als im übrigen Europa. Vertheuert wird die Arbeit auch durch klimatische Verhältnisse; denn zum Schutz gegen die Kälte des Winters müssen kostspielige Gebäude aufgeführt werden, deren Erheizung ebenfalls keinen geringen Aufwand verursacht.

Mehr scheinbar als wirklich ist der Vortheil, welcher der russischen Industrie aus dem Umstande erwächst, dass sie zum grossen Theil Erzeugnisse des eigenen Landes verarbeitet; denn abgesehen davon, dass bei der grossen Ausdehnung des Reichs der Transport innerhalb desselben oft weit kostspieliger ist als der Bezug aus der Fremde, sind die Rohstoffe Russlands meist so unvollkommen zugerichtet, dass aus ihnen nur grobe Fabrikate erzeugt werden können. Das ist namentlich bei dem einheimischen Flachs, bei Wolle und Häuten der Fall; das Eisen dagegen, obgleich von vorzüglicher Güte, ist theuer und wird nicht in hinreichender Menge zu Tage gefördert. Maschinen, deren die Fabriken bedurften, wurden bisher aus dem Auslande bezogen. Da aber ohne Hilfe mechanischer Industrien jeder Fortschritt auf dem Felde der Fabrikation unmöglich ist, so hat die Regierung beschlossen, solche im eigenen Lande hervorzurufen und zu diesem Zwecke fremde Maschinen mit einem Zoll belegt. Für den Augenblick wird aber dadurch die Errichtung neuer Fabriken vertheuert.

Endlich ist das Kapital in Russland theuerer als in den Staaten des westlichen Europa. Die Organisation des

Credits ist noch unvollkommen, der Handel findet noch nicht diejenigen Erleichterungen, welche ihm in anderen Ländern geboten werden.

Aus Allem ist daher begreiflich, dass die Erzeugnisse der Industrie in Russland noch nicht mit denen des Auslandes wetteifern können; dennoch soll, nach annähernder Schätzung, der Gesammtwerth aller Fabrikate des Landes 750 Millionen Rubel, d. h. 10 Rubel auf den Kopf der Bevölkerung, betragen. Diese Waaren werden erzeugt durch 23,000 Fabriken mit 525,000 Arbeitern, 400,000 Handwerker und einige Millionen Hilfsarbeiter aller Art. Die letzteren gehören ausschliesslich der ländlichen Bevölkerung an, aber auch die ersteren sind bei weitem nicht Alle Bewohner von Städten. Von der Gesammtzahl der 320,474 bewohnten Orte Russlands tragen 2207 den Namen von Städten oder Flecken, und schliessen eine Bevölkerung von 8 Millionen Seelen in sich. Die Zahl der Landbauern beträgt dagegen 53 Millionen und ist somit um $6^1/_2$ Mal grösser. Welch ein Gegensatz zu England, wo nur $^1/_4$ der Bevölkerung sich mit dem Ackerbau beschäftigt!

Es scheint, dass in Russland die fabrikmässig betriebenen Industrien besser gedeihen, als das städtische Handwerk, weil dieses letztere eine weit grössere Anzahl selbstständiger Persönlichkeiten verlangt. Daher ist das Handwerk, wie übrigens auch die Leitung vieler Fabriken, zum grossen Theil in den Händen von Fremden. Wo Juden ansässig sind, gehören die städtischen Gewerbe meist ihnen. Besser gedeihen die in den Dörfern betriebenen Handarbeiten, obgleich sie auf einer sehr niedrigen Stufe der Entwicklung stehen, denn sie setzen bei den Meisten wenig Selbstständigkeit voraus. Im Dorfe findet Jedermann im Dorfverband und in der althergebrachten Gewohnheit eine Stütze, welche dem städtischen Handwerker abgeht.

Genossenschaft und Arbeit in derselben liegen im Charakter und in den Sitten des russischen Volks. Gelänge es, diese der industriellen Arbeit anzupassen, so wäre damit das Ziel erreicht, nach dem jetzt vornehmlich gestrebt wird. Dennoch haben sich in den Städten Zünfte bisher nie einbürgern können, obgleich das Gesetz sie vorschreibt.

Es ist oben schon von den nachtheiligen Folgen des bäuerlichen Gemeindebesitzes in Russland die Rede gewesen. In politischer Hinsicht bietet jedoch der Gemeindeverband manche nicht unbedeutende Vortheile.

Zustand der Bauern.

In den grossrussischen Bauerdörfern geht die Individualität des Einzelnen vollständig in der Gemeinde auf. Die Feldmark ist gemeinsames Eigenthum und wird dem Einzelnen nur zur Nutzniessung ertheilt. Alle Leistungen an den Staat ruhen auf der Gemeinde, deren Glieder solidarisch haften. Das Eigenthumsrecht ist daher aufgehoben, sowol am unbeweglichen als am beweglichen Vermögen, denn der thätige, wohlhabende Mann kann all seines Gutes beraubt werden, um die Steuerrückstände seiner liederlichen Nachbarn zu decken.

Eine solche Ordnung mag eine vortreffliche Stütze für den Schwachen sein, für die Entwickelung des Starken ist sie ein absolutes Hinderniss. So lange in den Privat-Dörfern der Wille des Leibherrn, in denen der Krone der Beamte entschied, war überhaupt an keine freie Entwickelung zu denken, und es war gleichgültig, woher die Beschränkung stammte. Die Steuern waren nur unbedeutend und auf den Privatgütern haftete zudem für dieselben der Gutsherr. Endlich verlangte das Land weniger Pflege. Gegenwärtig aber, wo die Gemeinde der Regierung selbstständig gegenübersteht, ist der Druck auf ihre Glieder unleidlich. Auch sehnen sich alle tüchtigen Bauern nach einer Theilung

der Feldmarken. Diese kann jedoch nur in Folge eines Gemeindebeschlusses stattfinden, welcher, um gültig zu sein, eine Mehrheit von $^2/_3$ aller Stimmen erheischt. Ein solcher Beschluss ist daher wohl noch nirgends vorgekommen, da die Zahl der Bedürftigen, die in der Gemeinde eine Stütze finden, stets grösser ist, als die der Unabhängigen.

Obgleich die Aufhebung des Gemeindebesitzes schon an und für sich ein grosser Gewinn wäre, so müsste ihr, wenn den Bauern volle Freiheit gewährt werden soll, auch die Aufhebung der solidarischen Haft hinsichtlich der Entrichtung der Steuern folgen. Das ist aber nicht zu bewerkstelligen, so lange das System der Steuern selbst nicht gänzlich geändert wird.

Die Steuerlast, welche gegenwärtig vor Allem auf dem früher leibeigenen Bauer in Russland ruht, ist im Verhältniss zu dessen Erwerbsmitteln drückender als irgendwo im übrigen Europa. Es fällt, wenn man die Naturalsteuern in Geld anschlägt, auf jedes Glied der männlichen Bevölkerung, ohne Unterschied des Alters, eine Steuer von 12 Rubeln. Die Domanial-Bauern sind weniger überbürdet und besitzen durchschnittlich mehr Land als die vormals leibeigenen Bauern des Adels.

Im Jahre 1861 erhielten die Bauern in Russland nebst der persönlichen Freiheit auch Land, das, je nach den verschiedenen Oertlichkeiten, 1 bis 12 Dessätinen (0,23370 Dessätinen = einem preussischen Morgen) auf die männliche Seele betrug. Dieses Land ward ihnen zum ewigen Niessbrauch gegeben und die Leistung dafür, in Geld oder Arbeit, auf 20 Jahre hinaus festgesetzt. Doch wurden auch besondere Pachtcontracte gestattet. Wollen nun die Bauern das ihnen zugetheilte Land als Eigenthum erstehen, so gelten dabei folgende Regeln: Haus, Hof und Gartenland ist der Grundherr verpflichtet, ihnen käuflich, zu gesetzlich bestimmtem Preis, zu überlassen; die Erwerbung des übrigen Bauernlandes aber

hängt von seiner Einwilligung ab. Erfolgt diese, so tritt die Regierung als Vermittlerin auf, indem sie dem Eigenthümer 80% des gesetzlichen Taxwerthes des Landes in zinstragenden Papieren verabfolgt und die Eintreibung des Zinses von den Bauern übernimmt. Ueber die Zahlung der übrigen 20%, welche die Käufer selbst zu leisten haben, müssen sich diese mit dem Herrn verständigen. Endlich kann der Grundherr, falls er auf diese 20% von vornherein verzichten will, verlangen, dass die Bauern das ihnen zum Niessbrauch ertheilte Land käuflich erstehen.

Im Jahre 1861 betrug die Zahl der leibeigenen Bauern männlichen Geschlechts 9,939,717. Davon haben sich bis zum März des Jahres 1871 6,245,034 männliche Seelen mit 21,741,024 Dessätinen Land von ihren Grundherren losgekauft. Unter ihnen sind 222,382, welche in den neun polnischen Provinzen leben, zur Ablösung gezwungen worden. Von den übrigen 3½ Millionen Bauern, die kein Land mit Hülfe der Regierung erstanden, haben 570,000 sich ohne Vermittlung des Fiscus mit ihren Grundherren abgefunden, indem sie sich darauf beschränkten, ¼ des ihnen gesetzlich zukommenden Landes als Geschenk von ihren Grundherren anzunehmen und damit allen weiteren Land-Ansprüchen zu entsagen. Die Schuld, welche in Folge der Ablösung am 1. März 1871 auf den Bauern ruhte, beträgt 550,000,000 Rubel; diese ist mit 6% verzinslich und muss in 49 Jahren getilgt werden. Nach obiger Berechnung bleiben noch nahe an 3 Millionen früher leibeigener Bauern übrig, welche bisher noch kein Grundeigenthum erworben haben. Daraus geht jedenfalls hervor, dass weder Herren noch Bauern die Bedingungen der Ablösung überall so vortheilhaft gefunden haben, dass sie sich beeilt hätten, davon Gebrauch zu machen. Ueberdies hat ein grosser Theil der Bauern nur durch gesetzlichen Zwang bewogen werden können, das dargebotene Land als Eigenthum zu übernehmen; in jedem Jahre

wird die Zahl der Landverkäufe auf Grund freiwilliger Vereinbarung seltener; diese werden jetzt den Bauern meist von den Grundherren aufgezwungen, welche fürchten, dass mit dem Abzug jener das Land werthlos werden möchte, oder wohl auch, um ein für allemal der lästigen Pachtverhältnisse mit widerwilligen, störrischen Bauern ledig zu sein.

Wie wenig noch einem grossen Theil der Bauern der Landkauf unter den gesetzlichen Bedingungen vortheilhaft erscheint, beweist der Umstand, dass mehr als eine halbe Million Bauern sich mit der Erwerbung von blossem Gartenland begnügt, das ihnen von den Herren geschenkt wird. Solche Abfindungen kommen namentlich in den landreichsten Theilen des Reichs vor, wo die Bauern überzeugt sind, ohnehin zu jeder Zeit Land erwerben zu können.

In der Wirklichkeit übersteigt, namentlich im Norden Russlands, die von der Regierung normirte Zahlung bei weitem den Werth des den Bauern ertheilten Landes. Diese Zahlung ist eben ein Ersatz für die Einnahmen, welche bisher die Grundherren von ihren leibeigenen Bauern bezogen. Diese Einnahmen aber entsprangen durchaus nicht allein aus der Bearbeitung des Bodens, sondern stammten oft aus anderweitiger Verwendung der Arbeitskraft der hörigen Leute.

Sehr begreiflich daher dass die Bauern, nachdem diese Hörigkeit der früheren Zeit in Vergessenheit gerathen ist, bei Vergleichung des als Eigenthum erworbenen Landes mit dem dafür gezahlten Preise, sich über die Höhe desselben beklagen und um so mehr unzufrieden sind, als sie bis zur gänzlichen Abtragung der Loskaufssumme an die Scholle gebunden bleiben.

Dieser letztere Umstand wird jedenfalls auch in ernste Erwägung gezogen werden müssen. Es ist unmöglich, eine zahlreiche Bevölkerung wider ihren Willen auf lange hinaus an einen Boden zu fesseln, der sie nicht nährt; um

so weniger, als verbesserte Communicationsmittel die Beweglichkeit derselben fortwährend steigern. Es ist aber auch in national-ökonomischer Beziehung die Fesselung eines Theiles der Bevölkerung in unwirthbaren Gegenden von zu nachtheiliger Wirkung, als dass ein solches Princip lange aufrecht erhalten werden könnte. Schon jetzt ist anerkannt, dass die Bevölkerung einzelner Landestheile völlig ausser Stande ist, die auf ihr ruhenden Abgaben und Verpflichtungen aller Art zu leisten.

Die Schollenhörigkeit der vormals leibeigenen Bevölkerung muss daher nothwendig selbst vor Ablauf der dafür bestimmten 49 Jahre aufgehoben werden, und es könnte sich dann der Staat in der Nothwendigkeit befinden, denjenigen Theil der Ablösungsraten der Bauern, welcher die Bodenrente übersteigt, auf sich zu nehmen.

Die gegenwärtige Schollenhörigkeit der befreiten Bauern hat noch den Uebelstand, dass sie die Arbeit unfrei macht. Denn einerseits können die Leute sich nicht immer dorthin begeben, wo es grade an Händen gebricht, so dass manches fruchtbare Land unbearbeitet bleibt oder nur mit unmässigem Aufwande bebaut werden kann; andererseits sehen sich die Bauern, da das ihnen zugetheilte Land nur selten zu ihrem Unterhalte hinreicht, genöthigt, sich an die ihnen zunächst gelegenen Landeigenthümer auf alle Bedingungen zu vermiethen.

Vom 19. Februar 1870 an haben übrigens diejenigen Bauern, welche nicht Land als Eigenthum erworben haben, das Recht, ihr gegenwärtiges Pachtverhältniss zu lösen; freilich sind aber die Bedingungen, welche sie bei etwaiger Uebersiedelung zu erfüllen haben, so drückend, dass nur wenige es vermögen. Daraus, dass im Laufe von 9 Jahren nur $^{3}/_{5}$ der Bauern zu Eigenthümern geworden und auch von diesen ein grosser Theil nur unfreiwillig zur Ablösung geschritten ist, liesse sich folgern, dass die Regierung sich

darauf hätte beschränken sollen, den Bauern nur die persönliche Freiheit zu ertheilen. Das ist jedoch ein Irrthum. Der russische Bauer war stets überzeugt, dass das Land, welches er bebaute, sein Eigenthum und er sammt dem Lande in die Abhängigkeit des Herrn gerathen sei. Daher war es vollkommen unthunlich, ihn von dem Lande zu trennen. Ueberdies wäre eine solche Maassregel höchst gefährlich gewesen, denn sie hätte 20 Millionen Vagabunden geschaffen; der von der Regierung gewählte Modus war daher vollkommen gerechtfertigt. Er anerkannte das Recht der Bauern, das von ihnen eingenommene Land im Niessbrauch zu einem auf 20 Jahre hinaus bestimmten Zins zu behalten und dasselbe abzulösen. Er verpflichtete sie, während der ersten 9 Jahre ihren Wohnsitz nicht ohne Einwilligung der Grundherrn zu wechseln; erst nach Ablauf dieser Frist war der Bauer befugt, seinem Recht auf das Land einseitig zu entsagen, oder es einem anderen abzutreten. Die friedliche Abwickelung der Bauernemancipation ist diesen Maassregeln zuzuschreiben. Bei einer Reform, die in so grossartigem Maasstabe durchgeführt worden, konnte der Erfolg nicht immer den Erwartungen entsprechen. Nichts hindert aber, an der Hand der gemachten Erfahrungen mit der Zeit die nöthigen Verbesserungen zu treffen. Namentlich wird man den Landablösungen, die gegenwärtig auf einseitiges Verlangen der Gutsherren stattfinden, ein Ende machen müssen und die Freizügigkeit der Bauern erleichtern. Hinsichtlich der Stadtbewohner sind die Hindernisse, welche das bisherige Steuerwesen der Freizügigkeit in den Weg legte, aufgehoben, indem die Kopfsteuer durch eine Abgabe vom Gewerbe und Grundbesitz ersetzt ward. Es bleibt somit nur die Rekrutenstellung als gemeinsame Verpflichtung auf den Stadtgemeinden bestehen: diese aber hindert sie oft an der Entlassung ihrer Glieder.

Arbeit und Arbeiter.

In Folge der Befreiung der Stadtbewohner von der Kopfsteuer, muss die Bevölkerung der Städte bedeutend wachsen, und wäre es erlaubt, von der Hauptstadt auf die übrigen Städte zu schliessen, so wäre das wirklich schon der Fall. Die Volkszählung im December 1869 ergab in Petersburg 667,000 Einwohner, während vor 5 Jahren nur 540,000 angegeben wurden. Der Ertrag der Gewerbe- und Handelssteuer ist für das Jahr 1871 auf 11,136,411 Rbl. veranschlagt, während er im Jahre 1866 nur 8,347,000 Rbl. betrug. Zum Theil ist dieser Zuwachs dem Umstand zuzuschreiben, dass das Königreich Polen jetzt in das allgemeine Budget aufgenommen ist. Dadurch ist die Einnahme um eine Million Rbl. vermehrt.

Die Eisenbahnen werden wahrscheinlich in Russland, wie in allen anderen Ländern, zur Folge haben, dass einzelne grössere Städte sich heben, die kleinen aber verlieren. Das Städteleben büsst dabei nicht viel ein, denn, mit gegeringen Ausnahmen, sind die Städte in Russland nur durch die Bedürfnisse der Verwaltung hervorgerufen. In ihnen lebt nur $^1/_9$ der Gesammtbevölkerung und die Bewohner mancher Städte selbst beschäftigen sich hauptsächlich mit dem Ackerbau. Die Freizügigkeit wird dem inneren Leben Russlands eine ganz andere Gestalt geben. Viele werden dann die unfruchtbaren Nord- und Nordwestprovinzen verlassen, in denen äussere Umstände sie zusammengedrängt haben, und sich dorthin verfügen, wo milderes Klima und besserer Boden die Möglichkeit reicheren Gewinnes bieten. Die Eisenbahnen, welche jetzt einem grossen Theil der russischen Bevölkerung den Wintererwerb — die Frachtfuhre — genommen, werden die Auswanderer leicht zu den Orten ihrer neuen Bestimmung bringen. Dann werden die Wanderungen der jetzt jährlich auf Erwerb in ferne

Gegenden ziehenden männlichen Bevölkerung aufhören und Jedermann wird dort seinen bleibenden Wohnort aufschlagen, wo er hoffen kann, seinen Unterhalt zu finden. Das gegenwärtige Wanderleben eines grossen Theils der Bevölkerung der nördlichen Provinzen ist ein grosses Uebel, denn es zerreisst die Familienbande und trägt offenbar zur Verwilderung bei.

In dem ökonomischen Leben Russlands giebt es manche auffallende Erscheinungen. Man sieht den russischen Tagelöhner schwerer und angestrengter arbeiten, als seines Gleichen im übrigen Europa; dagegen ist es bekannt, dass der russische Fabrikarbeiter oftmals feiert und überhaupt bei seiner Arbeit nicht ausdauernd ist. Der gemeine Tagelöhner verdingt sich oft nur für die leibliche Kost, während der Fabrikarbeiter weit besser bezahlt wird und der geschulte Mann seine Kenntnisse sehr theuer anschlägt. Trotz der in den letzten Jahren gestiegenen Preise aller landwirthschaftlichen Erzeugnisse, sind diese in Russland immer noch wohlfeiler als im westlichen Europa, und dennoch ist für Jedermann, der an Befriedigung einigermaassen verfeinerter Bedürfnisse Ansprüche macht, das Leben in Russland theurer als in anderen Ländern Europa's.

Alle diese Erscheinungen lassen sich auf eine gemeinsame Ursache zurückführen, auf Mangel an Bildung und auf Unfreiheit.

In den bevölkerten Theilen des nördlichen und centralen Russlands ist das Angebot von gemeinen Arbeitern grösser als die Nachfrage, daher der Lohn gering. Die menschliche Arbeit wird dort, weil sie wohlfeil, nur sehr langsam durch mechanische Vorrichtungen erleichtert oder durch mechanische Kräfte ersetzt, während der Arbeiter bei der Rauhheit des Klimas und der auf wenige Sommermonate zusammengedrängten Arbeitsperiode doppelt leidet.

Der Bauer ist durch die Gesetze an seine Gemeinde gebunden; er kann sich nur zeitweise aus ihr entfernen, nicht übersiedeln; die Abgaben lasten auf den Arbeitern, nicht auf dem etwaigen Vermögen, und werden streng beigetrieben; je ärmer daher der Mann, desto mehr drängt ihn die Steuer, desto mehr eilt er sich zu verdingen, um sie zu erarbeiten. Die Masse der armen Leute ist aber nur zu den gröbsten Arbeiten fähig, somit findet zu diesen der grösste Andrang statt und für sie besteht der bei weitem niedrigste Lohn. Im dünn bevölkerten Süden und Osten Russlands dagegen, wohin die Arbeiter aus der Ferne ziehen, erhalten die Schnitter bisweilen 2 Rbl. täglich.

In Russland kann der gemeine Mann, weil er nur die wirklich dringendsten Bedürfnisse kennt und die Gegenstände, deren er zur Nahrung und Kleidung nothwendig bedarf, durchweg wohlfeil sind, sich mit geringem Lohn begnügen. Dieser richtet sich somit hauptsächlich nach der Höhe der zu entrichtenden Steuer. Sie also dient als Sporn zur Arbeit und bestimmt das nothwendige Maass derselben. Weit geringer ist der Zudrang zu allen Gewerben, die einer Vorbereitung bedürfen, und daher übersteigt in Hinsicht ihrer die Nachfrage leicht das Angebot. Darum sind die Löhne der Gewerbleute verhältnissmässig höher als in anderen Ländern. Da aber die Bedürfnisse nicht im gleichen Verhältniss mit dem Erwerb wachsen, so giebt sich der Arbeiter, dessen Verdienst seine Steuern vollkommen deckt und ihn der Nahrungssorgen enthebt, leicht dem natürlichen Drange zur Trägheit hin. Er feiert oft und sucht Zerstreuung im Trunk.

Dasselbe thun fast alle Leute der niederen Stände, die nicht durch die äusserste Noth zur beständigen schweren Arbeit getrieben werden. Je geringer die Zahl Derjenigen, welche sich über diese grosse Masse erhebt, desto höher stehen dieselben im Preise. Ihr Gewinn ist es, welcher auf die meisten

Waaren und Dienste geschlagen werden muss und durch welchen diese sich ungemein vertheuern; da diese Leute aber zugleich selbst zu den bedeutendsten Consumenten der durch sie vertheuerten Gegenstände gehören, so muss mit ihren wachsenden Bedürfnissen auch wieder der Arbeitslohn steigen. Der erste Grund der Theuerung ist also in Russland die Bildung. In Nordamerika ist die Theurung gleichfalls gross, aber nicht aus demselben Grunde. Dort ist der Unterschied zwischen der Arbeit des Tagelöhners und der seines Meisters weit geringer als in Russland, weil beide einen bedeutenden Aufwand von Intelligenz verlangen. Daher lässt sich der Tagelöhner in Amerika seine Arbeit verhältnissmässig weit theurer, der Meister dagegen niedriger bezahlen als in Russland. Auch kömmt dort der Uebergang aus der einen Kategorie in die andere weit häufiger vor als hier.

Ein zweiter Grund der Theurung liegt in dem hohen Preise des Betriebskapitals. Vor den Reformen der gegenwärtigen Regierung war das Kapital theuer aus Mangel gesetzlichen Schutzes für die Gläubiger und wegen der Langsamkeit vieler Handelsoperationen: denn bei den grossen Entfernungen und unvollkommenen Verbindungswegen zogen sich die Geschäfte natürlich sehr in die Länge. Diesen beiden Uebelständen ist jetzt theilweise abgeholfen durch Verbesserung der Gerichtsordnung, Erbauung von Eisenbahnen und Telegraphen, aber die Einführung freier Arbeit, statt der bisherigen Zwangsdienste, hat das Kapitalbedürfniss so sehr gesteigert, dass trotz bedeutender Kapitalzunahme im Lande der Preis desselben noch sehr hoch bleibt. Ob dieser Preis, in Russland wie in Nordamerika, nur durch bedeutende Nachfrage hervorgebracht wird, oder ob die Trägheit und Unbeweglichkeit des Kapitals dabei hauptsächlich maassgebend, ist schwer zu entscheiden. Nach der grossen Menge von zinstragenden Depositen in den Banken und dem hohen

Stande von Werthpapieren aller Art zu urtheilen, sollte man glauben, dass letztere besonders gesucht sind und das russische Publikum noch nicht ganz den früheren löblichen Gewohnheiten entsagt hat; viele hundert Millionen liegen zu 4 % in den Staatsbanken, während man im Handel 1—2 % monatlich an Zinsen zahlt. Nächst der Theurung des Kapitals erhöhen die auf den Arbeitern ruhenden sehr hohen Steuern alle Preise. Wir haben gezeigt, dass jede männliche Seele der einst leibeigenen Bauern an directen Abgaben bis 14 Rbl. im Durchschnitt zahlt; da aber unter ihnen viele Unmündige und Schwache, für welche die Arbeitstüchtigen einstehen müssen, so ist die Last, die auf diesen ruht, kaum zu erschwingen, wenn man bedenkt, dass eine Arbeiterfamilie selten mehr als 70 bis 100 Rubel im Jahr erwirbt.

Ausser den directen Steuern ruhen aber auf dem gemeinen Manne auch viele indirecte z. B. die Passsteuer, dann Abgaben auf Salz, Branntwein u. s. w. Man hat in Amerika die Beobachtung gemacht, dass nichts so schleunig das Leben vertheuert und den Preis der Gegenstände in die Höhe treibt als Steuerzuschläge, und da in Russland der gemeine Mann nur zu leben scheint, um die Staatssteuern aufzubringen, so ist es sehr natürlich, dass der Preis seiner Arbeit sich nach diesen richtet.

Endlich trägt auch die Entwerthung des Papiergeldes nicht allein zur nominellen Steigerung der Preise bei, sondern sie erhöht sie in Wirklichkeit, denn der Austauschwerth des Papiergeldes im inneren Verkehr folgt nur sehr langsam dem Preise desselben auf ausländischen Märkten oder dem Wechselcours. Während z. B. der Rubel, wie gegenwärtig, im auswärtigen Verkehr statt 4 Franken nur $3^{4}/_{10}$ gilt, hat der Landmann im Innern oft keine Kunde von dieser Werthverringerung und giebt sein Korn für dieselbe Anzahl Rubel wie früher hin. Sobald er aber für den Erlös

Thee kaufen will, wird er inne, dass er nicht mehr für dieselbe Menge Korn ein gleiches Gewicht von Thee erhält. Dann spürt er also in Wahrheit dessen Vertheuerung. Dass alle Diejenigen, deren Einnahmen sich in bestimmten Papiergeld-Summen ausdrücken, durch das Fallen der Papiere leiden, versteht sich von selbst.

Trotz dieser für die Entwickelung des industriellen Lebens in Russland ungünstigen Umstände, ist doch nicht zu leugnen, dass der innere Verkehr sich merklich hebt. Das beweist am deutlichsten die Zunahme von Banken aller Art.

Geldmarkt.

Die Banken sind ein ganz neues Element im russischen Verkehrsleben; denn bis zum Jahre 1862 bestanden nur Regierungsbanken. Jetzt aber besitzt eine jede einigermaassen bedeutende Stadt neben einer Abtheilung der Reichsbank, deren es im Ganzen 50 giebt, auch ein oder selbst mehrere Privat-Institute zum Escompte von Wechseln und zu Vorschüssen auf Actien und Staatspapiere. Der Umsatz in diesen letzteren hat sich auf unglaubliche Weise gesteigert. Der Reichsbank in Petersburg waren am 1. Januar 1869 Werthpapiere für die Summe von 174 Millionen Rubeln bloss zur Aufbewahrung anvertraut.

Im Jahre 1868 wurden in Petersburg Subscriptionen für 93 Millionen Rbl. ausgelegt und reissend vergriffen. Ausserdem befindet sich ein sehr grosser Theil der im Auslande angebrachten, von der Regierung garantirten Eisenbahn-Obligationen, alle nicht garantirten Eisenbahnactien und wohl fast alle Obligationen der verschiedenen inneren Anleihen, im Betrage von 1150 Millionen Rubel, ungerechnet die Papiere des Königreichs Polen, in den Händen russischer Kapitalisten. Kassenscheine und 5% tragende Bankbillete finden sich jetzt im Innern des Landes in den Händen des Volks und

circuliren hier wie baares Geld. Die beiden Prämien-Anleihen der Jahre 1864 und 1866 haben vornehmlich dazu beigetragen, Jedermann mit Staatspapieren bekannt zu machen. Es ist Sitte geworden, die Ersparnisse in solchen Papieren anzulegen. Man spart, um sie zu erwerben und sein Glück darin zu versuchen. Man kauft sie auf den Namen der Kinder, sie sind das kostbarste Vermächtniss der Aeltern. Die grösste Zahl dieser Papiere befindet sich in festen Händen und nur daraus ist es erklärlich, dass der Preis der übrig gebliebenen bis auf 80% über pari hat steigen können. Im Allgemeinen ist anzunehmen, dass die Prämien-Anleihen eher einen günstigen als nachtheiligen Einfluss auf das Volk geübt, indem sie dasselbe zur Sparsamkeit angespornt haben. Der Spiellust können sie kaum besonders Vorschub leisten, da die Prämienziehung nur zweimal jährlich stattfindet.

Am 1. Januar 1869 befanden sich an zinstragenden Depositen in der Reichsbank und ihren Abtheilungen 153 Millionen Rbl. und zu gleicher Zeit in den Privatbanken des Reichs ungefähr 50 Millionen. Dagegen betrugen im Jahre 1859 die Kapitale, welche von Privatleuten den Reichs-Creditanstalten anvertraut waren, 725 Millionen Rubel. Doch war damals die Summe der in Russland vorhandenen Staatspapiere nur sehr gering. Jedenfalls ist nicht zu bezweifeln, dass das bewegliche Kapital sich in den letzten zehn Jahren bedeutend vermehrt hat. Dazu haben vor Allem beigetragen 1) die Mobilisirung des Grundbesitzes vermittelst der Bauern-Ablösung. Durch dieselbe sind, nach Abtragung der Bankschulden, Grundstücke und Frohnen im Werthe von 300 Millionen Rbl. in zinstragende Papiere umgesetzt; 2) die bedeutenden Summen, welche durch den Eisenbahnbau im Lande verausgabt worden; 3) der Gewinn, welchen Russland aus den seit dem Jahre 1867 ins Ausland gegangenen Rohproducten gezogen, die zu bisher nie erhör-

ten Preisen verkauft wurden. Der unerwartete Geldzufluss, besonders im Jahre 1867 veranlasste ein maassloses Steigen aller Papiere und leidenschaftliche Speculation, die durch übertriebene Vorschüsse von den Banken genährt wurde, und im Herbst 1869 zu einer vollkommenen Panik führte. Obgleich in Folge derselben bedeutende Ernüchterung eintrat, das Geld plötzlich vom Markte verschwand, viele Speculanten grosse Verluste erlitten, so haben sich bis jetzt dennoch die meisten Speculationspapiere über ihrem normalen Cours erhalten. Der augenblickliche Geldmangel war im Herbst 1869 so gross, dass die Reichsbank, um ihren Verpflichtungen zu genügen, genöthigt war, 15 Millionen Papierrubel, die bereits zur Amortisation bestimmt waren, noch bis auf Weiteres im Umlauf zu lassen.

Diese Maassregel beweist jedenfalls, dass die im Sommer 1869 zur Vernichtung von Papiergeld beliebte Anleihe von 15 Millionen Rbl., die dem Reichsschatze eine neue Ausgabe von jährlich 900,000 Rbl. auferlegte, eine vollkommen unnöthige war. Welche Bedeutung kann es auch haben, eine Papiercirculation von mehr als 700 Millionen um 15 Millionen zu vermindern? Bezweckte aber diese Anleihe nur eine Zügelung der Börsenspeculation, so konnte dieser Zweck weit leichter erreicht werden, indem man die Banken bewog, geringere Vorschüsse auf Staatspapiere und Actien zu gewähren. Von zu grosser Anhäufung von Kapitalien in ihren Kassen konnten sich die Banken leicht durch Herabsetzung ihres Zinsfusses befreien.

Wenden wir uns jetzt zu der Finanz-Verwaltung.

Finanzen.

Seit dem Januar 1862 ist die Verwaltung der Finanzen in den Händen eines Mannes, der sich vor Allem durch Festigkeit und ehrenhafte Gesinnung auszeichnet und die Fehler, welche

er in den ersten Jahren seiner Amtsthätigkeit begangen, reichlich wieder gut gemacht hat durch die grossen Dienste, welche er später dem Lande geleistet: vor Allem durch Förderung des Eisenbahnbaues, der ohne die bereitwillige Unterstützung des Finanzministeriums sich nicht hätte entwickeln können.

In der Ordnung der Finanzen selbst ward der Minister eifrigst unterstützt von dem kürzlich verstorbenen Reichscontroleur Tatacinoff, der mit unvergleichlicher Energie und Ausdauer eine regelrechte Controle der Finanzen eingeführt und die Resultate derselben jährlich in grösster Ausführlichkeit der Oeffentlichkeit übergeben hat. Vor wenigen Jahren noch war die Finanzverwaltung Russlands in tiefstes Geheimniss gehüllt. Seit dem Jahre 1866 ist ihre Thätigkeit ein offenes Buch.

Wir wollen unsere Uebersicht mit dem Jahre 1862 beginnen.

Im Jahre 1861 hatten die Staatseinnahmen in Wirklichkeit sich belaufen auf 332 und die Ausgaben auf 345 Millionen Rubel. Die directen Abgaben hatten eingetragen 56,896,000 und die indirecten 182,981,000 Rbl., die Regalien 15,030,032 und das Staatseigenthum 11,270,006. Im Jahre 1868 betrug die Einnahme aus diesen vier Quellen: 95,032,057 212,249,134, 19,407,323 und 32,962,168 Rubel. Folglich war in acht Jahren die Einnahme aus den Steuern und Domainen um 93 Millionen gestiegen, was zum Theil daher rührte, dass die Einnahmen des Königreichs Polen und des neu erworbenen Turkestan ins Budget aufgenommen worden waren. Jene betrugen im Jahre 1867 über 33 Millionen, diese 1,308,000 Rubel.

Im Jahr 1869 betrugen die Gesammteinnahmen 457 und die Ausgaben 468 Millionen. Für das Jahr 1871 sind Einnahmen und Ausgaben auf 478 Millionen Rbl. veranschlagt.

An Communalsteuern, welche unter der Controle der Regierung stehen, waren im Jahr 1869 eingegangen 23 Millionen. Sie werden als Zuschlag zur Kopf- und Gewerbesteuer erhoben. Ausserdem haben die Landstände das Recht, zur Deckung ihrer localen Ausgaben besondere Steuern zu erheben, und sie benutzen dieses Recht in reichlichem Maasse. Da die Abschlüsse hiervon nicht für die ganze Periode von 1862—71 vorliegen, so ist nicht ersichtlich, wie gross während derselben in Wirklichkeit die Einnahmen und Ausgaben des Staats gewesen. Es sind aber in den sieben Jahren bis 1869 aus neuen Anleihen in die Staatskasse geflossen: 18 Millionen Pfund Sterling, 66 Millionen holländische Gulden und 338 Millionen Rubel, welche zusammen, zum Mittelcourse berechnet, 550 Millionen Rubel geben. Seit dieser Zeit sind keine neuen Anleihen zur Deckung des Deficits geschlossen worden, denn die Anleihen der Jahre 1869 und 1870 sind zum Bau von Eisenbahnen verwendet; auch von den oben benannten Summen wurden an 72 Millionen für Eisenbahnbauten verausgabt.

Credit-Billete befanden sich am 1. Januar 1862 für die Summe von 712 Millionen im Umlauf, wovon 81 Millionen durch Gold und Silber gedeckt waren. Am 1. Januar 1869 betrug die Summe der umlaufenden Billete 724 Millionen. Sie hatte sich also in 7 Jahren um 12 Millionen vermehrt, zugleich war aber der Wechselfonds auf 132 Millionen gestiegen. Am 1. Januar 1871 betrug die Summe der umlaufenden Billete 715 und der Wechselfonds 143 Millionen Rubel. Endlich schuldete am 1. Januar 1862 die Staatsbank an Depositen, welche sie aus den früheren Staatsbanken übernommen und die von der Staatskasse zurückgezahlt werden mussten, 186 Millionen. Diese Summe war bis zum 1. Januar 1871 auf 23 Millionen zusammengeschmolzen. Der Staat hatte also in dieser Zeit 163 Millionen

entweder in Wirklichkeit bezahlt, oder er schuldet bis dahin so viel der Staatsbank.

Aus dem Gesagten folgt, dass in sieben Jahren, von 1862 bis 1869, der Staatsschatz nach Abzug der Summen, welche er zur Deckung der Bankschulden verwendet[1]), der 51 Millionen, die in die Goldreserve der Bank geflossen, endlich von 72 Millionen, welche von Eisenbahnbauten verschlungen worden, zur Deckung der laufenden Ausgaben einer Beihilfe von 360 Millionen, oder von 51 Millionen jährlich bedurft hat.

Diese Summe drückt also das durchschnittliche Deficit aus, dessen der Fiscus, trotz der stets wachsenden Einnahmen, sich nicht hat erwehren können. In den Jahren 1869 und 1870 sind die Staats-Einnahmen aber dermaassen gewachsen, dass der Fiscus nicht genöthigt gewesen ist, zu neuen Anleihen zu schreiten. Unabhängig von den laufenden Ausgaben ist seit dem Jahre 1867 ein eigener Fonds zum Bau von Eisenbahnen gebildet worden. Dieser betrug zuerst 44,887,959 Rbl., welche die zweite Prämienanleihe lieferte; alsdann flossen ihm 10,623,353 aus dem Verkauf der russischen Besitzungen in Amerika und endlich der Erlös aus dem Verkauf der St. Petersburg-Moskauer Eisenbahn an eine Privatgesellschaft im Betrage von 350 Millionen Franken und die Summe von 3 Mill. Pfund Sterling aus dem Verkauf von Obligationen der Kursk-Kiewer Eisenbahn zu. Im Januar 1870 ist hierzu noch durch eine mit Rothschild geschlossene Anleihe ein Kapital von 9½ Millionen Pfund Sterling gekommen.

Anleihen zu nützlicher Verwendung können dem Credite Russlands nicht schaden, und dass Eisenbahnen, mit richtiger

---

[1]) Die in Wahrheit bezahlte Summe mochte im Januar 1869 nicht 73 Millionen übersteigen, da das Fehlende durch Privatdepositen der Staatsbank gedeckt wurde.



Auswahl angelegt, eine Lebensbedingung für das Land sind, ist gewiss. Da zudem Concessionen zu Eisenbahnen nur mit der Bedingung ertheilt werden, dass diese nach Ablauf von 85 Jahren dem Staate zufallen, so werden sie einst eine Quelle bedeutender Einnahmen für den Fiscus werden. Schon vor ihrer Vollendung bringen die Eisenbahnen dem Lande bedeutenden Gewinn, denn durch den Bau von 10,000 Werst neuer Bahnen, welche man im Laufe der letzten 7—8 Jahre hergestellt oder in Angriff genommen hat, wurden einige 100 Millionen Rubel im Lande selbst verausgabt, die zum Theil als Steuern wieder in die Staatskasse flossen. Dadurch ist zum grossen Theil die wachsende Einnahme des Reichsschatzes zu erklären.

Bringen die Eisenbahnen den von ihnen erwarteten Nutzen, so werden die Einnahmen des Staats nicht sinken, selbst nach Beendigung ihres Baues.

Die Steuern, welche gegenwärtig auf dem Volke ruhen, sind sowohl durch ihre Höhe wie durch ihre Vertheilung ungemein drückend.

Nach den Finanz-Anschlägen für die Jahre 1862 und 1871 wurden aus directen Steuern folgende Einnahmen erwartet:

	1862	1871
An Kopfsteuer d. ländl. Bevölkerung	24,162,697	42,752,567
Zuschlagsteuer	20,591,155	19,215,175
Kopfsteuer der Stadtbewohner . .	4,096,164	
Zuschlagsteuer		1,600,000
Zins der Domanialbauern	25,256,733	35,793,418
Zuschlagsteuer		3,353,955
Gewerbe- und Handelssteuer . . .	5,200,000	11,136,411
Zuschlagssteuer	183,080	711,811
Häusersteuer in den Städten . . .		2,126,130
	79,489,829	116,689,467

Communalsteuern	3,422,436	12,842,519[1]
Grundentlastungsabgaben		
1. der vormals leibeigenen Bauern .		32,500,000
2. der Bauern d. kaiserl. Familie .		3,081,590

Ausserdem sollten im Jahr 1871 noch 12 ½ Millionen an directen Abgaben, meist aus dem Königreich Polen und den polnischen Westprovinzen des Reichs, eingehen. Die Bewohner des ersteren tragen zu den oben benannten Reichssteuern nicht bei, mit Ausnahme der Gewerbesteuer.

Diese Angaben erweisen, dass noch jetzt, nachdem die Kopfsteuer von den Städtebewohnern im Jahre 1863 durch eine Häuser- und Gewerbesteuer ersetzt worden, die Personalabgaben dem Staate 62½ Millionen eintragen.

Die männliche bäuerliche Bevölkerung, von der sie erhoben werden, zählt 23,650,000 Köpfe.

Zum Zweck der Besteuerung pflegt alle 18 bis 20 Jahre eine Volkszählung vorgenommen zu werden. Die Abgabe wird nach der Zahl der ganzen männlichen Bevölkerung ohne Unterschied des Alters festgesetzt und gemeindenweise vertheilt. Die Gemeinden verlegen dann die Steuer auf ihre Glieder nach deren Beitragsfähigkeit, haften aber solidarisch für die richtige Erhebung und liefern die Summe selbst in die Staatskasse. Für diese ist daher eine solche Besteuerungsweise höchst bequem und vortheilhaft, auch betragen die durchschnittlichen Rückstände nicht mehr als 3% jährlich und die Erhebung verursacht gar keine Kosten. Im Einzelnen sind die Rückstände freilich sehr bedeutend und in vielen der nördlichen und in den nordwestlichen Provinzen werden die Zahlungen oft gar nicht geleistet.

Darum hat die Regierung bei der bedeutenden Erhöhung der Kopfsteuer, welche in den Jahren 1862 und 1867

[1]) Diese Summe wird in den 30 Provinzen erhoben, in denen Provinzialstände bestehen. Aus den übrigen fehlen die Nachrichten.

21,800,000 Rubel betrug, die Zuschläge verschieden, je nach dem Reichthum der Provinzen, bestimmt. Somit wechseln jetzt bei einer Durchschnitssteuer von 275 Kopeken vom Kopf, die Ansätze zwischen 175 und 345 Kopeken; zählt man hierzu für die Domainenbauern den Zins, den sie dem Staat entrichten und der im Mittel 370 Kopeken auf den Kopf beträgt, dann für die einst herrschaftlichen Bauern die Grundentlastungsabgabe, welche in den gross- und kleinrussischen Provinzen auf 6 bis $7^1/_5$ Rubel per Kopf anzuschlagen ist und während 49 Jahren gezahlt werden muss, endlich die Communalabgaben und Naturalleistungen der Bauern (mit Ausnahme der Rekrutirung), welche, in Geld angeschlagen, auch noch 70 Kopeken auf den Kopf betragen mögen, so leuchtet ein, dass in vielen Gemeinden auf jedem Individuum männlichen Geschlechts, ohne Unterschied des Alters, eine Last von mehr als 12 Rubeln ruht.

In den gross- und kleinrussischen Provinzen, wo bei der Emancipation den früher herrschaftlichen Bauern im Durchschnitt $3^1/_2$ Dessätinen Land zugetheilt wurden, käme daher auf eine jede im Maximum eine Abgabe von 330 Kopeken und im Durchschnitt von 268 Kopeken.

Die Reichsdomainen-Bauern sind sehr viel besser gestellt, denn sie haben statt $3^1/_2$: $4^{65}/_{100}$ Dessätinen erhalten, für welche sie nur 370 Kopeken an den Staat entrichten, also weit weniger als die Privatbauern.

Das Land, welches den Privatbauern bei der Emancipation zugetheilt worden, ist zu 31 Rubel 19 Kopeken für die Dessätine angeschlagen. 268 Kopeken, welche sie von derselben jährlich zu entrichten haben, betragen nahe an 9% des Kapitalwerthes, jedenfalls in den meisten Fällen mehr, als das Land einträgt. Daraus ergiebt sich, dass nicht das Land die Steuer trägt, sondern diese aus anderen Quellen bezahlt werden muss, und zwar aus Nebengewerben. Die

gegenwärtige Steuer ist daher eine Abgabe, welche auf die Arbeitskraft gelegt ist.

Der Staat heftet sich an die Ferse des gemeinen Mannes, folgt jedem seiner Schritte und nimmt ihm seinen Erwerb ab. Der Bauer scheint nur für die Staatskasse zu arbeiten und für sie zu leben.

Eine Steuer, die keine andere Unterlage besitzt als die Muskelkraft der Besteuerten, würde aller Garantie entbehren, wäre sie nicht mit der solidarischen Haft der Gemeinde verbunden. Diese aber, indem sie die Staatskasse sicher stellt, macht die Steuer für die Belasteten doppelt drückend. Denn nicht allein verlegt sie dieselbe von dem Trägen und Nachlässigen auf den Fleissigen und Bemittelten und lässt einen Jeden in beständiger Ungewissheit über den von ihm zu zahlenden Betrag, sondern sie hindert die freie Bewegung der Einzelnen und stellt sie als ewige Schuldner ihrer Gemeinde unter die spähende Controle derselben. Das Widersinnige und Schädliche eines solchen Systems ist schon lange anerkannt, aber die Schwierigkeit liegt im Ersatz. Ihren Ursprung hat die Kopfsteuer in der Gesetzgebung Peters des Grossen, der allen Grundbesitzern, d. h. dem Adel, als Lehnsträgern, Militairpflichtigkeit auferlegte, die Geistlichen von allen Verpflichtungen an den Staat befreite, allen übrigen Ständen aber, die ihren Erwerb aus dem Ackerbau oder aus Gewerben und Handel bezogen, Geldbeiträge auferlegte. Arbeitsunfähige und Dienstboten sollten von jeder Steuer befreit sein, Herumtreibern aber wurde Land angewiesen, damit sie einen Erwerb fänden. Zum Zweck des Steueransatzes wurden Volkszählungen angeordnet.

Aus diesem, in seinem Grundgedanken ganz vernünftigen System hat sich das gegenwärtige allmählich herausgebildet. Die Grundbesitzer wurden der Militair-

pflicht enthoben, zugleich ward ihr bedingtes Anrecht an das Land in Eigenthum und die Abgabenfreiheit in ein Vorrecht der Adelskaste verwandelt. Ebenso dehnte sich die Steuerbefreiung von den dienstthuenden Geistlichen auf die ganze Geistlichkeit und ihre Nachkommen aus. Auf diese Weise schieden sich die beiden privilegirten Klassen von den übrigen Bewohnern, auf die, als die Nichtbevorzugten, alle Staatslasten gewälzt wurden.

So lange die ländliche Bevölkerung an die Scholle gebunden war und in Leibeigenschaft schmachtete, waren die Uebelstände der Kopfsteuer hier kaum merkbar, um so weniger, als der Grundherr für die richtige Zahlung derselben haftete. Nur in den Städten, wo es an einer solchen Garantie fehlte und deren Bewohner stets persönliche Freiheit genossen, wurde die Personalsteuer als sehr drückend empfunden und nie richtig gezahlt.

Erst als die Bauern persönliche Freiheit erlangten und nun selbst für die Steuern einstehen mussten, als diese, unter dem Druck der steigenden Bedürfnisse des Staats, beständig erhöht wurden, da erkannte man vollkommen die Unhaltbarkeit der Kopfsteuer.

Schon im Jahre 1863 ward sie in den Städten grösstentheils durch eine Häuser- und Gewerbesteuer ersetzt und fortan nur noch ein geringer Theil in der früheren Weise erhoben.[1]

Jetzt hat das Finanzministerium ein Gesetz ausgearbeitet, demzufolge ein Theil der gegenwärtigen Personalsteuer in eine Grundsteuer zu verwandeln, der bei weitem grössere Betrag aber nach Zahl der bäuerlichen Höfe oder Wirthschaften zu vertheilen ist, wobei die solidarische Haft der Gemeinden fortfallen soll. Dieser Vorschlag ist den Provinzialständen, wo solche bestehen, und wo nicht, den örtlichen Behörden zur Prüfung mitgetheilt, jedoch, so viel

bis jetzt aus den Verhandlungen der Stände bekannt geworden, überall einstimmig verworfen worden. Die Provinzen verlangen Heranziehung aller Stände zur Steuer und Belastung eines Jeden nach seinem Vermögen. Zu diesem Zwecke schlagen sie eine Grund- oder eine Klassensteuer, nach preussischem Muster, vor. In der Ausführung wird dieser Vorschlag grossen Schwierigkeiten begegnen, denn noch lange ist nicht alles Land in Russland vermessen und noch weniger abgeschätzt. Zugleich wird die Klassificirung der Bewohner nach ihrem Vermögen bei der geringen Gewissenhaftigkeit der Regierungsorgane sehr schwierig sein. Dennoch ist es durchaus nothwendig, eine neue Grundlage für die Besteuerung aufzustellen, weil bei der Zunahme der Mittelklassen man selbst im Interesse der Staatskasse nicht länger die Last der Steuern auf dem gemeinen Mann allein ruhen lassen kann. Noch ist freilich in Russland die Zahl Derjenigen, welche sich über das Niveau des Handarbeiters erheben, gering. Ihre Herbeiziehung zur Steuer wird für den Augenblick die Last der Bauern wenig erleichtern, aber bei zunehmendem Wohlstand muss der Antheil der höheren Klassen an der Besteuerung wachsen. Darum ist es unerlässlich, dass schon jetzt ein Mittel gefunden werde, welches diese Betheiligung ermöglicht.

Ein grosser Theil der Staatsdomainen ist schon vermessen und catastrirt. Dasselbe ist der Fall mit dem den früher leibeigenen Bauern zugetheilten Lande. Die Provinzialstände haben überall eine annähernde Schätzung alles ihnen untergeordneten Landes zum Zweck der Besteuerung vorgenommen und danach sind von ihnen die gegenwärtigen Communalsteuern, im Betrage von 12,800,000 Rbl., folgendermaassen vertheilt: 75 % auf den ländlichen Grundbesitz (37,8 % fallen auf 70,800,000 Dessätinen Bauernland und 38,9 % auf 75,187,000 Dessätinen anderen Besitzern ge-

5*

hörigen Landes) 3,4 % auf städtische Gebäude, 8,9 % auf Handelslocale und Fabriken und 12,7 % auf Handelsscheine.

Dies beweist jedenfalls, dass eine gleichmässigere Vertheilung der Steuern, als sie sich in der Kopfsteuer darstellt, thunlich ist, nur muss bemerkt werden, dass bei Vertheilung der Communalsteuern nur deswegen das Bauerland als dem der übrigen Grundbesitzer im Werthe gleich angenommen worden ist, weil die Bauern schon ohnehin mit Steuern überbürdet sind. In Wirklichkeit hat aber das im Besitz der Bauern befindliche Land, das aus Aeckern und Wiesen besteht, höheren Werth als die Ländereien der Grossgrundbesitzer, die zum Theil noch wüst liegen und des Anbaues unfähig sind. Das Bestreben der Regierung, eine gleichmässigere Vertheilung der Steuern zu erreichen, ist auch aus der 1863 erlassenen neuen Ordnung der Handels- und Gewerbesteuern ersichtlich, welche wo möglich jeden einzelnen Act gewerblicher Thätigkeit berücksichtigt, während nach dem früheren Gesetz die Steuer in Pauschalsummen erhoben ward. Dennoch ist die seitdem eingetretene Verdoppelung der Einnahme aus der Gewerbesteuer nicht allein der Verbesserung des Steuersystems, sondern vor Allem dem Umstand zuzuschreiben, dass erstens die Gewerbesteuer seit einigen Jahren auch auf das Königreich Polen ausgedehnt ist, und zweitens sich jetzt auch auf Kleingewerbe erstreckt, die früher keiner Steuer unterlagen, hinsichtlich deren sie jetzt einen Ersatz für die städtische Kopfsteuer bildet. Bedeutender aber als aus den directen Abgaben sind die Einnahmen der Regierung aus den Verbrauchssteuern von Branntwein, Salz, Tabak, Rübenzucker und aus den Zöllen.

Diese Steuern haben im Jahre 1862 eingetragen und sind für 1871 veranschlagt wie folgt:

	1862	1871
Branntwein- und Biersteuer . . .	108,259,560	149,784,032
Salzsteuer	10,449,243	12,329,560
Tabaksteuer	3,355,453	8,086,220
Rübenzuckersteuer	365,231	2,723,440
Zölle	34,725,642	39,544,000
	157,155,129	212,467,252

Also in 8 Jahren ein Zuwachs von 55 Millionen oder 35 %.

Diese Mehreinnahme ist nicht allein stärkerem Verbrauch zuzuschreiben, sondern auch zum Theil erhöhten Steuersätzen und der Aufnahme der Erträge aus dem Königreich Polen in das Reichsbudget. Bei Einführung der gegenwärtigen Getränkesteuer im Jahre 1863 ward der Branntwein mit 4 Rubel per Wedro (5,586 Wedro = 1 preuss. Eimer) wasserfreien Spiritus besteuert. Diese Abgabe ist jetzt auf 6 Rubel, also um 50 % erhöht. Dennoch ergab der Ertrag der Getränkesteuer, abgesehen von der Patentsteuer, von anderen Nebeneinnahmen und von dem Ertrag aus dem Königreich Polen im Jahre 1863: 124 Mill., 1864: 99 Mill., 1868 und 1869: 123 Millionen. Folglich muss der Branntweinverbrauch bedeutend abgenommen haben, denn sonst müsste die Getränkesteuer jetzt 180 Millionen eintragen. Somit hat sich das russische Sprichwort bewährt, dass nicht die Kehle, sondern die Tasche trinkt, d. h. das Volk verausgabt stets dieselbe Summe für Branntwein und der Branntweinverbrauch richtet sich nach den Mitteln der Consumenten. Daraus folgt, dass auf eine baldige Vermehrung der Einnahme aus der Branntweinsteuer wohl nicht zu rechnen ist. Nach Aufhebung der Branntweinpachten, im Jahre 1863, in Folge deren der Branntwein in den grossrussischen Provinzen wohlfeiler, in den westlichen und südlichen theurer ward, hatte der Verbrauch sich folgendermaassen herausgestellt:

Branntwein (zu 38° Tralles)	1862	1867	
in Grossrussland	18,663,846	36,806,684	
in den westl. u. südl. Provinzen	34,070,867	23,909,657	
	52,734,713	60,716,341	Wedro.

In den deutschen Ostseeprovinzen, wo früher der Branntweinbrand gar nicht besteuert war, hatte sich die Production von 1862 bis 1867 um $^1/_3$ vermindert.

Der Verfall des Brennerei-Gewerbes ist jedenfalls ein bedeutender Nachtheil für die Landwirthschaft, welche in vielen Theilen des Reichs in demselben ihre grösste Stütze fand. Eine Folge davon ist auch die Abnahme des Viehstandes, welche so vielfache Klagen hervorruft. Ob aber die Vertheuerung des Branntweins der Trunksucht heilsam in den Weg tritt, wird noch vielfach bestritten. Diese soll hauptsächlich durch die Zahl der Schenken gefördert werden. Es gab ihrer zur Zeit der Branntweinpacht im Jahre 1862: 87,887 und im Jahre 1863: 235,819, in einem Jahre hatte sich mithin die Zahl derselben fast verdreifacht. Jetzt werden von der Regierung wieder Mittel ergriffen, um diese zu beschränken.

In Preussen kam im Jahr 1862 auf je 258 Einwohner eine Schenke und in Grossbritannien zählt man gegenwärtig eine solche auf 112 Seelen, und doch ist in beiden Ländern die Völlerei bei weitem geringer als in Russland. An Branntwein wird wirklich in Russland verhältnissmässig mehr verbraucht als in irgend einem andern Lande Europa's. Es kommen nämlich dort auf den Kopf 0,870 Wedro, dagegen in Preussen nur 0,569 und in England 0,386. An Bier aber verbraucht man in diesen beiden Staaten 1,210 und 8,658 Wedro, gegen 0,150, welche in Russland verschenkt werden. Die Ursache der Völlerei in Russland liegt in der Maasslosigkeit, welche ein Grundzug des Russen ist, und in der Rohheit des Volks.

Eine andere sehr bedeutende Quelle der Staatseinnahme bildet die Salzsteuer; im Jahr 1869 trug sie 13,321,877 Rubel ein, davon 3,519,601 als Zoll von ausländischem, nach Russland eingeführtem Salz, und 2,424,820 Rubel von meist östreichischem und preussischem Salz, welches die Regierung im Königreich Polen für ihre Rechnung verkaufte.

Der Salzreichthum Russlands ist unermesslich. Das Salz wird auf verschiedene Weise gewonnen: als Steinsalz, aus Seen und aus Quellen. Leider aber liegen diese Fundorte an den östlichen oder südlichen Extremitäten des Reichs, und darum müssen dessen westliche Provinzen ihren Bedarf aus der Fremde holen. Die Accise von einheimischem Salz beträgt auf den Kopf 30, von fremdem 38½ Kopeken per Pud. Der officiell bekannte Verbrauch ist 46 bis 47 Millionen Pud, was 23¾ Pfund auf den Kopf beträgt; der Verkaufspreis in den verschiedenen Gegenden des Reichs ist 50 bis 120 Kopeken das Pud (40 Pfund); nur die Kosaken und die Bewohner der Krim erhalten das Salz accisefrei. Diese Höhe des Preises ist der Salzconsumtion sehr hinderlich, wobei es wenig austrägt, dass ohne Zweifel eine nicht ganz unbedeutende Menge auf dem Wege des Schmuggels in den Handel kommt. Namentlich wird in Folge dessen dem Vieh alles Salz entzogen. Sodafabriken sind erst gegründet worden, seit man solchen den zollfreien Bezug jenes Products gestattet hat.

So wünschenswerth es auch wäre, einen Gegenstand von so allgemeiner Unentbehrlichkeit, wie das Salz, von jeder Steuer zu befreien, so wird das Interesse des Fiscus dem wohl noch lange widerstreben; die Hoffnung aber, durch eine Herabsetzung der Accise z. B. auf die Hälfte, den Verbrauch zu verdoppeln, wird wohl schwerlich in Erfüllung gehen, da selbst in England, wo das Salz zu 2—7 Kopeken per Pud verkauft wird, und namentlich die Sodafabrikation

grosse Salzmengen verschlingt, der Verbrauch nicht 40 Pfund auf den Kopf übersteigt, gegen 23—24, die in Russland verzehrt werden.

Die Tabaksteuer besteht ausser dem Zoll von fremdem Tabak 1) in einer Abgabe von Bandrollen, die um verarbeiteten Tabak und Cigarren gelegt werden müssen und 2) in einer Patentsteuer, welcher Tabaksfabriken und Verkaufslocale unterworfen sind. Diese verschiedenen Quellen haben im Jahr 1869 eingetragen: die Zölle 1,150,529, die Bandrollen 6,368,000 (davon 1,198,992 von dem Königreich Polen, das seit 1867 unter die Reichsministerien gestellt ist) und die Patente 1,165,057 Rubel. Diese Einnahme wächst mit dem zunehmenden Verbrauch in stetiger Progression. Die Steuer ist zwar gering und leicht zu umgehen. Da aber eine Besteuerung der Tabakspflanzungen, die über den ganzen Süden, von den Karpathen bis zur Wolga sich erstrecken, unthunlich, und ebenso wenig die Einführung des Tabaksmonopols anzurathen ist, weil beides die im Entstehen begriffene Production und den Verbrauch tödten würde, so ist das gegenwärtige System allen andern vorzuziehen.

Anders verhält es sich mit der Einnahme vom Zucker. Der Colonialzucker ist in Russland vollkommen den Interessen des Rübenzuckers geopfert. Ersterer unterliegt einem Zoll von 3 Rubel vom Pud. Letzterer zahlte bis zum Jahr 1870 an Accise nur 50 Kopeken, jetzt 70 Kopeken. In Folge dessen haben sich die Erträge aus der Zuckersteuer folgendermaassen gestaltet:

Accise vom	Rübenzucker.	Zuckerzoll.	Zusammen.
1866	444,967	4,070,648	4,515,615
1867	1,231,216	1,705,343	2,936,569
1868	2,134,984	255,800	2,390,784
1869	1,267,075	224,621	1,491,696

Sobald Eisenbahnen den leichteren Transport ermöglicht und vor Allem Steinkohlen die Holzfeuerung ersetzt haben

werden, wird auch der Rübenzucker eine höhere Steuer ertragen.

Im Tarif, der am 1. Januar 1869 in Kraft getreten, sind die Zollsätze für 38 Artikel ermässigt und für 5 erhöht worden. In Folge dessen hat die Einfuhr bei ersteren zugenommen während letztere eine Abnahme aufweisen. Unter diesen nehmen Leinenwaaren den ersten Platz ein. Unter jenen sind vor Allen Eisen, Eisenwaaren, Kaffee und Baumwollengewebe zu nennen.

Ueberhaupt weist der auswärtige Handel ein stetiges wenn auch langsameres Wachsthum auf, als in andern Ländern Europa's; denn die Entwickelung des materiellen Wohlstandes geht mit der geistigen Bildung des Volks Hand in Hand.

Der Ertrag aus Stempel- und andern ähnlichen Steuern war in Folge der Stockung in allen Geschäften, welche die Bauernemancipation vorübergehend hervorbrachte, im Jahr 1862 auf 11,139,696 Rubel (gegen 13,900,000 im vorhergehenden Jahr) gefallen. Jetzt hat er sich wieder allmählich, und zwar bis zum Jahre 1869 auf 14,300,000 Rubel gehoben.

Die Domainen - Pacht, der Verkauf von Kronländereien und von Holz aus den Regierungs-Waldungen brachte im Jahr 1861 8,610,000, und 1869 12,310,900 Rubel ein. Vor Allem wächst die Einnahme aus den Kronwaldungen zugleich mit den steigenden Holzpreisen und dem durch den Eisenbahnbau entstandenen grösseren Holzbedürfniss. Die Einnahme aus den Domainen wäre weit bedeutender, wenn nicht im Laufe der letzten 10 Jahre mehr als eine Million Dessätinen Land an Beamte im Samaraschen Gouvernement verschenkt worden wäre. Diese unverzeihliche Vergeudung des Staatseigenthums verdankt man dem früheren Domainen-Minister Grafen Murawieff, der damit begann, für sich 22,000 Dessätinen des besten Landes zu erbitten. In dem Besitz der Regierung geblieben, wäre dieses Land bald colonisirt worden;

jetzt wird auf demselben von den Pächtern Raubbau betrieben. Den neuen Eigenthümern bringen diese Ländereien nur geringen Gewinn, da es den meisten an Kapital fehlt, um sie regelrecht auszunutzen. Dem Beispiel des Domainen-Ministers ist die Verwaltung der Provinzen des Kaukasus gefolgt, die auch schon vieles Land verschenkt hat, und endlich sind im Königreich Polen unter dem Vorwande der Russificirung alle Kronsgüter im Betrage vieler Millionen an russische Generäle und Beamte als Majorate verliehen worden.

Es ist sehr zu bedauern, dass der Finanzminister entweder nicht den Muth gehabt hat oder ausser Stande gewesen ist, sich diesen Verschwendungen zu widersetzen. Sie werden nur dann ein Ende nehmen, wenn die Domainen wieder dem Ressort des Finanzministeriums übergeben werden. Aus den Bergwerken der Krone wurde im J. 1869 nur für 487,000 Rubel Metall an Privatleute verkauft; dagegen sind aus ihnen bedeutende Lieferungen an das Kriegs- und Marine-ministerium gemacht worden. Gewiss ist jedoch, dass die Erhaltung dieser Bergwerke weit mehr kostet, als sie eintragen. Ihr Verkauf an Private wird aber nur möglich werden, sobald Eisenbahnen den Ural an den Punkten, wo Hüttenwerke sich befinden, durchschneiden. Vorher zum Verkauf zu schreiten, wie Viele es verlangen, wäre eine Thorheit. Ohne Zweifel wird die Hoffnung auf den durch vortheilhaften Verkauf ihrer Eisen- und Kupferwerke von der Regierung zu erzielenden Gewinn den Bau der Ural-Bahn beschleunigen.

Die Goldwäschereien und die Kupferminen der Krone trugen ihr im Jahre 1869 1,642,965 Rubel ein, die Abgabe von den Goldwäschereien der Privaten 2,126,979, die Abgaben von Kupfer- und Eisenwerken 650,197. Der Prägeschatz warf eine Einnahme von 3,800,000 ab.

Sehr auffallend ist die geringe Zunahme der Posterträgnisse. Im Jahre 1862 hatten diese 7,296,000 Rubel ergeben,

i. J. 1867, mit Ausschluss des Königreichs Polen, nur 7 Mill.; 1869 betrug die Einnahme aus denselben gegen 8,450,000 Rbl. Dies Ergebniss ist in Anbetracht der steigenden Bevölkerung und des lebhafteren Verkehrs kaum begreiflich. Freilich sind i. J. 1866 nur 22,800,000 Briefe befördert worden, was auf 3 Einwohner einen Brief ergiebt. Dagegen sind in jenem Jahre an Papiergeld durch die Post 800 Millionen Rubel versandt worden. Diese Versendungen werden jetzt oft durch von den Banken übermittelte Anweisungen ersetzt, worin ein Hauptgrund der verminderten Post-Erträgnisse liegen mag.

In dem Maasse als Eisenbahnen die Poststrassen ersetzen, werden die Kosten der Postverwaltung abnehmen, welche jetzt über 50°/₀ der Bruttoeinnahmen verzehren. Auch von den Telegraphen wird im Jahre 1871 schon eine Reineinnahme von 1,600,000 Rbl. erwartet. Leider ist der Tarif derselben noch so hoch, dass nur ein beschränkter Theil des Publikums sie benutzen kann. Von den Staatseisenbahnen, deren gegenwärtig noch drei vorhanden sind, wird im Jahre 1871 eine Roheinnahme von 10 Millionen Rubel erwartet. Doch werden wohl auch sie bald in die Hände von Privaten übergehen, da die Regierung ihre Unfähigkeit, dieselben zu verwalten, vollkommen anerkennt.

Wie sehr aber auch die Einnahmen steigen mögen, sie werden immer von den Ausgaben bedeutend überflügelt, und der Mangel der Uebereinstimmung zwischen diesen beiden Factoren ist wohl nirgends grösser und wird nirgends mit grösserer Unbefangenheit behandelt, als in Russland.

Von 1832 an bis 1870 ist kein Jahr ohne ein Deficit abgeschlossen worden. Das kleinste war das des Jahres 1861 mit 2,212,000 Rbl. Von 1832 bis 1861 haben die Ausgaben die Einnahmen um 1,376,420,115 Rbl. überschritten, also um 45,800,000 jährlich, während das Deficit in jedem der folgenden sieben Jahre durchschnittlich 78 Millionen betrug.

Von diesen Summen waren bis 1869 nahe an 200 Millionen für Eisenbahnen verausgabt und einige Millionen für den Bau von Chausseen. Die staatswirthschaftlich nutzbringende Verwendung der übrigen Summen möchte schwer zu beweisen sein. Im Laufe des Jahres 1869 sind für Eisenbahnen neu angelegt worden 35½ Millionen.

Es wurden wirklich verausgabt in den Jahren:

	1832	1861	1869
Zur Deckung der Staatsschuld . .	25,396,971	50,566,525	83,555,842
Erhaltung höchster Staatsbehörden .	455,727	1,247,782	2,627,598
Kriegsministerium	50,769,044	115,964,860	147,702,355
Marine	8,624,035	23,566,058	18,684,443
Staatskirche	902,390	4,987,643	7,953,671
Ministerium des Unterrichts . . .	1,369,154	3,617,291	9,480,313
„ der Justiz	1,964,906	5,654,834	9,688,075
„ für Wegebau	3,312,685	11,548,190	24,916,816
„ für Post und Telegraphen	835,926	4,124,079	15,371,786
„ der auswärtigen Angelegenheiten	1,782,840	2,411,657	2,475,423
„ des Innern	6,210,878	9,328,151	20,961,085
Total-Ausgaben:	131,391,737	345,297,270	468,797,909

Von dieser letzten Summe müssen 30 Millionen als Ausgaben für das Königreich Polen und die kaukasischen Provinzen abgerechnet werden und dann ergiebt sich, dass von 1832 bis 1861 die Ausgaben jährlich um 8 Millionen und von da bis 1870 um 11 Millionen gestiegen sind. Während der ganzen Periode von 37 Jahren beträgt somit der Zuwachs 236%. Während aber die Ausgaben des Kriegsministeriums in dieser Zeit um nicht mehr als den Durchschnitt dieser Summe und in der Marine sogar nur um etwas mehr als 100% zugenommen haben, weil diese Verwaltungen auch schon vorher einen unverhältnissmässigen Theil der Einnahmen verschlangen, sind die Ausgaben in den verschiedenen Zweigen der Civilverwaltung in einem weit grösseren Maasse gestiegen.

So haben die Kosten zur Erhaltung der Central-Behörden

um 500%, der Staatskirche um 700%, der Justizpflege um 400%, des Wegebaues um 600%, der Post und Telegraphen fast um das Zwanzigfache, des öffentlichen Unterrichts um 600% zugenommen. Die Ausgaben des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten sind nur um 37%, die des Ministeriums des Innern aber um 230% gestiegen. Die Zinszahlungen für auswärtige und innere Schulden haben in demselben Verhältniss zugenommen wie die Gesammtsummen der Ausgaben, d. h. um 232%. Die vielfachen Reformen der gegenwärtigen Regierung sind nicht ohne bedeutende Geldopfer herzustellen gewesen und grosse Ausgaben stehen noch in Aussicht. Kirche und Schule sind noch lange nicht genügend bedacht. Die neue Gerichtsordnung ist erst in einer Hälfte des Reichs eingeführt, für Verbesserung der Land- und Wasserstrassen ist noch viel zu thun und die Postverbindungen sind höchst unvollkommen. Ein Theil der Beamten und alle Officiere der Armee sind sehr schlecht besoldet. Es fehlt den Truppen an Kasernen und an Gefängnissen für die Verbrecher.

Zur Herstellung alles dessen, was als nothwendig anerkannt ist, muss das Geld jedenfalls geschafft werden: doch entsprechen einige der neuen zu diesem Zweck getroffenen Anordnungen den Kräften des Landes noch zu wenig, so dass es gerathen scheint, ihre Einführung aufzuschieben. Jedenfalls reichen die Mittel des Landes nicht hin, um zugleich das Nothwendige und das Nützliche auszuführen, denn wenn auch in dem Voranschlag für das Jahr 1871 Einnahmen und Ausgaben sich das Gleichgewicht halten, so wird dasselbe doch durch Supplementar-Credite unfehlbar gestört werden.

Worin Ersparnisse zu machen sind, lässt sich ohne eine sehr eingehende Untersuchung des ganzen Verwaltungssystems nicht angeben. Dieses kann aber unstreitig bedeutend vereinfacht werden. Ein ganzes Beamten-Heer ist

unnützer Weise dadurch geschaffen, dass ein jedes Ministerium einen Staat im Staate bildet und daher seine besonderen Organe in allen Provinzen besitzt, die untereinander eben so schwach verbunden sind, wie ihre Vorgesetzten in der Hauptstadt. Dieser Umstand gewährt übrigens die Möglichkeit, dass die von einem Ministerium Bedrängten leicht bei einem andern Schutz finden, was bei der vollkommenen Abhängigkeit der Administrativ Beamten von ihrem Vorgesetzten kein geringer Vortheil ist.

Unnütz vermehrt wird die Zahl der Beamten auch durch das Bestehen der Rangklassen, in welche alle Staatsdiener eingezwängt werden. An den Besitz dieser Titel sind nicht unbedeutende Vorzüge geknüpft. Daher dienen die Einen, um einen Rang zu erwerben, Anderen werden Anstellungen ertheilt, nur weil sie einen diesen entsprechenden Rang besitzen. Das ist im Civil- wie im Militairdienst der Fall. Durch diese vortrefflich erdachte Zwickmühle ist man dahin gelangt, im Jahre 1869 141,345 Officiere und Beamte zu haben, die aus der Staatskasse 96,358,439 Rubel an Gehalt bezogen. Ausserdem giebt es noch eine grosse Anzahl von Beamten der Provinzialstände oder der Adels- und Stadt-Corporationen, die von diesen bezahlt werden.

Eine Hierarchie der Functionen statt der Rangklassen, sowohl im Civil- als Militairdienste, würde eine Menge Leute bewegen, den Staatsdienst zu verlassen und sich nützlicherer Beschäftigung zuzuwenden. Wie viele Personen vom Staate bezahlt werden ohne entsprechende Pflichten zu erfüllen, ist schon daraus ersichtlich, dass die Zahl der Adjutanten des Kaisers gegenwärtig bis auf 300 gestiegen ist. Diese befinden sich zum grossen Theil am Hoflager, ohne besonderen Aemtern vorzustehen.

Ob das Land an Gehalten viel ersparte, wenn ein Theil der Geschäfte der Staatsdiener auf landständische Beamte

überginge, ist zweifelhaft, denn diese wollen gleichfalls bezahlt sein; doch würden die Stände immerhin nur diejenigen bezahlen, welche arbeiten, während der Staat in Abschätzung der Arbeit oft zu nachsichtig verfährt. In Folge dessen ist gegenwärtig die Zahl der wohlbezahlten Sinecuren, besonders in der Hauptstadt, sehr gross. So hat sich die Ausgabe für die Erhaltung der höchsten Behörden des Reichs, mit Ausschluss der Ministerien, von 1861 bis 1869 mehr als verdoppelt. Unter Anderem belief sich das Budget der Central-Behörden des Seeministeriums, dessen Wirkungskreis sich gegenwärtig fast nur auf das Baltische Meer beschränkt, im Jahre 1871 auf 1,330,000 Rubel, und im Jahre 1866 zählte die Marine 100 Admirale, während der Seedienst deren nur 18 erforderte.

Die Ausgaben sind auch nicht wenig dadurch gestiegen, dass die Ministerien von dem Wunsch beseelt sind, jedes in seinem Bereich, die besten Beamten an sich zu ziehen, und die Gehalte daher beständig erhöhen; so geschieht es jetzt, dass im Justizministerium, dessen Organisation neusten Datums, junge Leute, welche kaum der Schulbank entronnen sind, 3000 Rubel Gehalt beziehen. Es ist übrigens nicht zu leugnen, dass die junge Generation der Beamten sich weit über ihre Vorgänger erhebt.

Das Kriegsministerium verzehrt $^1/_3$ aller Einnahmen des Staats, während in keinem Lande Europa's darauf mehr als $^1/_4$ der Gesammteinnahmen verwendet wird. Billig wäre es jedenfalls, die Zinsen aller für den Bau strategischer Linien verausgabten Kapitale auf das Budget des Kriegsministeriums zu setzen, denn nur durch die Schwierigkeit der Communicationen ist es gerechtfertigt, eine Armee von 726,000 Mann, bei einer Reserve von 518,000 Mann zu erhalten. Jede neue Eisenbahn müsste eine verhältnissmässige Verminderung der Truppenzahl zur Folge haben. Für den Fall eines Krieges sind Soldaten leicht aufzubieten, wenn

nur die nöthigen Cadres vorhanden sind. Schwieriger ist es Waffen und Munition und vor Allem das Geld herbeizuschaffen. Ein Staat aber, der sich im Frieden in unnöthigem Soldatenspiel erschöpft, wird wenn es zum Kampfe kommt hilflos sein; wie dies die Kriege von 1854—55, von 1866 und der letzte amerikanische zur Genüge darthun.

Die Beilegung des Krieges, der 50 Jahre im Kaukasus gewüthet, hat es möglich gemacht, die Truppenzahl dort zu vermindern. Sie betrug im Jahre 1864 317,133 Mann nebst 58,646 Pferden und war im Jahre 1868 auf 218,883 Mann und 25,945 Pferde herabgesetzt. Dadurch sanken die Ausgaben von 28 auf 18 Millionen. Ist einst der Kaukasus durch Eisenbahnen mit dem übrigen Reich verbunden, so muss jedenfalls noch eine weitere Verminderung eintreten. Gewiss gehört das Kriegsministerium zu denen, in welchen in neuester Zeit die Reformen mit der grössten Folgerichtigkeit durchgeführt werden. Ehre dem Kriegsminister Miliutin, dessen ausschliessendes Werk sie sind. Ihm ist es gelungen, Gesetzlichkeit an Stelle der Willkür treten zu lassen, die Gemeinen vor der Uebervortheilung durch ihre Vorgesetzten zu schützen, die Verpflegung zu verbessern, das Selbstgefühl der Soldaten zu heben und Schulen für sie einzurichten. Die Bewaffnung wird hoffentlich bald nichts zu wünschen übrig lassen, obgleich die Anfertigung der erforderlichen Anzahl von Flinten und Kanonen auf viele Schwierigkeiten stösst. Die Ausbildung der Truppen ist nicht mehr blos eine gedankenlose Dressur. Seit die Dienstzeit verkürzt worden, die Soldaten eine gute Behandlung geniessen, hat der Widerwille der Bevölkerung gegen den Militairdienst sich sehr gemindert. Leider ist nicht zu leugnen, dass die beurlaubten Soldaten ein Proletariat bilden, das eine Last für das Land ist, denn, dem Pfluge entwöhnt, kehren sie meist nicht mehr zu ihrer frühern Beschäftigung zurück, sondern suchen sich leich-

tere Arbeit. Vielleicht, wenn einst die Dienstzeit noch um ein Bedeutendes gegen die gegenwärtige, welche 8—10 Jahre beträgt, verkürzt ist, werden die Beurlaubten leichter ihre frühere Beschäftigung wieder aufnehmen. Um der Willkür in der Behandlung der Soldaten und den häufigen Missbräuchen in ihrer Verpflegung zu begegnen, ist jetzt die Gewalt von den Einzelnen auf collegialische Behörden übertragen worden. Nicht allein ist die Strafgewalt der Befehlshaber durch eine ganze Reihe von Gerichten beschränkt, sondern die Verpflegung der Truppen ist von den Regimentscommandeuren auf besondere Comités übergegangen. Die Armeecorps sind ganz aufgehoben und statt ihrer sind collegialische Bezirksverwaltungen eingerichtet, welchen der Befehl über die in ihrem Bereich befindlichen Truppen und deren Verpflegung übertragen ist. Nirgends ist aber eine einheitliche Autorität mehr geboten als im Militair, und wenn sie nur um den Preis einiger Eigenmächtigkeit zu erkaufen sein sollte. Leider herrscht jetzt in der Militairverwaltung eine büreaukratische Papierwirthschaft, die von der Civilverwaltung selbst nicht überboten wird. In den letzten 9 Jahren hat sich die Zahl der Beamten des Kriegsministeriums verdoppelt und beträgt jetzt nahe an 11,000 ohne die Kanzleibeamten. Unter ihnen befinden sich 2700 Officiere und 120 Generale.

Dass eine so vielgliederige Verwaltung nur in Zeiten des Friedens durchgeführt werden kann, ist einleuchtend. Im Kriege muss sie ganz aufgegeben werden oder sie legt den Grund zu ungeheurer Verwirrung.

Noch schlimmer ist, dass durch diese Vielherrigkeit die Disciplin, der militärische Geist leidet. Ein jedes Regiment bildete sonst eine grosse Familie. An der Spitze einer solchen zu stehen war das Bestreben eines jeden Militairs. Denn das Amt gewährte Einfluss, Ansehn und nährte den

Inhaber. Jetzt ist die Charge eines Regimentscommandeurs eine Dienstpflicht die man ungern übernimmt und so bald als möglich wieder von sich abstreift. Daher denn die Regimentschefs, da sie nur kurze Zeit auf ihren Posten bleiben, sich gar nicht einmal bemühen, einen moralischen Einfluss auf ihre Untergebenen zu gewinnen. Wenn aber die Regimentsbefehlshaber machtlos und die höheren Chefs den Truppen unbekannt bleiben, da sie nur für die Zeit des Krieges ernannt werden sollen, so lässt sich für die Disciplin kein günstiges Resultat erwarten.

Ueberdies fehlt es in der Armee an Officieren. Statt 22,000 sind nur 15—16,000 vorhanden. Sie sind so schlecht besoldet, ihr Leben in den Cantonnirungen ist so elend, dass ausser in den Garderegimentern nur diejenigen es aushalten, die zu gar keinem anderen Geschäft tauglich sind. Dagegen ist ein Ueberfluss an Generalen und täglich werden neue creirt. Schon übersteigt ihre Zahl 1000, während der wirkliche Militärdienst davon kaum $^1/_4$ verlangt.

Der deutsch-französische Krieg, welcher die Vortrefflichkeit der preussischen Heeresorganisation zum allgemeinen Bewusstsein gebracht, hat auch bei der russischen Regierung den Wunsch erregt, dem Beispiele des mächtigen Nachbars zu folgen. Eine eigene Commission beschäftigt sich gegenwärtig mit Ausarbeitung eines Planes zur allgemeinen Bewaffnung.

Die öffentliche Meinung ist diesem Vorhaben aber nicht günstig. Ein kleiner Staat wie das vormalige Preussen, ohne gesicherte Grenzen mitten in Europa gelegen, und mit allen Ansprüchen einer Grossmacht, musste seine ganze Bevölkerung aufbieten, um seine Stellung zu wahren, um so mehr als jeder Krieg Preussens ein Vertheidigungskrieg werden konnte. Für einen solchen aber allein ist der Aufruf an das Volk zu rechtfertigen. Russland befindet sich

in ganz anderen Verhältnissen; seine Kriege können nur Angriffskriege sein, denn keine Macht wird sich versucht fühlen, ohne Noth mit Russland anzubinden. Das Land, das man ihm im Westen abnehmen könnte, reizt gewiss niemand. Dem Volke aber die Opfer einer Volksbewaffnung aufzuerlegen um Eroberungskriege zu führen, ist gewiss verwerflich. Abgesehen von den Kosten der Erhaltung einer so zahlreichen Truppe ist auch das Material, aus dem sie zusammengesetzt ist, ein sehr theueres; denn die Kanonenkugel macht keinen Unterschied, sie rafft sowohl Denjenigen hinweg, dessen Ausbildung 10,000 Thaler gekostet, wie Denjenigen, der für sich nur 10 Thaler verausgabt hat.

In Russland wird aber die Volksbewaffnung aus manchen Gründen besonders drückend. Es ist eben die Zahl der gebildeten Leute sehr gering und daher wäre es doppelt fühlbar, würden sie ihren Berufsgeschäften entrückt. Zugleich ist ihrer geringen Zahl wegen nicht zu erwarten, dass sie im Stande sein werden, den Geist der Truppen im Allgemeinen zu heben, wie es in Deutschland der Fall ist. Es kann um so weniger erwartet werden, als der Abstand zwischen dem gemeinen Mann und dem Gebildeten in Russland so gross ist, dass zwischen ihnen von gar keiner Gemeinschaft die Rede sein kann. Ferner muss wegen der Rohheit des Volks die Dienstzeit in Russland eine längere sein als in Deutschland. Endlich kann das Territorialsystem, welches die Grundlage der preussischen Wehrverfassung ist, in Russland nicht durchgeführt werden, denn die Regierung wird weder polnische, noch lettische, noch kaukasische Regimenter bilden, die Rekruten aus den Grenzprovinzen wird man vielmehr unter andere Truppen vertheilen. Jede theilweise Verschiebung wirft aber das ganze System um. Dadurch, dass wie in Preussen, jedermann den Dienst in seiner nächsten Heimath unter

Landsleuten und Nachbarn verrichtet, wird er seinen frühern Verhältnissen nicht entfremdet und kehrt nach Verlauf der Dienstzeit leicht in dieselben zurück. Die Bildung des Begriffs von militairischer Ehre und der Liebe zur eigenen Fahne ist während kurzer Dienstzeit nur möglich bei einer territorialen Truppe, weil die Jugend schon in den Ueberlieferungen des Regimentes aufwächst, in dem sie einst zu dienen bestimmt ist. Auch weiss bei einem Aufgebot jedermann, wohin er sich zu wenden hat.

Schliesslich ist noch zu bemerken, dass es einer absoluten Regierung nicht immer leicht fallen dürfte, ein ganzes Volk in Waffen zu handhaben. —

Wir wollen hoffen, dass in Berücksichtigung der angedeuteten Umstände die Regierung zu der Ueberzeugung kommen wird, dass sich die germanische Militairorganisation nicht auf russischen Boden verpflanzen lässt. In der richtigen Erkenntniss, dass die Kasernirung der Truppen allein ihre Ausbildung beschleunigen und somit eine Verkürzung der Dienstzeit erlauben kann, hätte man jedenfalls besser gethan, alle verfügbaren Summen auf Erbauung von Kasernen zu verwenden, als jetzt eine Rekrutirung anzuordnen, die doppelt so stark als in den vorhergehenden Jahren, den nützlichen Gewerben unnöthiger Weise 80,000 Arme entzieht und der Staatskasse neue Opfer auferlegt.

Einen unnöthigen Aufwand an Geld und Menschen erheischen auch die neu eingeführten Gerichte für die Land- und Seetruppen. Für Disciplinarvergehen sind besondere Militairgerichte gewiss nothwendig, ein Soldat aber, der ein gewöhnliches Verbrechen begangen, müsste vor die ordentlichen Gerichte gestellt werden. Noch zweckloser als in der Landarmee sind solche besondere Gerichtshöfe für die Marine, die nur 30,000 Mann zählt.

Das Wachsthum der Staatsschuld in Russland ist ohne

Beispiel im übrigen Europa. In Frankreich z. E. ist die Summe der für dieselbe zu zahlenden Zinsen von 1861 bis 1870 um 14% gestiegen. In Russland dagegen um 59%. Das Mehr der Staatsausgaben überhaupt hat sich in Frankreich während der letzten 40 Jahre um 84%, in Russland um 130% gesteigert.

Zu diesen unerfreulichen Ergebnissen trägt hauptsächlich bei: 1) dass die Geldcirculation nur in Staatspapiergeld besteht und dass dieses seit seiner während des Krimkrieges erfolgten Vermehrung um 400 Millionen beständig im Werthe sinkt und 2) dass ein grosser Theil der Staatsschuld in klingender Münze bezahlt werden muss, zu deren Herbeischaffung immer wieder neue Anleihen im Auslande geschlossen werden müssen, da die Bergwerke Sibiriens bei weitem nicht Gold in hinreichender Menge liefern, die Zahlung in Wechseln aber, ohne den Cours derselben vollständig herabzudrücken, nur in Jahren sehr bedeutender Ausfuhr, wie z. B. im Jahre 1867, möglich ist.

Auch die Zinsen der meisten Eisenbahn-Anleihen werden in klingender Münze bezahlt, während die Einnahmen in Papiergeld eingehen. Daher die von der Regierung garantirten Bahnen meist noch bedeutende Zuschüsse aus der Staatskasse erhalten. Diese waren im Voranschlag für das Jahr 1870 auf 6½ Millionen, für 1871 auf 6,160,000 angesetzt. Im Jahre 1869 betrugen sie 4,461,660 Rbl. oder 35% der von der Regierung garantirten Summe.

Im Verhältniss zum sinkenden Werth des Papiergeldes steigen die Preise aller Gegenstände. Somit mehren sich die Anforderungen an die Staatskasse. Da aber der Tauschwerth des Papiergeldes im Innern nur langsam dem Wechselcours folgt, so hat die Regierung keinen sichern Maassstab für die Schätzung desselben. Eine Erhöhung der Steuern lediglich nach Maassgabe des gefallenen Börsenwerthes des

Papiergeldes kann daher leicht als eine drückende Steigerung empfunden werden.

Es ist gegenwärtig Papiergeld im Betrage von 715 Millionen im Umlauf, das nach dem Wechselcours gegen 540 Millionen werth sein mag. Die Bank besitzt aber nur einen Vorrath von 140 Millionen Rubel in Silber und Gold. Es wären also noch 400 Millionen zu decken. Würde die Hälfte davon durch eine innere Anleihe aufgebracht, so fände sich vielleicht eine Gesellschaft, die gegen das Recht der Gründung einer Circulations-Bank sich verpflichtete, die noch übrigen 200 Millionen stets gegen Baar einzulösen. Freilich kann eine solche Bank nur bestehen, so lange die Bilanz Russlands, dem Auslande gegenüber, keine ungünstige ist. Das ist aber bisher nur ausnahmsweise, wie im Jahre 1867, der Fall gewesen. Im Allgemeinen aber ist die Ausfuhr Russlands, mit Einschluss des sibirischen Goldes, nicht im Stande, ausser den Gegenständen der Einfuhr auch noch die Zahlungen der Staatskasse an das Ausland zu decken. Wird dieser Umstand ausser Acht gelassen, so wiederholt sich die unglückliche Katastrophe von 1864, wo die Bank in wenigen Monaten ihren Baarvorrath erschöpft sah. Da nun noch der Bau vieler Eisenbahnen in Aussicht steht, dieser aber ohne Hülfe auswärtiger Anleihen nicht unternommen werden kann, so ist eine Verschlimmerung der Bilanz zu erwarten, wenn nicht durch die Eisenbahnen die Production des Landes und zugleich die Ausfuhr ins Ausland dermassen gesteigert wird, dass ihr Uebergewicht über die Einfuhr hinreicht, auch die Zahlungen der Staatskasse zu decken. Erfreulich ist in dieser Beziehung der Ankauf russischer Staats- und Eisenbahn-Papiere von Seiten einheimischer Capitalisten, denn je weniger Zinsen ins Ausland gehen, desto geringer wird das Deficit in der Bilanz. Die Finanzverwaltung hat also vor Allem dafür zu sorgen, dass die

unproductiven Ausgaben des Staats zu Gunsten der productiven vermindert werden, dass die Steuerlast, welche die Arbeit des gemeinen Mannes vertheuert, erleichtert werde, damit die russischen Producte zu niedrigeren Preisen auf den ausländischen Markt gelangen. Besonders aber hüte man sich, sich in phantastischen Hoffnungen einer glänzenden Zukunft zu wiegen, was jetzt leider so sehr an der Tagesordnung ist, dass jeder Zweifler an einer solchen als Ketzer angesehen wird. Gewiss ist das russische Reich gross und reich an mannigfachen Gaben der Natur; das Volk zahlreich und mit vielen trefflichen Vorzügen ausgestattet. Aber nur bei gehöriger Pflege entwickelt sich aus dem Keim die Pflanze und wird der Knabe zum Mann. Wird vorzeitig vergeudet, was erst die Zukunft gewähren kann, so erstickt die Pflanze im Keim und der Knabe, bevor er noch zum Jüngling heranreifen konnte, verkümmert. Russland steht auf der abschüssigen Bahn, die zu solchem Resultate führt. Es verschwendet seine finanziellen Kräfte, häuft Schulden auf Schulden und belastet damit künftige Generationen in Aussicht auf deren einstigen Reichthum, ohne zu bedenken, dass gerade die Steuerlast, welche es seinen Bewohnern aufbürdet, die Entwickelung hindern muss.

Der Reichthum in den Vereinigten Staaten Nordamerikas ist zum Theil daher so schnell gewachsen, weil die Kosten der Verwaltung dort so überaus gering sind; demselben Umstande ist es zuzuschreiben, dass die Schweizer Industrie, trotz sehr ungünstiger Verhältnisse, mit der des übrigen Europa zu wetteifern vermag.

Geistiges Leben.

Wenn sich aber zur physischen Erschöpfung noch Selbstüberhebung gesellt, so ist eine Paralyse an Haupt und Gliedern unvermeidlich. Die Russen vergleichen ihr Land und

Volk gerne mit den Vereinigten Staaten Nordamerikas, sie sind stolz auf die gegenseitigen Sympathien und vermeintlichen vielfachen Uebereinstimmungen und Analogien. Diese Freundschaft begann aber erst während des Krimkrieges und wurzelte in der beiderseitigen Abneigung gegen Grossbritannien. Sie wurde bisher vornehmlich durch den Mangel aller Berührungspunkte vor möglicher Störung bewahrt. Was aber die Analogien betrifft, so beschränken sich dieselben auf ein gleich unermessliches Territorium, eine verhältnissmässig kurze Dauer beider Staaten und auf eine vermeintliche providentielle Mission der Einen in Amerika, der Andern in Nordasien. Im Charakter der Russen und Nordamerikaner möchte es schwer sein, irgend eine andere Uebereinstimmung zu entdecken, als dass beide sich überaus leicht von einer Strömung hinreissen lassen.

Bei dem Amerikaner wie bei dem Engländer tritt vor Allem das Individuum in seiner ausgeprägten Besonderheit hervor, während der Russe nur in der Gemeinschaft mit Anderen eine Existenz zu haben scheint. Unternehmend sind beide, aber der Eine mit Berechnung, der Andere dabei lediglich dem blinden Glück vertrauend. Der Amerikaner arbeitet nachhaltig, emsig; der Russe ist sehr grosser Anstrengung fähig, hält aber auf die Dauer nicht Stand. Er bedarf häufiger Erholung, welche dem Amerikaner fremd ist. Der Russe versteht bei der Arbeit sich stets aus Verlegenheiten zu helfen, aber das Genie der Erfindungen, welches die angelsächsische Race in so hohem Grade besitzt, scheint ihm abzugehen. Auch fehlt dem Russen der Ernst wie in seinem übrigen Leben, so auch bei der Arbeit. Nirgends findet man so vielen Mummenschanz wie in Russland; nirgends wird die Zeit so vergeudet wie dort; niemand dagegen hält damit gleich Haus, wie die Amerikaner. Russen und Amerikaner treibt oft ihr Unternehmungsgeist in

die Ferne, in unbewohnte Gegenden, unter wilde Völkerschaften. Ueberall aber unterwirft sich der Amerikaner den bestehenden Gesetzen oder giebt sich eigene. Dem Russen ist jede Schranke lästig, vor Allem die des Gesetzes. Er ist Nomade auf materiellem und geistigem Gebiet, beugt sich aber leicht unter jede Gewalt und ist daher nicht schwer zu regieren. Russen und Amerikaner sind beide insofern Demokraten, als sie keine Geburtsvorrechte, an welchen der Germane mit solcher Vorliebe hängt, anerkennen; während aber der Amerikaner sich seine Obrigkeit selbst wählt, empfängt der Russe sie lieber ohne weiteres Grübeln von Gott.

So verschiedenartig zusammengesetzt auch die Bevölkerung der Vereinigten Staaten Nordamerikas ist, ihr Kern liegt in den Staaten Neu-Englands, und diese sind meist durch puritanische Auswanderer gegründet. Die Grundsätze dieser strengen Secte haben ihren Stempel den Yankees aufgedrückt. Der grossen Masse des russischen Volks fehlt aber die Bildung, welche nur Kirche und Schule zu ertheilen vermögen. Einen wie heilsamen Einfluss die erstere auch in Russland zu üben vermag, beweisen die sehr zahlreichen Sectirer. Denn obgleich das Glaubensbekenntniss der meisten Secten wenig geläutert und oft durch den scheuslichsten Aberglauben verunstaltet ist, obgleich sie aller Schulbildung entbehren, so ist doch die Disciplin, die sich unter ihnen in Folge der harten Bedrückungen und Nachstellungen, denen sie bisher ausgesetzt waren, ausgebildet hat, von so nachhaltiger Wirkung gewesen, dass die 10 bis 12 Millionen Abtrünnige der Staatskirche in Russland sich alle durch Nüchternheit, Arbeitsamkeit und Wohlhabenheit kennzeichnen. Die Wälder der europäischen Nord-Provinzen des Reichs und Sibirien gewähren vielen Tausenden Sectirern eine Zufluchtstätte und die Bevölkerung dieser Gegenden

zeichnet sich vor allen durch ihre Tüchtigkeit aus. Obgleich von der Regierung nicht anerkannt, werden die Sectirer unter dem gegenwärtigen humanen Herrscher Russlands wenigstens nicht mehr verfolgt. Hoffentlich ist die Zeit nicht fern, wo auch in Russland Jedem gestattet sein wird, „nach seiner Façon" selig zu werden.

Kirche.

Die griechisch-orthodoxe Kirche behauptet, das Dogma der ursprünglich christlichen Gemeinschaft in seiner Reinheit bewahrt zu haben. Wahr ist, dass sie streng an dem festhält, was vor mehr als tausend Jahren die ersten Concile bestimmt haben, während die römisch-katholische Kirche beständig neue, willkürliche Bestimmungen den alten hinzufügte. Diese stets sich erneuernde Gesetzgebung brachte jedoch Leben in die römische Kirche, während die griechische in ihrer Stabilität verknöcherte. Sie ist, gleich den ägyptischen Mumien, eine unversehrte Reliquie der alten Zeit, aber unversehrt, weil ausgedörrt. Vielleicht entwickelt sich einst aus dieser Verpuppung ein prächtiger Schmetterling; noch sind seine Flügel jedoch verborgen. Die lateinische Kirche erstarkte unter beständigen Kämpfen; die griechische dagegen hielt sich unter dem Schutz der weltlichen Macht von jeder Anfechtung fern. Die Energie der beiden Kirchen ermisst sich am besten an ihrem Missionswesen. Römische Missionäre dringen zu den entferntesten Völkern der Erde und predigen dort unter Entsagung und bewundernswürdiger Selbstaufopferung ihre Lehre mit überraschendem Erfolge. Die griechische Kirche dringt nur auf den Wegen vor, welche die weltliche Macht ihr vorher geebnet und auch dann selten durch geistliche Mittel. Millionen werden jährlich vom Staat für den Bau griechischer Kirchen in den russisch-polnischen und den Ostseeprovinzen verausgabt,

in der Ueberzeugung, dass es nur eines Schafstalles bedürfe, damit auch die Schafe sich einfinden. Die Schöpferkraft der Kirche scheint aber nicht über den Stall hinauszugehen. Um die Heiden im Kaukasus zur Annahme des Christenthums zu bewegen, verschwendet der Staat enorme Summen. In den Ostseeprovinzen vertheilt die Domainen-Verwaltung Ländereien unter die zum Griechenthum übergetretenen lutherischen Bauern. Von der rohen Verfahrungsweise der russischen Heidenbekehrer liefern täglich die Zeitungen zahlreiche Beweise. Ganze Dörfer im asiatischen Russland, die man schon lange als rechtgläubig ansah, fallen wieder von der Kirche ab, in den meisten aber blüht noch das Heidenthum unter dem Deckmantel der Orthodoxie. Oeffentlicher Abfall von derselben wird mit drakonischer Strenge bestraft, und wenn man nach den Maassregeln, welche die Staatskirche für nöthig hält, um die Heerde der Rechtgläubigen zusammenzuhalten, das Vertrauen dieser Kirche zu sich selbst beurtheilen wollte, so müsste man ihre Bescheidenheit bewundern. Es scheint übrigens, dass die Staatskirche sich jetzt für stark genug hält, um den Vergleich mit den Lehren anderer Bekenntnisse nicht zu scheuen, und es ist daher Geistlichen fremder Confessionen gestattet worden, in russischer Sprache Gottesdienst zu halten und in dieser Sprache Schriften religiösen Inhalts, selbst wenn sie Dogmen vertheidigen, die nicht mit denen der griechischen Kirche übereinstimmen, drucken zu lassen. Beides war bisher so streng verboten, dass nicht einmal Juden gestattet ward, das alte Testament in einer russischen Uebersetzung erscheinen zu lassen, welche nicht vorher von dem griechisch-orthodoxen Synod gebilligt war.

Es ist bekannt, dass in neuerer Zeit einige Geistliche der anglikanischen Kirche, unzufrieden mit dem Zwitterwesen der ihrigen, die Frage einer Verschmelzung der Hochkirche

mit der griechischen angeregt haben. Ihnen schlossen sich einige Laien an und man behauptet, die St. Petersburger griechische Synode beschäftige sich mit dem Entwurf eines Programms, auf Grundlage dessen die Aufnahme der Hochkirchler in den Schooss der rechtgläubigen Kirche ermöglicht würde. Die Vereinbarung soll nur das Dogma betreffen mit Beseitigung alles äussern kirchlichen Zubehörs. Auf dieser Grundlage wäre gewiss eine Verständigung möglich, nur ist nicht wahrscheinlich, dass die neue Kirche in England viele Proselyten machen würde, denn das reine Dogma ist nur dem Verständniss weniger Eingeweihten zugänglich. Für die grosse Mehrzahl liegt der Schwerpunkt in den rituellen Zuthaten. Gäbe die griechische Kirche zu, dass diese letzteren nicht wesentlich, dass man Glied der orthodoxen Kirche bleiben könnte auch ohne Heiligendienst, Fasten u. s. w., so wäre damit eine glückliche Reform der griechischen Kirche selbst angebahnt.

So traurig wie mit der Kirche, ist es auch mit ihren Vertretern — der Geistlichkeit bestellt. Bis zum Jahre 1869 bildete diese eine Kaste, gleich jener der Leviten, in welche Fremde nur auf dem Wege durchs Kloster eintreten konnten, und die kein Mitglied ohne besondere Erlaubniss verlassen durfte. Eine solche mussten selbst die Töchter von Geistlichen einholen, wenn sie einen Mann anderen Standes heiratheten. Uebrigens ist nie Jemandem verweigert worden den geistlichen Stand zu verlassen, so lange er noch nicht die Weihe empfangen.

Zahlreich (im Jahre 1865 gehörten zum geistlichen Stande 611,000 Personen beiderlei Geschlechts) und in grösster Dürftigkeit erwuchsen die Kinder dieser Geistlichen. Neben den schmerzlichsten materiellen Entbehrungen war die Bildung, die sie in den Seminarien erhielten, nur eine spärliche und das höchste Ziel, das sie erwartete, eine Pfarre, die kaum

im Stande war, ihren Unterhalt zu fristen. Dabei war der Druck, unter dem sie von ihren Bischöfen, die sämmtlich der Klostergeistlichkeit angehören, gehalten wurden, geradezu sklavisch. Gegen letztere, der ausserdem alle Ehrenämter und Pfründen zu Theil wurden, nährte daher die Weltgeistlichkeit einen unversöhnlichen Hass.

Es ist leicht begreiflich, dass eine in Elend geborene und zum Elend ausersehene Geistlichkeit ihrer hohen Bestimmung nicht gewachsen sein kann. Auch verkommen die Landgeistlichen meist im Schmutz des bäuerlichen Lebens. Sie erfüllen nur die äusserlichen Pflichten ihres Berufs. Zur Bildung des Volks tragen sie selten bei. Kümmerlich besoldet, sind sie auf die milden Gaben ihrer Eingepfarrten angewiesen und daher von ihrem Wohlwollen abhängig. Bettelnd ziehen sie an Feiertagen von Haus zu Haus und sammeln die Spenden ein. Der Geistliche, welcher sich in gerechtem Selbstgefühl über seine Gemeindeglieder erheben wollte, würde auf ihre Unterstützung nicht rechnen können.

Tief fühlt die Geistlichkeit diesen trostlosen Zustand, und dass sie eines Bessern würdig, beweisen viele von denen, welche das Schicksal in günstigere Verhältnisse geführt hat. So zeichnen sich z. B. die Geistlichen an den russischen Kirchen im Auslande meist durch ihre Tüchtigkeit, ja Einige durch Gelehrsamkeit aus.

Im Jahre 1869 ist endlich die geistliche Kaste aufgehoben und Jedermann gestattet worden, in den geistlichen Stand zu treten. Zugleich ist beschlossen, die Zahl der Kirchspiele und in ihnen die der Kirchendiener zu vermindern, um die Mittel zu reichlicherer Besoldung der Uebrigen herbeizuschaffen. Die Pröpste sollen künftig von den Geistlichen jedes Sprengels selbst gewählt werden, auch ist diesen gestattet, öfter zusammenzutreten, um die

Angelegenheiten ihres Sprengels zu berathen. Manche Aemter, die bisher nur Klostergeistlichen ertheilt wurden, sind jetzt auch Weltgeistlichen zugänglich gemacht. Ungeachtet diese Maassregeln bei vielen Bischöfen keinen Anklang finden, da sie zu einer Beschränkung ihres Despotismus führen müssen, wird die neue Ordnung sich doch Bahn brechen.

Schule.

Bei dem beklagenswerthen Zustande der Geistlichkeit ist es nicht zu verwundern, wenn sie der Volksschule nicht die erforderliche Aufmerksamkeit zuwendet. Da es überdiess an Dorfschullehrern gänzlich fehlt und erst in neuester Zeit von Errichtung eigener Anstalten zur Bildung derselben die Rede gewesen ist, so liegt die Erziehung der niederen Classen begreiflicher Weise sehr im Argen. Man behauptet, dass im Durchschnitt kaum 15% aller Knaben und 6% aller Mädchen, die im Alter des Schulbesuchs stehen, Unterricht geniessen. Von den neu ausgehobenen Rekruten verstanden im Jahr 1868 blos 9,020%, im Jahr 1869: 9,76% zu lesen. Besser steht es in dieser Hinsicht, Dank den neu errichteten Militairschulen, mit den Soldaten, von denen gegenwärtig schon 25% lesen können. Sowohl der Staat, wie einzelne Provinzialstände haben nicht unbedeutende Summen zur Förderung des Volksunterrichts ausgeworfen; um aber die Sache in Wahrheit zu fördern, sollte man, nach dem Beispiel Nordamerika's, den Unterricht der Dorfjugend in die Hände von Frauen legen. Sie sind in ihren Ansprüchen genügsamer und stehen in den mittleren Klassen im Durchschnitt auf einer sittlich höheren Stufe als die Männer. Ein mächtiger Sporn zum Lernen würde unstreitig durch die beabsichtigte Maassregel geschaffen

werden, Allen, die einen gewissen Grad von Schulbildung erlangt haben, die Militair-Dienstzeit abzukürzen.

Besseren Fortgang als die Volksschule haben die höheren Lehranstalten. Aber auch in ihnen fehlt es an Lehrern, und an den Universitäten selbst ist eine grosse Anzahl von Lehrstühlen stets vacant. Dies ist namentlich bei der juristischen Facultät der Fall, da in Folge der Einführung der neuen Gerichtsordnung das Bedürfniss nach Juristen für den praktischen Dienst ungemein gestiegen ist.

Der Streit zwischen Realismus und Klassicismus hat in diesem Augenblick alle Schichten der russischen Gesellschaft ergriffen und es handelt sich dabei in Wahrheit nicht sowohl um eine Präponderanz der Naturwissenschaften vor den klassischen Studien, als vielmehr recht eigentlich um das „Sein oder Nichtsein“ der letztern. Denn sobald sie nicht zur unabweislichen Bedingung für die Zulassung zur Universität erhoben werden, wird sich schwerlich Jemand mit ihnen befassen. Es ist dies auch sehr natürlich, denn nichts in der Vergangenheit des russischen Volks weist auf die Nothwendigkeit der Erlernung der alten Sprachen. Weder gilt der Justinianische Codex hier als Hülfsrecht, noch bedarf die russische Kirche zu ihrer Begründung lateinischer oder griechischer Urkunden. Für die russische Jugend ist das Studium der alten Sprachen daher nie Selbstzweck, sondern lediglich Bildungsmittel: eine Art geistiger Gymnastik. Man müsste aber in der That sehr tief von ihrer Unersetzlichkeit in dieser Hinsicht durchdrungen sein, um einem ganzen Volke, wie das russische, einen Unterrichtsgegenstand aufzudringen, dessen Nutzlosigkeit für das praktische Leben kaum geleugnet werden kann.

In diesem Augenblick liegt die Frage, ob die lateinische und griechische Sprache in den Schulen durch das Studium der neuen Sprachen und der Mathematik ersetzt werden

könne, oder ob die Kenntniss der ersteren zur Erlangung eines gewissen Grades geistiger Reife unerlässlich sei, zur Entscheidung[1]) vor. — Wie diese auch ausfallen möge, so lässt sich jedenfalls mit Sicherheit behaupten, dass das Studium der alten Sprachen in Russland schlechterdings nicht einzubürgern ist, und dass alle Zwangsmaassregeln, die man zu diesem Behuf anwenden könnte, fruchtlos bleiben werden. Denn erstens wird es nie gelingen, ein ganzes Volk zu überzeugen, dass der menschliche Geist von Uranfang so geschaffen sei, dass er nur vermittelst der alten Sprachen sich zu vollkommener Reife entwickeln könne, und zweitens müsste eine genügende Anzahl von Lehrern in denselben beschafft werden, an denen es zur Stunde gänzlich gebricht. Bevor diese herangebildet werden, wird man längst eingesehen haben, dass eine so exotische Pflanze, wie die alten Sprachen, auf einem Boden, wie derjenige Russlands, nicht gedeihen kann.

Der Zudrang zu den Gymnasien und Universitäten ist gegenwärtig sehr gross. In der Hauptstadt sind die wissenschaftlichen Anforderungen, sowohl beim Eintritt in die Universität als beim Austritt aus derselben, in neuerer Zeit bedeutend gesteigert. Hinsichtlich der übrigen Universitäten wird man wohl noch nachsichtig sein müssen, so lange nicht auch die Gymnasien dem entsprechend mehr als bisher leisten.

Der Initiative der regierenden Kaiserin verdankt man die Errichtung von weiblichen Gymnasien in fast allen bedeutenden Städten des Reichs, die sehr zahlreich besucht werden. Die weibliche Jugend in Russland hat sich auch

---

[1]) Diese Entscheidung ist mittlerweile in Ems erfolgt, wo der Kaiser bekanntlich das Votum der Reichsraths**minorität**, welche sich für die Beibehaltung der klassischen Studien ausgesprochen, zum endgültigen Beschluss erhoben hat. Die Verlagshandlung.

vielfach an der Agitation für ihre Zulassung zu den Vorlesungen an der Universität betheiligt, und schon sind von den Professoren derselben einzelne Vorlesungen ausschliessend für Frauen eröffnet worden.

Auch die Zahl der Specialschulen nimmt jährlich zu und namentlich ragen unter ihnen die höheren Militair-Lehranstalten vortheilhaft hervor. Es giebt selbst eine Schule, in welcher junge Officiere zu Richtern für die Militair-Gerichte gebildet werden, da seit Einführung des öffentlichen und mündlichen Gerichtsverfahrens im Jahre 1864, das Bedürfniss von geschulten Richtern selbst für das Militair sehr gross geworden ist.

Gerichtswesen.

Die neue Process-Ordnung ist den liberalsten Institutionen des Auslandes nachgebildet und nun schon in einem grossen Theile des europäischen Russland und mit einigen Abänderungen auch in den kaukasischen Provinzen des Reichs eingeführt. Ihr grösster und bleibender Vorzug ist die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens, dieser Vorzug überwiegt alle sonstigen Unvollkommenheiten, die entweder dem Gesetze selbst ankleben oder aus noch bisweilen mangelhafter Ausführung desselben sich ergeben.

In seinem Grundgedanken fehlerhaft ist die Schöpfung einer zweifachen Justiz, der gewöhnlichen und der friedensrichterlichen. Sie haben beide einen ganz verschiedenen Instanzenzug und treffen nur im Cassations-Senat zusammen. Vor die Friedens- oder Einzelrichter gehören Streitsachen über bewegliches Vermögen bis zum Betrage von 500 Rubel. In Criminalsachen sind sie berechtigt, Strafen bis zu einjährigem Gefängniss und einer Busse von 300 Rubel zu dictiren.

Die Einzelrichter werden in den Städten von den Stadtgemeinden, auf dem Lande von den Provincialständen aus der Klasse der Grundbesitzer, die sich über einen gewissen Bildungsgrad ausweisen können, gewählt. Die Apellations-Instanz für die Einzelrichter bilden die Einzelrichter-Versammlungen, welche allmonatlich in jeder grösseren Stadt oder in jedem Kreise zusammentreten. Juristische Bildung wird nur von dem in diesen Versammlungen anwesenden Procureur verlangt.

Diese Friedensrichter-Versammlungen als Appellations-Instanz sind nach dem Beispiel Englands geschaffen worden; dabei ist aber ausser Acht gelassen, dass die Friedensrichter in Grossbritannien mit den russischen nichts als den Namen gemein haben. Jetzt wird bereits allgemein der Wunsch ausgesprochen, die Einzelrichter den ständigen Bezirksgerichten unterzuordnen, und es ist nicht zu bezweifeln, dass das in Kurzem geschehen wird.

Ebenso werden viele Stimmen gegen das, Frankreich entlehnte, Cassations-Verfahren laut, das die Thätigkeit der höchsten Instanz darauf beschränkt, in dem Verfahren der Unterbehörden Formfehler aufzusuchen. In Folge dessen werden oft die thatgemässesten Urtheile aufgehoben und viele Processe unnützer Weise in die Länge gezogen, indem der Cassationshof sie zu neuem Verfahren anderen Gerichtshöfen übergiebt, die meist das erste Urtheil bestätigen.

Das Cassationsverfahren ist vollständig begründet hinsichtlich der Aussprüche von Schwurgerichten, weil diese der gerichtlichen Fiction nach, untrüglich in Bezug auf die Thatfrage, nur ungültig sein können in Bezug auf etwaige vom Gerichtshofe begangene Fehler bei der Rechtsanwendung. Die Revisions-Instanz kann sich somit nur an diese halten. Sobald aber kein Urtheil von Geschworenen vorliegt, ist auch für die Revisions-Instanz kein Grund vor-

handen, nicht als Appellations-Behörde zu fungiren und selbst ein Endurtheil zu sprechen, statt die Sachen wiederum an Unterbehörden zu verweisen, wodurch sie nur unnützer Weise in die Länge gezogen werden. Aus diesem Grunde wird man sich wahrscheinlich bewogen finden, das Cassations-Verfahren in Civil-Processen nach dem Muster des preussischen einzurichten, wo wenigstens im Fall irrthümlicher Anwendung des Gesetzes die Cassations-Instanz selbst das Urtheil spricht, ohne die Sache an eine niedere Instanz zu verweisen. Vor Allem erscheint es widersinnig, die Urtheile der Einzelrichter einer Revision rein in formeller Beziehung zu unterwerfen, da das Gesetz ausdrücklich von ihnen verlangt, sich mehr von der Billigkeit als dem strengen Recht leiten zu lassen.

Grössere Uebelstände als aus den Unvollkommenheiten des Gesetzes selbst mögen wohl noch dadurch entstehen, dass bei dem Mangel an gebildeten Juristen die Regierung bisher genöthigt gewesen ist, die Richter-Aemter mit wenig erfahrenen Leuten zu besetzen. Insbesondere beklagt man sich über die Untersuchungsrichter die, meist sehr jung, ihrer schwierigen Aufgabe nicht immer gewachsen sind. Der Unerfahrenheit dieser Untersuchungsrichter wird hauptsächlich die grosse Zahl freisprechender Urtheile der Geschwornengerichte zugeschrieben, die im Publikum oft grosses Missfallen erregt. Weit schlimmer noch als die Freisprechung einzelner Schuldigen ist die Straflosigkeit der Verurtheilten.

Bis zum Jahre 1865 bestand in Russland Körperstrafe für alle nicht besonders von derselben ausgenommenen Klassen der Bevölkerung. Der Gefängnisse bedurfte es meist nur für die Untersuchungshaft, und ihre Zahl war daher sehr gering. Mit Aufhebung der Körperstrafe ist das Bedürfniss nach Gefängnissen gewachsen. Da es aber an Mitteln

7*

fehlt, sie in hinreichender Zahl und besonders für die Einzelhaft herzustellen und überdies noch mehr an Leuten, die zur Leitung derselben befähigt wären, so ist das Gefängnisswesen in dem elendesten Zustande, und mehr als irgendwo nur eine Schule des Lasters. Abgesehen davon ist die Haft für Obdachlose oft mehr eine Wohlthat, denn eine Strafe. Jedenfalls entspricht sie in den meisten Fällen keinem einzigen der drei vernünftigen Erfordernisse der Strafe. Sie macht, wenn nicht auf Lebenszeit verfügt, den Verbrecher nicht unschädlich; sie bessert ihn nicht; und hat für die grosse Masse des rohen Volkes nichts Abschreckendes.

An die Stelle langjähriger Haft tritt meistens Verschickung, sei es in eine vom Domicil des Verbrechers entfernte Provinz, oder nach Sibirien, und zwar entweder zur freien Ansiedelung oder zur Zwangsarbeit. Was letztere anbetrifft, so besteht sie in Sibirien, seit die Bergwerke in Nertschinsk eingegangen sind, eigentlich nur noch nominell, und die Beaufsichtigung der Sträflinge ist dabei so mangelhaft, dass ein grosser Theil derselben Mittel findet zu entkommen und sogar in die Heimath zurückzukehren. Was die zur Ansiedlung Verurtheilten anbetrifft, so vermiethen sie sich meist bei den Goldwäschen und concurriren hier vortheilhaft mit den freien Arbeitern, die zu demselben Zweck aus dem Innern Russlands zu Tausenden herbeiströmen. Vor diesen haben die Verbrecher sogar den Vortheil voraus, dass sie die weite Reise nicht auf eigene Kosten zu machen nöthig gehabt haben.

Man denke sich nun ein Volk, das Jahrhunderte lang unter dem harten Druck der Leibeigenschaft und eines strengen Polizeiregiments geschmachtet, plötzlich dieser Fesseln entledigt, im Angesicht der Thatsache einer unvollkommenen Handhabung der Justiz, und man wird erstaunen, dass in Russland die Zahl der Verbrecher bisher in nicht

noch weit grösserem Maasse gestiegen ist, als dies in Wirklichkeit der Fall. Immerhin ist die Vermehrung derselben sehr bedeutend. So war früher Strassenraub ein in Russland kaum erhörtes Verbrechen. Jetzt wiederholt er sich häufig. Eine genaue Statistik der Verbrechen wird man übrigens erst dann erhalten, wenn das neue Gerichtsverfahren längere Zeit in Bestand gewesen.

Die Körperstrafe durfte, in der barbarischen Weise wie sie früher in Russland gehandhabt wurde, gewiss nicht beibehalten werden; sie aber aus dem Gesichtspunkte, dass sie entehre, vollständig abzuschaffen, war jedenfalls ein logischer Fehler. Denn nicht die Strafe entehrt, sondern das Verbrechen. Gewiss muss die Strafe stets dem Verbrechen und auch dem Bildungsgrad des Verbrechers angepasst werden. Dem Einen scheint entehrend, was den Andern kaum berührt. Es darf auch keine entehrende Strafe auf eine nicht entehrende Uebertretung des Gesetzes erfolgen. Wer wollte z. B. das Duell mit Peitschen-Hieben ahnden? Ebenso kann die Uebertretung von Censur-Vorschriften nicht als ehrenrührig gelten. Entehrend sind nur Vergehen gegen die Gesetze der Moral. Uebertretungen politischer Verordnungen können weit staatsgefährlicher sein als jene, aber entehrend sind sie nicht. Daher sind nur für erstere Strafen zulässig, die mit einer Schädigung der körperlichen Ehre verbunden sind. — Die Körperstrafen haben grosse Vorzüge vor anderen. Sie können der That auf dem Fusse folgen, sie legen der Gesellschaft die geringsten Opfer auf, sie treffen nicht zugleich mit dem Schuldigen seine Angehörigen, sie schrecken ab und bessern oft.

Darum wäre es höchst wünschenswerth, in Russland die Leibesstrafen wieder einzuführen, aber nur in der Art, wie sie z. B. in der preussischen und russischen Armee bestehen, nämlich, dass nur Diejenigen, welche in Folge eines

ersten Vergehens ihrer Ehre für verlustig erklärt worden sind, bei etwaigem Rückfall körperlich gezüchtigt werden.

Nur auf diese Weise lässt sich der überhandnehmenden Zuchtlosigkeit steuern und Russland vor den Folgen eines unheilvollen Strafsystems bewahren, an dem ganz Europa leidet und das bei der Rohheit des russischen Volks und den geringen Mitteln, die das Land besitzt, um ein geordnetes Gefängnisswesen einzuführen, die traurigsten Folgen haben muss. Ueberhaupt bedarf der 1845 erschienene Criminal-Codex einer gänzlichen Umarbeitung, und auch die Civilgesetzgebung ist durch die neuen Einrichtungen so vollständig durchlöchert, dass die baldige Abfassung eines neuen Gesetzbuchs dem Lande dringend Noth thäte.

Welches aber auch die Unvollkommenheiten sein mögen, die der Handhabung des Rechts im gegenwärtigen Augenblick noch anhaften, immerhin kann die Justizreform als die fruchtbringendste aller Neuerungen der gegenwärtigen Regierung betrachtet werden. Durch die Oeffentlichkeit des Prozesses in allen Instanzen werden dem Volke erst seine Rechte und Pflichten zum Bewusstsein gebracht. Der gemeine Mann hatte z. B. bisher gar keinen Begriff von der Heiligkeit eines Contracts. Allgemein sind die Klagen der Arbeitgeber, dass die Arbeiter sich entweder nicht zur bestimmten Zeit stellen oder willkürlich die Arbeit im Stich lassen. Nur die öffentliche Rechtspflege kann ihnen allmählich geläuterte Ansichten in dieser Beziehung beibringen. Bisher war die Justiz in Russland nur eine blinde Göttin.

Wenden wir uns nun zur Verwaltung.

Verwaltung.

In einem so dünn bevölkerten Lande wie der grösste Theil Russlands, ist eine gute Administration unmöglich. Denn während die Zahl der Verwaltungs-Organe sich zum

Theil nach der Ausdehnung des Landes richtet, welches sie zu überwachen und zu durchreisen haben, hängen die Mittel, die man ihnen gewähren kann, von der Zahl und der Steuerkraft der Bewohner ab.

So lange die Leibeigenschaft bestand, war die örtliche Polizei in den Händen der Grundbesitzer. Bei Aufhebung derselben hat man diese zum Theil durch Beamte aus dem Bauernstande ersetzt, denen man bedeutende administrative und richterliche Funktionen beilegte. Die Erfahrung hat jedoch die vollkommene Unhaltbarkeit dieser Organisation dargethan.

Die russische Dorfgemeinde bildet eine innig unter einander verbundene Gemeinschaft. In den gross-russischen Provinzen sind die Glieder derselben durch gemeinsamen Grundbesitz an einander gekettet, überall aber durch solidarische Haftpflicht in Bezug auf ihre Leistungen an die Regierung.

Dieser Gemeinde, die einen homogenen Körper bildet, das Recht der Selbstverwaltung zu gewähren, ist gewiss nur billig, zumal sie bei der genauen Kenntniss, welche ein jedes Glied von den Angelegenheiten der Gemeinde und aller ihrer Glieder hat, das Vermögen der gewählten Aeltesten nicht übersteigt. Die von dem Gesetz anerkannte Selbstverwaltung der Dorfgemeinde ist daher auch vollkommen berechtigt. Sie wurzelt tief in der Gewohnheit und den Sitten des Volks, das bei schwach ausgebildeter individueller Selbständigkeit seinen Halt lediglich in der Gemeinde findet[1]).

---

[1]) Es wird behauptet, das mächtigste Band, welches die Glieder der Gemeinde umschlinge, sei der Gemeinde-Besitz. Mit Aufhebung desselben gingen die Interessen derselben auseinander. Das ist gewiss wahr, aber es wäre kaum zu rechtfertigen, wollte man die ökonomische Entwickelung des Volkes seiner politischen Organisation opfern. Uebrigens, wenn auch Felder und Wiesen getheilt würden, so könnte die Weide immer gemeinsam bleiben.

Etwas ganz Anderes ist der künstlich geschaffene Gau (Wolost genannt), eine Vereinigung mehrerer Dorfgemeinden, zusammen gegen 2000 männliche Seelen umfassend, die eine Gemeinde in höherem Sinne, mit selbstgewählten Aeltesten und Richtern, bildet.

Diese Organisation hat sich überall als eine vollständige Fehlgeburt erwiesen, denn kein natürliches Band schlingt sich um solche zusammengewürfelte Dörfer, und die Spitzen derselben ermangeln der nöthigen Bildung, um die ihnen auferlegten Pflichten zu erfüllen. Wenn die Gau-Instanz durchaus nothwendig, so muss sie aus Beamten gebildeter Stände bestehn.

Im Jahre 1864 erschien ein Gesetz, demzufolge in 30 Provinzen des Reichs Versammlungen aus Abgeordneten aller Einwohner einer jeden derselben, nebst ständigen Kreis- und Provinzial-Ausschüssen, geschaffen wurden. Diesen Provinzial-Ständen wurde die Selbstverwaltung in weitestem Sinn zugesprochen. Sie haben die directen Steuern des Staats zu vertheilen und zu erheben, und das Recht der Zuschlag-Besteuerung zur Deckung der örtlichen Ausgaben. Sie besorgen die Aushebung der Militairpflichtigen, bestimmen die Naturalleistungen, unterhalten die Postver-

---

In den deutschen und englischen Gemeinden ist die Zahl der zu versorgenden Armen oft so gross, dass die Gemeinde unter der Last dieser Verpflichtung erliegt, während in Russland, bei ungetheiltem Land-Besitz, die Zahl der Proletarier sehr gering ist. Dasselbe ist aber auch in den Vereinigten Staaten Nordamerikas der Fall, wo keine Gemeinsamkeit des Grundbesitzes herrscht. Die Ursache ist aber, dass in Russland und Amerika das Feld für die menschliche Thätigkeit noch unbegrenzt, im westlichen Europa dagegen schon sehr beschränkt ist. In Amerika ist die Selbstregierung der Gemeinden nicht weniger ausgebildet als in Russland, aber mit dem Unterschiede, dass sie dort auf freier Vereinbarung, hier auf Gewohnheit beruht und an der Scholle, der gemeinsamen Feldmark, haftet. Die Menschen, welche dieselbe inne haben, sind nur ein Zubehör derselben. Hört diese Feldmark auf, ein geschlossenes, untheilbares Ganze zu bilden, so muss unstreitig die Gemeinde auf einem anderen Princip erbaut werden.

bindung, die Wege. Auf ihnen ruht die Versorgung der Bedürftigen, der Kranken, der Unterhalt der Gefängnisse, die Anlage von Vorraths-Magazinen, von Elementarschulen, die Wahl der Einzelrichter und die Anfertigung der Listen der Geschwornen.

Ihre Rechte sind, wie man sieht, gesetzlich sehr ausgedehnt, grösser als in den meisten anderen Ländern; aber in der Ausübung derselben sind sie vielfach durch die Einmischung der Verwaltungs-Beamten beschränkt, welche durch manche Uebergriffe einzelner Provinzialversammlungen hervorgerufen worden ist. Diese Einmischung scheint den Eifer der Deputirten dermassen abgekühlt zu haben, dass sehr oft Versammlungen, aus Mangel an der erforderlichen Zahl von Theilnehmern, nicht zu Stande kommen.

Mag aber auch die Wirksamkeit der Provinzialversammlungen bisher eine noch sehr unbedeutende gewesen sein, immerhin sind deren ständige Ausschüsse ein sehr nützliches Glied im administrativen Organismus des Staats, dessen Bedeutung mit der Zeit nur wachsen kann. Sehr fühlbar zwar für die Steuerzahler ist die seit Einführung der Provinzialstände bedeutend gewachsene Last der Localabgaben. Fast überall aber haben sich die Repräsentativ-Verfassungen als die theuersten erwiesen.

Wenn die Provinzialstände bisher in ihrem Kampf gegen die Administration unterlegen sind, so ist mit Gewissheit vorherzusehen, dass sich allmählich dies Verhältniss naturgemäss ändern muss. Dann werden die Versammlungen in den Vollgenuss der Rechte treten, die ihnen der Gesetzgeber so reichlich zugemessen.

Neben öffentlichem und mündlichem Gerichtsverfahren und der Selbstverwaltung, hat die Regierung noch zu einem dritten Mittel gegriffen, um die schlummernden Geister des Volkes zu wecken. Wir meinen die freie Presse.

Presse.

Seit 1865 ist die Censur für die periodische Literatur in den beiden Hauptstädten aufgehoben und Druckschriften, die über 20 Bogen zählen, einer solchen überhaupt nicht mehr unterworfen. Für Provinzialblätter besteht noch die Präventiv-Censur. Als Repressivmaassregel für die in den Residenzen erscheinenden Zeitungen ist das frühere französische System der Verwarnungen angenommen. Neuerdings haben die vielen freisprechenden Erkenntnisse der Gerichte Autoren gegenüber, gegen welche die Pressbehörde Anklage erhoben, die Regierung veranlasst, in der Ueberzeugung, dass die gegenwärtigen Repressivgesetze bei weitem nicht ausreichend seien, eine Commission mit der Ausarbeitung einer neuen Pressordnung zu beauftragen.

Die gegenwärtige Redaction der Moskauer Zeitung hat das grosse Verdienst, seit dem Jahre 1863 einen Ton angeschlagen zu haben, der in der ganzen russischen Literatur seitdem lebendigen Nachhall gefunden und diese zu einer durchaus regierungsfreundlichen und dabei nationalen gemacht hat. Das war bis dahin nicht der Fall gewesen. Unter dem Druck des früheren Regiments hatten sich viele gefährliche Elemente angehäuft, die heimlich die Gesellschaft unterwühlten. Die russische Emigration nährte durch Brandschriften die Unzufriedenheit, welche polnische Emissaire im Innern schürten. Der Ausgang des Krimkrieges hatte die Nation gedemüthigt und ihr die Fehler der dreissigjährigen Regierung des Kaisers Nicolaus aufgedeckt. Die Bauernemancipation hatte den Adel geschädigt und aufgebracht. Die Ohnmacht der Regierung dem polnischen Aufstande gegenüber, ihre schwankende, unsichere Politik entkleideten sie aller Autorität.

Da erhob die Moskauer Zeitung das Banner der Natio-

nalität, und verlangte energische Unterdrückung des polnischen Aufstandes mit Zurückweisung aller fremden Einmischung. Der Sieg hob das nationale Gefühl, vor ihm verstummte alle Opposition, alle geheimen Wühlereien verschwanden und die Regierung, mächtiger als jemals, betrat kühn die Bahn der Reformen, die allen beweglichen Geistern ein weites Feld der Thätigkeit eröffneten. Wenn dennoch in der neuesten Zeit wiederum geheime Gesellschaften mit verbrecherischen Zielen entdeckt worden sind, so sind das nur Auswüchse, die in der grossen Masse des Volkes nicht den geringsten Anklang finden.

Die Zeitungen haben sich oft Angriffe gegen einzelne, selbst sehr hoch gestellte Beamte der Regierung erlaubt, sie haben gewisse ihnen missliebige Tendenzen und Vorschläge mit grosser Heftigkeit getadelt; sobald aber eine Maassregel allendlich von der Regierung angenommen war, haben sie mit vielem Takt sich jeder Bemerkung über dieselbe enthalten.

Das Verdienst dieser maassvollen Haltung gebührt unstreitig dem talentvollsten der russischen Zeitungsschreiber, dem Redacteur der Moskauer Zeitung, Katkoff. Dennoch wäre es sehr gewagt, von der Erfahrung der letzten 7 Jahre ausgehend, daraus einen Schluss auf die Ungefährlichkeit und Zulässigkeit einer freien ungehinderten Presse in Russland ziehen zu wollen. Sie ist ungefährlich nur dort, wo das Volk sich selbst regiert und ausser sich Niemanden für den Gang seiner Angelegenheiten verantwortlich machen kann. Ist das Letztere aber der Fall, so werden auf die Länge die Machthaber, von dem Neide der Niedrigerstehenden unterwühlt, den Angriffen der Presse erliegen müssen.

In ihrem Eifer aber für Kräftigung des Staats und Aufrichtung der russischen Nation, sind die Redacteure

der Moskauer Zeitung und ihre Nachbeter in den Fehler der Selbstüberhebung verfallen. Nicht zufrieden damit, der in der Krim und in Polen gedemüthigten Nation Muth eingesprochen und sie zum Siege geführt zu haben, bereden sie nun das russische Volk, dass ihm allein die Zukunft der Welt gehöre und dass diese, wie schon Napoleon I. vorher gesagt, zu ihrem Heil kosakisch werden müsse. Der Anfang wird natürlich mit denjenigen fremden Nationalitäten gemacht, welche dem Scepter Russlands unterworfen sind. Hass gegen alles Fremdländische ist die Parole; alles Russische dagegen wird in den Himmel erhoben, und jeder, auch der leiseste Tadel in letzter Beziehung als Verbrechen behandelt.

Zeitungen, die einmal eine so widersinnige Richtung betreten haben, können nicht auf halbem Wege stehen bleiben Sie erhitzen ihre Leser immer mehr und diese verlangen täglich nach neuem Kitzel. Zum Glück haben sich auch in der russischen Literatur vielfach Stimmen gegen das herrschende Unwesen erhoben und ihre Zahl steigt mit jedem Tage. Die Regierung, welche jenem Treiben bisher ruhig zugesehen, scheint endlich zur Ueberzeugung gelangt zu sein, dass es die höchste Zeit ist, ihm ein Ende zu machen. Aber sie ist ohnmächtig einer Geistesrichtung gegenüber die gegenwärtig fast die ganze Nation ergriffen hat und von der selbst ein Theil ihrer eigenen Glieder mit fortgerissen wird. Die Presse hat einen Sturm herauf beschworen, den sie nicht rechtzeitig zügelte und den sie gegenwärtig nicht mehr zu bewältigen im Stande ist. Nur wenn die Regierung sich über ihre Zwecke und die Mittel zur Erreichung derselben vollkommen klar wäre, und in dieser Beziehung ein Programm veröffentlichte, könnte sie der Presse jede Kritik desselben verbieten. So lange sie aber selbst schwankt und sich von den Wogen der s. g. öffentlichen Meinung treiben

lässt, wird das Feuer von der Presse immer wieder geschürt werden, da diese darin den mächtigsten Hebel ihres Einflusses findet.

In den öffentlichen Blättern machten sich noch vor Kurzem zwei Parteien bemerkbar, die man auch als Progressisten und Retrograde bezeichnet. An ihrer Spitze standen die Moskauer Zeitung einerseits und die Wjest andererseits. Ursprünglich trat der Gegensatz zwischen ihnen darin hervor, dass die Einen vor Allem die geistige Entwickelung, die Anderen dagegen nur den materiellen Fortschritt des Landes im Auge hatten. Da die Reformen der gegenwärtigen Regierung sich besonders auf ersterem Gebiete bewegen und ihr günstiger Einfluss auf demselben deutlich zu Tage tritt, so erschien die Moskauer Zeitung nebst ihrem Anhange in Bezug auf die öffentlichen Zustände optimistisch gesinnt, während die Gegner, welche auf dem Standpunkt der materiellen Entwickelung standen, dem herrschenden System gegenüber sich feindlich verhielten.

Aus dem Wohlgefallen der Moskauer Zeitung aber und ihrer Partei an der Gegenwart folgte natürlich auch Stolz auf die Nation, in deren Mitte so Grosses geleistet worden, und somit häufige Selbstüberhebung.

Die Partei der schmollenden Conservativen kann jetzt als verschwunden angesehen werden. Ihr Organ, die Wjest, hat sich nicht halten können. Auch hat sich in Wahrheit durch den beschleunigten Eisenbahn-Bau der materielle Wohlstand des Landes so sehr gehoben, dass die Klagen allmählich verstummten. Jetzt richten sich die Wünsche der Unzufriedenen vorzüglich auf die Erlangung einer Repräsentativ-Verfassung.

Politik gegenüber den westlichen Provinzen.

Am augenfälligsten treten die Einflüsse der nationalen Partei auf die Regierung in Bezug auf das Verhalten der letztern gegenüber den westlichen Grenzprovinzen des Reichs, den deutsch-baltischen sowol als den vormals polnischen, hervor.

Den Anstoss zu der gegenwärtigen Politik gab der polnische Aufstand im Jahre 1863. Bis dahin hatte man, mit Ausnahme der während der Regierung des Kaisers Nicolaus betriebenen massenhaften Conversion zur griechisch-russischen Kirche, in den Verhältnissen jener Provinzen zum Reich keine bedeutenden Veränderungen vorgenommen. Das Königreich Polen bewahrte fast vollständige Autonomie, die neun einst dazu gehörigen Provinzen waren allen übrigen des Reichs gleichgestellt, und die baltischen regierten sich nach althergebrachten Rechten. Wo unter dem verstorbenen Kaiser der Bogen zu straff angespannt schien, wurde er, in Folge der humanen Gesinnung des gegenwärtigen Monarchen, überall nachgelassen. — Der unselige Aufstand des Jahres 1863 bewies, wie wenig die Polen solcher Milde würdig waren, und die Regierung musste daher, nach Niederkämpfung desselben, eine neue Politik einschlagen. Diese war durch die Verhältnisse selbst geboten. In den neun vormals polnischen Provinzen besteht die Bevölkerung aus 10,600,000 Einwohnern, von denen fast 7 Millionen zur griechisch-orthodoxen Kirche gehören, $2^1/_2$ Millionen Katholiken und eine Million Juden sind. Der Grundbesitz war fast ausschliesslich in den Händen des polnischen Adels katholischer Religion. In den Städten herrschten die Juden vor.

Der Aufstand hatte nur bei dem katholischen Theil der

Bevölkerung und vorzugsweise bei dem Adel und der Geistlichkeit Unterstützung gefunden. Die Bauern russischer Nationalität hatten fast überall zur Regierung gehalten.

Eine Bevorzugung der treugebliebenen Bevölkerung auf Kosten der aufständischen, war die natürliche Folge des Sieges, und diese Bevorzugung musste um so mehr die bleibende Politik der Regierung werden, als der Hass zwischen Polen und Russen bereits zu tiefe Wurzel geschlagen hat, die Unabhängigkeits-Träume der Polen zu unvertilgbar sind, als dass auf eine baldige Versöhnung zu hoffen wäre. Ueberdiess kann der Katholicismus, mit seinem Anspruch auf ausschliessliche Geltung, sich unmöglich mit der russischen Staatskirche verständigen, die den gleichen Anspruch erhebt.

Somit ward von Seiten der Regierung sowol als der öffentlichen Meinung in Russland der polnischen Nationalität und vor Allem den polnischen Landeigenthümern und der katholischen Geistlichkeit der Krieg erklärt.

Dass bei diesem Kriege unzählige Ungerechtigkeiten vorkommen, persönlich am Aufstande ganz Unbetheiligte, ja ihm vollkommen feindlich Gesinnte, in's Unglück gestürzt werden, kann nicht geleugnet werden, doch das sind die unvermeidlichen Folgen eines jeden Krieges.

Die Mittel, welche die Regierung zur Schmälerung des polnischen Elements ergriff, sind: das Verbot, welches in Zukunft alle Polen von der Erwerbung neuen Grundeigenthums ausschliesst; erhöhte Besteuerung des Landes polnischer Eigenthümer; reichliche Landvertheilung an die Bauergemeinden auf Kosten ihrer früheren Grundherrn, jedoch mit Entschädigung derselben; Beseitigung jedes Einflusses der bisherigen Grundherren auf die Bauern; Entfernung der Polen aus dem Staats- und Gemeinde-Dienst; Einziehung der Klöster und endlich gewaltsame Einführung

der russischen Sprache im öffentlichen Verkehr, in der Schule und wo möglich auch im Gottesdienst.

Welche Erpressungen die Ausführung dieser Maassregeln in einem im Kriegszustande befindlichen und der Willkür eines Schwarmes russischer Beamten preisgegebenen Lande begleiteten, lässt sich leicht denken.

Die unausbleibliche Folge solcher Zustände ist eine vollkommene Zerrüttung aller Verhältnisse, das Darniederliegen der Landwirthschaft und jedes Unternehmungsgeistes, allendliche Verarmung des Landes.

Eine Besserung ist kaum vorauszusehen. Besässe Russisch-Polen gleich dem preussischen, ein hochgebildetes Hinterland, dessen überströmende Kräfte einen Abfluss nach Aussen suchen, so könnte Russland, nach dem Beispiel Preussens, hoffen, den Grundbesitz aus den Händen der Polen allmählich in jenen von Russen übergehen, russische Handwerker sich in den Städten niederlassen, russische Gutsverwalter in die Stelle der polnischen rücken zu sehen. Die colonisatorische Ohnmacht Russlands, von Osten nach Westen zu, hat sich aber nie deutlicher erwiesen als in diesen polnischen Provinzen. Trotz der Vortheile, welche die Regierung neuen Ansiedlern aus Russland bietet, erscheinen keine, trotz der niedrigen Preise, zu welchen die den polnischen Eigenthümern abgenommenen Güter ausgeboten werden, giebt es keine Käufer, und man ist endlich genöthigt, dieselben an Beamte zu vertheilen, um eine Classe russischer Grundbesitzer wenigstens auf dem Papier zu schaffen. Bisher ist in Wahrheit nur die vollkommene Verarmung des polnischen Adels und somit die Entblössung desselben von allen Mitteln zu einer etwaigen Schilderhebung erreicht; wird dieser Zustand aber dauernd, so straft die Regierung sich selbst, indem sie einen so bedeutenden Theil des Reichs zum Bettel verurtheilt; denn die

dortige bäuerliche Bevölkerung ist von Alters her dermaassen verkommen, dass viele Generationen vergehen werden, ehe sie von der ihr gewordenen Freiheit einen erspriesslichen Gebrauch wird machen können. Lebensfähig sind daher in jenen Provinzen nur noch die Juden, aber auch diese verarmen, denn sie lebten bisher auf Kosten der übrigen Bevölkerung, namentlich des Adels, der nichts mehr mit ihnen zu theilen hat. Die Fähigkeit der Juden aber, durch eigene Arbeit neue Werthe zu schaffen, ist bisher noch sehr zweifelhaft. Rathsam wäre es übrigens, den Juden das Recht einzuräumen, Grundbesitz zu erwerben, da ihnen allein die Mittel zu Gebote stehen, den Adel in demselben abzulösen. Jedenfalls würde hiedurch eine Classe von Grundeigenthümern geschaffen, auf deren Geneigtheit die Regierung in jedem Falle zählen könnte.

Es sind im Jahre 1869 9000 Katholiken zur Staatskirche übergetreten. Wäre das ein Beweis für den sinkenden Einflusss der katholischen Kirche, so würde dadurch ein nicht unbedeutendes Resultat erreicht sein. Es ist aber eher zu vermuthen, dass der äussere Druck den Eifer der Katholiken nur noch mehr anfachen werde. Zweckmässig scheint es, den Gottesdienst in russischer statt in polnischer Sprache dort abhalten zu lassen, wo die Bauer-Gemeinden russisch sind, wie dies in dem grössten Theile der westlichen Provinzen der Fall. Ebenso ist gewiss kein Grund vorhanden, in den Schulen dieser Gemeinden den Unterricht in polnischer Sprache zu gestatten. Den Polen aber den Gebrauch ihrer Sprache zu untersagen, wie es gegenwärtig geschieht, ist widersinnig und führt nur zu Hass und Heuchelei. —

In Irland spricht, mit Ausnahme der Ungebildetsten, Jedermann englisch, wie in Böhmen fast ein Jeder deutsch, und doch ist dieser Umstand bisher von keinem Einfluss

auf die Sympathien der Iren und Böhmen für das herrschende Volk gewesen. Es haben aber Holland Belgien, Dänemark Holstein, Piemont Savoyen verloren, weil sie diesen Ländern ihre Sprache aufdringen wollten. Es steht natürlich nicht zu befürchten, dass die westlichen Provinzen, in denen die Minderzahl, obgleich der gebildetste Theil der Bevölkerung, polnischen Ursprungs, sich jemals von Russland trennen werden, aber die Sprachverfolgung ist zwecklos und schürt nur den Hass zwischen Nationen, die einmal daraut angewiesen sind, mit einander zu leben. Selbst die Erziehung in d n Lehranstalten des russischen Reichs hat die Polen nicht zu Russen gemacht, und viele der Spitzführer des letzten Aufstandes waren Zöglinge Petersburger Lehranstalten.

Bei dem ungünstigen Erfolg der meisten, bisher von der Regierung in den Westprovinzen ergriffenen Maassregeln ist es sehr erklärlich, dass die mit ihrer Ausführung betrauten höheren Beamten in ihrer Haltung schwankend sind und nicht selten nur widerwillig an ein Werk gehen, dessen Ziellosigkeit und offenbare Ungerechtigkeit ihnen bei näherer Anschauung einleuchtet. Daher eine grosse Unsicherheit in der Handhabung der Verordnungen und beständiger Wechsel der Beamten, wodurch die Verwirrung nur noch gesteigert wird.

Die Maassregeln, welche in den westlichen Provinzen so wenig Erfolg versprechen, werden dennoch jetzt auch auf das Königreich Polen ausgedehnt, wo man es mit einer einheitlichen, rein polnischen Bevölkerung von 4,354,000 zu thun hat, während die Gesammtbevölkerung des Landes 5,730,000 beträgt, von denen 766,000 Juden sind. Folgerichtig war, dass man nach dem letzten Aufruhr den Bauerstand, welcher am wenigsten Neigung dazu gezeigt hatte, zum Eigenthümer des Bodens machte, den er bisher als Pächter be-

baut hatte, und den bisherigen Grundbesitzern für ihr Land nur eine spärliche Entschädigung anwies; denn diese mussten der Mittel zu ferneren Revolutionen beraubt werden. Ebenso gerechtfertigt war die Einziehung der geistlichen Güter und die Aufhebung der Klöster, in denen von jeher der Sitz aller Umtriebe gegen die Regierung gewesen war. Zweifelhafter ist, ob man wohlgethan, die Verwaltung Polens in St. Petersburg zu centralisiren, da die Eigenthümlichkeiten des Landes jedenfalls noch lange besonderer Berücksichtigung bedürfen, welche ihnen aus der Ferne nicht in dem erforderlichen Maasse zugewendet werden kann. Jedenfalls aber ist die Einführung der russischen Sprache in Behörden, Schulen und in der Universität ein Fehler, der nur üble Folgen haben kann. Eine Cultursprache, wie die polnische, lässt sich nicht verdrängen. Der Versuch dazu erbittert. Wer Hass säet, wird nie Liebe ernten.

Zur Vertheidigung des Verhaltens der russischen Regierung, Polen gegenüber, wird angeführt, dass man zu wiederholten Malen versucht hätte, das Volk durch Güte zu gewinnen, jetzt aber die Ueberzeugung gewonnen habe, dass es nur durch Gewalt niedergehalten werden könne. Darum habe man das Land zu einer festen, militärischen Position ausersehen, durch welche auch die Polen in den russischen Provinzen gezügelt würden.

Diese Ansicht ist höchst einseitig. —

Man kann auf die Länge weder das Königreich Polen noch die Westprovinzen militärisch regieren. Dazu reichen die Steuerkräfte des übrigen Russland nicht aus. Zu den allgemeinen, stets steigenden Lasten des Reichs können aber diese Länder nur dann verhältnissmässig beisteuern, wenn sie nicht geistig und wirthschaftlich getödtet werden, wie es gegenwärtig geschieht. Ferner aber sind sie unter den obwaltenden Umständen ein Hemmschuh

für die Entwickelung des ganzen russischen Reichs. Denn je inniger man sie mit diesem zu verschmelzen Willens ist, desto eifriger wird man darauf bedacht sein müssen, in ihnen alle dieselben Neuerungen und Institutionen einzuführen, deren das übrige Reich allmählich theilhaft wird. Je liberaler aber diese Institutionen sind, desto weniger wird man sich entschliessen können, sie den Polen zu gewähren und folglich in Rücksicht auf das Princip der Uniformität sie auch den Russen vorzuenthalten genöthigt sein.

Endlich verbittert nichts so sehr den Charakter einer Regierung, als die Nothwendigkeit, gegen einen Theil ihrer Unterthanen stets Gewaltmaassregeln anwenden zu müssen. Unwillkürlich erhält dadurch ihre ganze Physiognomie eine düstre Färbung.

Schon aus diesen Gründen wäre es wünschenswerth, dass Russland von dem Königreich Polen befreit würde, das wie ein Alp auf die Regierung drückt und am Mark des Landes zehrt. Ein Tausch desselben gegen den östlichen, ruthenischen, Theil Galiziens böte, wie es scheint, das einfachste Mittel, das polnische Element wenn nicht aus dem Reich ganz auszustossen, so doch unschädlich zu machen, denn gestützt auf die russische Landbevölkerung in seinen westlichen Provinzen, brauchte der Staat auf die daselbst in der Minorität vorhandenen Polen um so weniger Rücksicht zu nehmen, als durch einen Tausch der an russische Officiere und Beamte im Königreich Polen vergebenen Majorate gegen noch von Polen besessene Güter in den Westprovinzen das russische Element in den letzten bedeutend consolidirt werden könnte. Auch würde dann wol die Regierung ihrer thörichten Furcht vor deutscher Einwanderung in die westlichen Provinzen sich entschlagen und einsehen, dass deutsche Capitalisten die meiste Aussicht bieten, die polnischen Grundbesitzer abzulösen, und nur

deutsche Handwerker im Stande sind, die Städte zu beleben und mit Juden und Polen in Wettstreit zu treten. Dann wird auch eine etwaige nationale Bewegung unter den Polen von keinem Einfluss mehr auf die angrenzenden russischen Provinzen sein, in denen jetzt noch so Manche hoffnungsvoll nach Warschau und Lemberg hinüberblicken.

Wenden wir uns jetzt von Polen zu den Ostseeprovinzen Russlands, mit denen sich die Literatur Deutschlands in neuester Zeit so vielfach beschäftigt hat.

Seit dem polnischen Aufstande hat die Regierung, im Einklange mit der öffentlichen Meinung in Russland, auch auf die baltischen Provinzen den Grundsatz der Russificirung anwenden wollen, in der Ueberzeugung, dass nur Einheit der Sprache und womöglich der Religion im Stande sei, diese Provinzen an das übrige Reich zu ketten.

Uns scheint aber sowohl die Richtigkeit als die Ausführbarkeit dieser Idee, und selbst die Berechtigung zu ihrer Verwirklichung zweifelhaft. Es ist nicht zu leugnen, dass im Allgemeinen eine Bevölkerung von einheitlicher Abstammung, Sprache und Religion fester als eine zusammengewürfelte aneinanderhält. Nie aber lässt sich künstlich und am wenigsten durch Gewalt eine Einheit schaffen, welche die Natur nicht gegeben, und der die Geschichte nicht ihren Stempel aufgedrückt.

Aus Deutschen, Letten und Ehsten, den Bewohnern des baltischen Litorals, Russen machen zu wollen, ist daher vollkommen widersinnig. Der Sprachzwang allein aber schafft, wie schon oben bemerkt, kein Bindemittel. Die Verwerflichkeit religiöser Propaganda braucht nicht bewiesen zu werden. Angenommen aber, dass durch die im Werke begriffene Russificirung der Zweck einer äussern Annäherung der Ostseeprovinzen an das übrige Russland erreicht würde, so liessen sich die zu diesem Behufe ange-

wandten Zwangsmaassregeln doch nur aus dem Gesichtspunkt der Selbstvertheidigung rechtfertigen. Ist dieser Gesichtspunkt aber das Motiv jener Maassregeln, so stellt sich die Russificirungspartei damit ein Zeugniss kläglicher Armuth aus. Sie misstraut der Anziehungskraft des mächtigen Russlands auf seine Grenzprovinzen, selbst wo, wie dies bei dem Ostseestrande der Fall, die materiellen Interessen derselben innigst mit dem russischen Hinterlande verknüpft sind.

Einheit der materiellen und geistigen Interessen ist aber oft ein wichtigeres Bindemittel, als Sprache und Abstammung. So z. B. waren die Elsässer, obgleich Deutsche durch politische Interessen fest an Frankreich gekettet, und die Bewohner des Schweizer Cantons Tessin, der geographisch, sprachlich, commerciell zu Italien gehört, halten ihre Schweizer Freiheiten so hoch, dass das einheitliche Italien bei ihnen nie die geringsten Sympathien gefunden hat.

Die Moskauer Russificatoren gestehen, dass die Bewohner der baltischen Provinzen in den Reihen der russischen Armee von jeher mit der grössten Auszeichnung gekämpft[1]) und überhaupt ihre Pflicht der Regierung gegenüber stets tadellos erfüllt haben, also in keiner Hinsicht mit den Polen in eine Kategorie gestellt werden können. Sie behaupten aber, dass bei dem unaufhaltsamen Vordringen des Germanenthums ein Kampf zwischen Slaven und Deutschen auf die Dauer unvermeidlich sei und dass es darauf ankomme, schon jetzt sich zu demselben vorzubereiten. Zu diesem Zweck sollen die Letten und Ehsten dem germanisirenden Einfluss der Deutschen in den Ostseeprovinzen entzogen und wo möglich ins russische Lager

[1]) Das Verhältniss der gegenwärtig in der russischen Armee dienenden Deutschen stellt sich wie folgt: Gemeine 2%, Oberofficiere 24%, Stabsofficiere 58%, Generale 74%.

übergeführt werden. Auf eine Russificirung der 200,000 Deutschen in den Ostseeprovinzen hofft in Wahrheit Niemand, nur die auf einer verhältnissmässig niedrigen Stufe der Civilisation stehenden Letten und Ehsten glaubt man für die russische Cultur, die für sie noch immer einen Fortschritt enthalte, gewinnen zu können.

Dass dadurch eine Bevölkerung von 1½ Millionen systematisch der Verdummung geweiht wird, dass der russische Priester den lutherischen Pfarrer nicht zu ersetzen im Stande ist, der geistig lähmende Einfluss der griechischen Kirche sich überall geltend macht und die russische Schule nur auf dem Papier bestehen bleibt, während die lutherisch-deutsche die befriedigendsten Resultate aufweist — das alles kümmert natürlich die russischen Propagandisten sehr wenig!

Abgesehen aber von der Schwächung des deutschen Lagers in den Ostseeprovinzen und der daselbst beabsichtigten Aufhebung aller geistigen Communication mit Deutschland, giebt es noch einen andern Beweggrund der zur systematischen Auflösung der angestammten Ordnung der Dinge in jenen Provinzen drängt. Das ist der Hass der russischen Demokratie gegen die aristokratischen Ueberzeugungen und die exclusiven Tendenzen der Ostseeprovinzler. Diese sahen bisher ihre Verbindung mit Russland als eine Personalunion an, die im Monarchen gipfelt. An diesem und an dessen Dynastie halten sie fest, stets bereit ihr Blut für die hergebrachte Ordnung der Dinge einzusetzen. In einem constitutionellen Russland würden sie ihre Besonderheit verlieren.

Sehr begreiflich ist daher, dass die Feinde der Autokratie, die in den Deutschen der baltischen Provinzen eine feste Stütze derselben sehen, ihnen den Untergang ge-

schworen haben. Unbegreiflich nur die Kurzsichtigkeit der Regierung, welche ihre treuesten Freunde preisgiebt!

In der Absicht, die Sonderstellung der baltischen Provinzen zu brechen, wird alles dort Bestehende unterwühlt, verdächtigt, angegriffen, wobei es natürlich gar nicht darauf ankommt, ob es an sich gut und zweckmässig ist. Besonders heftig sind die Angriffe, welche gegen das System des bäuerlichen Grundbesitzes in den Ostseeprovinzen von den Russen gerichtet werden. Dieses System unterscheidet sich aber von dem in den russischen Provinzen üblichen dadurch, dass das Land nicht nach der Kopfzahl gleichmässig unter die Glieder der Dorfgemeinden vertheilt wird, sondern dass die Bauerwirthschaften geschlossene Einheiten bilden und sich in Folge davon unter den Landleuten selbst die Klasse der Wirthe von der der landlosen Knechte scheidet. Die russischen Socialisten aber dringen auf gleichmässige Vertheilung des Landes unter Alle.

Wir haben bereits oben gezeigt, wie in Russland selbst die Bauern nur gezwungen das ihnen zugesprochene Land ablösen, häufig sogar das ihnen dargebotene Gut ganz zurückweisen, um ihre Freiheit zu bewahren d. h. um in den Zustand der baltischen Knechte zu kommen. Dass von diesen viele den Wunsch hegen, aus den landarmen Ostseeprovinzen in das wenig bevölkerte Russland überzusiedeln, wo sie leicht Eigenthümer werden können und durch anerzogenen Fleiss sich vor ihren russischen Nachbarn stets vortheilhaft auszeichnen, ist sehr natürlich und beweist nur, wie weit die Ostseeprovinzen auch in dieser Beziehung den Nachbarprovinzen vorausgeeilt sind.

Ein zweiter Vorwurf, welcher den baltischen Deutschen gemacht wird, ist die Vertheidigung alter verrosteter Institutionen. Dieser Vorwurf wäre aber nur gerechtfertigt,

wenn nicht gerade die gegenwärtige russische Propaganda jeden Fortschritt zum Bessern in dieser Beziehung hinderte, indem sie das einzige Heil für dieselben in der Einführung russischer Institutionen sieht, jede Ausbildung des bestehenden Zustandes in den baltischen Provinzen aber im Voraus verdammt. So bleibt diesen nichts übrig als das Alte, welches sie als die Basis ihrer Entwickelung betrachten, oft widerwillig, hartnäckig zu vertheidigen, nur um nicht noch Schlimmeres sich aufgezwängt zu sehen.

Aus alledem geht deutlich hervor, wie schwierig die Lage der deutschen Ostseeprovinzen ist, welche sich einerseits als Bollwerk des monarchischen Absolutismus, andrerseits als Vorposten im beginnenden Kampfe zwischen Deutschthum und Slaventhum angegriffen sehen, und denen in Wahrheit keine andere Hoffnung gelassen ist, als die, welche in der fortwährenden „*appellatio a rege male informato ad regem melius informandum*“ liegt.

Die Regierung muss endlich einsehen, dass das festeste Band, welches sich um die baltischen Provinzen schlingen lässt, das Band gemeinsamer Interessen ist, welches schon jetzt durch die Eisenbahnen, welche in Reval, Riga und Libau münden, das baltische Litoral eng mit dem russischen Hinterlande verknüpft.

Der Druck, welcher jetzt auf die Provinzen geübt wird, kann keine andere Wirkung haben, als ihren Widerstand gegen jede Annäherung an Russland zu vermehren. Somit erreichen Regierung und Presse gerade das Gegentheil von dem, was sie bezwecken. Es kann aber der Regierung nicht gleichgültig sein, die Zahl der Unzufriedenen im Reich zu vermehren, und zu den 15 Millionen in dem Königreich Polen und in den polnisch-russischen Provinzen nach nahe an 2 Millionen hinzuzufügen.

Dass in Folge der politischen Unzufriedenheit auch die

materielle Entwickelung ins Stocken geräth und die Finanzen des Reichs den Rückschlag davon empfinden müssen, leuchtet ein.

Die Selbstregierung, welcher die Ostseeprovinzen bisher die Aufrechterhaltung musterhafter Ordnung verdankten, wird in ihren Grundfesten erschüttert, sobald die Liebe zum eigenen Herd aufhört. Denn die Erfüllung der bürgerlichen Pflichten ist stets mit Opfern verknüpft, welche nur so lange fruchtbringend sind, als sie freudig dargebracht werden. Die Anfeindungen, denen die Einwohner der Ostseeprovinzen aber gegenwärtig ausgesetzt sind, verleiden Allen den Aufenthalt in ihrer Heimath. Russland könnte in Wahrheit nur dadurch gewinnen, dass es in seinem Schoosse Leute von anderer Abstammung, anderer Bildung und anderem Charakter birgt. Es findet dadurch eine Ausgleichung der verschiedenartigen Elemente und ihrer gegenseitigen Tugenden und Fehler statt.

Schluss.

Fassen wir in wenigen Worten das Ergebniss unserer Betrachtungen zusammen, so ist zunächst ersichtlich, dass Russlands Bevölkerung, Dank der grösseren Freiheit, die ihr nach vieljähriger Knechtung endlich zu Theil geworden ist, geistig und auch wirthschaftlich die Bahn wirklichen Fortschritts betreten hat.

Ein sehr mächtiger Aufschwung der periodischen Literatur, das Erscheinen vieler theils selbständiger theils aus fremden Sprachen übersetzter wissenschaftlicher Werke, beweist eben so sehr wie der Zudrang zu den Schulen das allgemeine Bestreben nach Bildung.

Schon sieht man die Achtung vor dem Gesetz durch das öffentliche Gerichtsverfahren und die Geschwornen-Gerichte in das Bewusstsein des Volkes dringen, dem sie bis

dahin vollkommen fremd war. Aber so lange der bildende Einfluss, den die Kirche in andern Ländern übt, hier fehlt, wird man noch oft bedauern müssen, den Leidenschaften zu früh die Fesseln des Zwanges abgenommen zu haben.

Leider ist ein grosser Theil des Volkes dem Trunke ergeben. Der Branntwein verschlingt seine Ersparnisse, zerstört das Glück der Familien und schädigt die Arbeit, welcher ohnehin $^1/_3$ des Jahres durch Feiertage entzogen wird.

Es ist begreiflich, dass unter diesen Verhältnissen die Erzeugnisse der Fabriken Russlands nicht mit denen des Auslandes wetteifern können und auch die Landwirthschaft fühlt schon den Druck der theueren Arbeit, seit alle Elemente der Production im Preise gestiegen sind.

Die Emancipation der Bauern hat auf den Ackerbau noch nicht den günstigen Einfluss geübt, den man von ihr erwartete. Denn um ihre Felder mit freien Arbeitern zu bestellen, dazu fehlt den Grundbesitzern meist das Kapital. Auch ordnen sich die Verhältnisse zwischen Herren und Bauern nur sehr allmählich. Auf den Bauern Grossrusslands aber ruht der Fluch des Gemeindebesitzes, der Familientheilungen und der mangelnden Intelligenz und Fürsorge. Unter den verschiedenen Zweigen der Landwirthschaft hat die Viehzucht am merklichsten abgenommen. Ohne sie ist aber auch kein rationeller Fortschritt des Ackerbaus möglich und daher jene Abnahme im höchsten Grade Besorgniss erregend. Hülfe nicht Sibirien aus, so würde die Ausfuhr von Talg und Häuten ganz aufhören.

Jede Verminderung von Ausfuhrartikeln aus Russland ist aber um so bedenklicher, als hier die Circulation lediglich durch ein Papiergeld vermittelt wird, das von den

Schwankungen des Wechselcourses ganz und gar abhängig ist; als ferner dem Auslande jährlich enorme Summen gezahlt werden müssen, die sich beständig vermehren und für die keine Gegenwerthe geleistet werden. Jede neue Anleihe droht aber dem Wechselcourse und damit dem Papiergeld mit weiterem Sinken. So arbeiten Staat und Gesellschaft vereint ihrem Ruin entgegen, und doch erheischt der Bau von Eisenbahnen und der Bedarf vieler Erzeugnisse des Auslandes immer wieder neuen Credit.

Nur wenn Eisenbahnen, Kohlen- und Eisenfunde die Production des Landes weit über seine Consumtion steigern, kann Russland einer finanziellen Krisis entgehen. Jeder Krieg würde diese unfehlbar herbeiführen. Darum giebt es gegenwärtig wohl kaum ein Land, dem eine Fortsetzung der friedlichen Politik mehr Noth thäte, als Russland, darum ist eine künstliche Herausforderung eines Racenkampfes zwischen Germanen und Slaven, wie man ihn jetzt in Russland predigt, so überaus verderblich! Nur ein dauernder Friede kann dem Staate Ersparnisse ermöglichen, und der Bevölkerung die Mittel darbieten, einen Theil der auswärtigen Schuld desselben anzukaufen.

So lange übrigens 15 Millionen Unterthanen an den Westgrenzen des Reichs militärisch regiert werden, ist eine übermässige Entfaltung der Truppenmacht auch im Frieden nothwendig. Es muss also auch dort das Regierungssystem von Grund aus geändert werden, damit nicht die Bevölkerung aller übrigen Theile des Reichs an Polen verblute.

Druck von Bär & Hermann in Leipzig